

31.7.1972

Streng geheim

S T E N O G R A M M

des Freundschaftstreffens führender Vertreter  
der kommunistischen und Arbeiterparteien der  
sozialistischen Länder

31. Juli 1972

Streng geheim

Stenogramm

des Freundschaftstreffens führender Vertreter  
der kommunistischen und Arbeiterparteien der  
sozialistischen Länder

31. Juli 1972, Krim

L. I. Breschnew. Liebe Genossen! Gestatten Sie mir vor allem, im Namen des Zentralkomitees und des Politbüros des ZK der KPdSU ihnen allen, den Genossen Giersek, Kadar, Husak, Honecker, Shiwkow, Ceausescu, Zedenbal, sehr herzlich dafür zu danken, daß sie der Einladung zu diesem kameradschaftlichen Treffen zwecks Meinungsaustausch über uns interessierende Fragen gefolgt sind.

Unsere Zusammenkünfte werden gewissermaßen zur Tradition, und ihre Initiatoren sind wir im Grunde genommen alle gemeinsam. Wie die Vorgespräche ergaben, waren wir uns alle darüber einig, daß es notwendig ist, zusammenzukommen und einen Meinungsaustausch durchzuführen.

Die Erfahrungen früherer Treffen - sei es in Moskau, auf der Krim oder anderswo - beweisen, daß selbst kurzfristige Zusammenkünfte und Meinungsaustausche uns immer gemeinsamen Nutzen gebracht haben. Sie gaben eine klare und breite Orientierung in internationalen Fragen. Wir haben, wie man so sagt, aus erster Hand erfahren, was die Anliegen eines jeden unserer Länder sind, und haben gemeinsam Schritte zur weiteren Festigung unserer allseitigen Zusammenarbeit festgelegt. Das alles vertiefte unsere brüderlichen Beziehungen und trug zur Stärkung der Positionen des Sozialismus in Europa und in der ganzen Welt bei.

Ebenso wie auf den vorangegangenen Treffen von ähnlichem Charakter haben wir keine feste Tagesordnung ausgearbeitet. Unser Treffen ist ein Freundschaftstreffen, und wir meinen, daß dafür ein freier Meinungsaustausch über die wichtigsten und aktuellsten Fragen am besten geeignet werden. Wir wollen unser Gespräch nicht auf bestimmte Fragen einengen, obwohl jeder von uns offenbar berücksichtigt, daß vor relativ kurzer Zeit in Prag, während der Sitzung des Politischen

Beratenden Ausschusses, wir die Möglichkeit hatten, unsere Meinungen gewissermaßen global auszutauschen. Das ermöglicht es uns, jetzt jene Fragen gegenständlicher und detaillierter zu erörtern, die gerade im jetzigen Augenblick Schlüsselfragen darstellen.

Offenbar stehen wir auf dem gemeinsamen Standpunkt, daß die europäischen Probleme besondere Aufmerksamkeit und detaillierte Behandlung verlangen. Mit diesen Problemen befassen wir uns schon eine lange Zeit und haben bestimmte Erfolge zu verzeichnen. Zugleich müssen wir noch große Anstrengungen unternehmen, um das Erreichte zu verankern und bei der Gewährleistung eines dauerhaften, stabilen Friedens auf dem europäischen Kontinent weiter voranzukommen.

Selbstverständlich bedeutet das Gesagte nicht, daß wir etwa beabsichtigen, über die Situation in anderen Gebieten unseres Planeten mit Schweigen hinwegzugehen.

Wenn die Genossen mit einer solchen freien Tagesordnung einverstanden sind, können wir mit unserer Arbeit beginnen.

Alle. Einverstanden.

L. I. Breschnew. Allen Genossen ist der von mir genannte Problemkreis bekannt, und jeder hat natürlich bestimmte Überlegungen. Mit einem Wort, es gibt etwas zu sagen. Wer nimmt als erster das Wort? Offenbar möchten die Genossen, daß wir die Aussprache eröffnen. Nun gut, dann gestatten Sie mir, das Wort zu ergreifen.

Die Probleme, von denen die Rede ist, bilden unser Leben, unsere tagtägliche Arbeit. Wir befassen uns mit ihnen systematisch und regelmäßig. Und ich möchte Ihnen offen und freundschaftlich unsere Gedanken und die Schlußfolgerungen des Zentralkomitees der KPdSU sowohl hinsichtlich der Einschätzung des gegenwärtigen Zeitpunkts als auch hinsichtlich unserer Aufgaben für die Zukunft mitteilen.

Nach der Prager Beratung des PBA ist erst relativ wenig Zeit vergangen - erst ein halbes Jahr. Aber das Leben ist jetzt sprudelnd und stürmisch. In den vergangenen Monaten gab es in der Welt nicht wenige wichtige Ereignisse, die dem gesamten Verlauf unseres gemeinsamen Kampfes einen bestimmten Stempel aufdrücken und das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus beeinflussen.

Insgesamt widerspiegeln diese Ereignisse den Prozeß der Stärkung aller ant imperialistischen Kräfte, widerspiegeln sie einen bestimmten Fortschritt im Kampf für die Ideale des Friedens, des Sozialismus und der nationalen Unabhängigkeit, die Erfolge, die in dem sich in verschiedenen Formen abspielenden Kampf gegen den Imperialismus erzielt wurden.

Vor allem haben wir Anlaß, die Tatsache festzustellen, daß sich unsere sozialistischen Staatengemeinschaft, unser Bruderbund weiter festigt. Die Prager Beratung verlieh neue Impulse für die Entwicklung unserer Zusammenarbeit. Das ist sichtbar in der Politik, in der Wirtschaft, in der Ideologie, in der Verteidigung. Das Gesagte gilt in vollem Maße für unser Zusammenwirken in internationalen Fragen, das sich sowohl in der mehrseitigen als auch in der zweiseitigen Zusammenarbeit zeigte.

Was unsere Partei betrifft, so informierte das ZK der KPdSU Sie alle über alle wichtigen politischen Aktionen der Sowjetunion auf dem internationalen Schauplatz, einschließlich solcher, die infolge verständlicher Gründe internen, nicht öffentlichen Charakter trugen.

Vielleicht waren diese Informationen mitunter etwas trocken. Es ist nicht leicht, auf dem Papier alle Wechselfälle, alle Nuancen der einen oder anderen Angelegenheit darzulegen. Aber das Wesen der Fragen, das für die Orientierung aller Parteien erforderlich ist, haben wir Ihnen stets zur Kenntnis gebracht.

Ich möchte sagen, daß wir mit Genugtuung all jene Kontakte aufgenommen und begrüßt haben, die zwischen den führenden Persönlichkeiten der Bruderparteien stattfanden. Ich meine das Treffen des Gen. Husak mit Gen. Kadar, das Treffen des Gen. Kadar mit Gen. Ceausescu, den Besuch des Gen. Gierak in mehreren Ländern, die Aussprachen des Gen. Honecker mit führenden Vertretern einiger Bruderparteien und andere Zusammenkünfte. Das alles zeugt davon, daß der Prozeß der Festigung unserer Zusammenarbeit sich weiter entwickelt. Und dieser Prozeß wird nicht nur nicht schwächer; im Gegenteil, er verstärkt sich. Die Koordiniertheit unserer Aktionen in allen Richtungen nimmt zu.

Ich möchte sagen, Genossen, daß wir auf unserer heutigen Beratung nicht beabsichtigt haben, über rein ökonomische Fragen zu diskutieren. Sie wurden auf Regierungsebene behandelt - über die Staat-

lichen Plankommissionen und Ämter. Vor kurzem fand die XXVI. RGW-Tagung statt, die eine kollektive Einschätzung der ersten Schritte zur Verwirklichung des Programms der sozialistischen ökonomischen Integration gab.

Ich kann hier nur eines sagen: Auch auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Wirtschaft, gibt es bei uns keinerlei Rückschritte, sondern auf der Hand liegen offenkundige Fortschritte. Vielleicht sind sie nicht ganz so groß, wie wir alle dies wünschen. Auf wirtschaftlichem Gebiet hängt viel von den tatsächlichen Möglichkeiten ab. Nicht immer können wir in vollem Maße Ihre Wünsche erfüllen, und auch Sie können nicht immer in vollem Umfang diese oder jene Bestellung unsererseits annehmen. Aber nicht dadurch wird der Charakter unserer Wirtschaftsbeziehungen bestimmt. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Produktionskooperation entwickeln sich alles in allem erfolgreich. Es erhöht sich der Austausch von Rohstoffen, Fertigerzeugnissen, fortschrittlichen Technologien. Das freut uns natürlich alle.

Nur ein Beispiel. Wir forcieren jetzt allseitig die Gasgewinnung und den Bau von Gasleitungen. Wir möchten, daß die Tschechoslowakei, Ungarn und die anderen interessierten sozialistischen Länder möglichst bald Gas erhalten und die zunehmenden Gaslieferungen aus der Sowjetunion in ihrer Volkswirtschaft nutzen. So steht es auch in den anderen Fragen. Wir haben Voranschläge bis 1980. Das sind natürlich vorläufige Anschläge, und irgendwelche Veränderungen sind möglich. Das Leben, die Praxis werden wahrscheinlich Korrekturen vornehmen. Aber wenn wir von der allgemeinen Perspektive sprechen, wenn wir vorausschauen, dann ist hier die Linie klar und präzise - das Wachstum unserer Wirtschaftsbeziehungen in allen Richtungen und mit allen sozialistischen Bruderländern.

Ich berühre alle diese Fragen hier nur deshalb, Genossen, weil die Festigung unserer Zusammenarbeit auf allen Gebieten ein entscheidender Faktor ist.

Das Leben hat unwiderlegbar bestätigt, daß die Einheit, die Koordination, unsere Zusammenarbeit in allen Bereichen und vor allem im politischen, die Festigung nicht nur unseres gegenseitigen Verständnisses, sondern auch des gegenseitigen Vertrauens uns riesigen Nutzen bringen. Das gilt auch für die inneren Angelegenheiten, und das gilt voll und ganz für die internationalen Angelegenheiten.

Ich möchte noch einmal sagen, daß offenbar nicht alles so ist, wie jeder von uns gern möchte. Wir alle möchten mehr, und zugleich sind wir uns bewußt, daß unsere heutigen Möglichkeiten nicht grenzenlos sind. Und natürlich ist das wichtigste in unserer Arbeit, unserer Zusammenarbeit nicht die Tonne Kohle, nicht die Tonne Metall oder Zement, nicht die Tonne Getreide, die im gegenwärtigen Augenblick infolge objektiver Umstände nicht zu bekommen war. Die entscheidende Rolle der Wirtschaft voll und ganz anerkennend, sehen wir die wichtigste Bedeutung der Zusammenarbeit in unserer Einheit, im gemeinsamen Kampf für den Frieden, für die Ideale des Sozialismus, für das Aufblühen unserer Länder.

Ich muß noch einmal wiederholen, Genossen, daß 20 Millionen Menschenleben des Sowjetvolkes, Millionen Menschenleben der anderen europäischen Völker, deren Repräsentanten Ihr seid, nicht geopfert wurden, damit erneut ein Krieg beginnt. Das wurde getan, damit es keinen Krieg mehr gibt - weder in Europa, noch sonstwo auf der Welt. Das ist ein hohes und edles Ziel. Wir Kommunisten dienen diesem Ziel, und deshalb ist es wichtig, daß ihm unsere Zusammenarbeit auf dem internationalen Schauplatz untergeordnet wird.

So war es bei uns, so ist es bei uns, und wir sind überzeugt, daß es auch künftig so sein wird. Wir bezweifeln nicht, daß unser heutiges Treffen neue große Schritte zur Erreichung dieses Ziels vorzeichnen wird.

Der von uns gesteuerte Kurs ist richtig. Wenn wir unter globalem Aspekt denken und weit in die Zukunft blicken, dann können wir sagen, Genossen; Wenn es gelingt, noch weitere 3 - 4 Jahrfünftel die Sache des Friedens ebenso erfolgreich zu verteidigen und günstige außenpolitische Bedingungen für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau zu sichern, dann werden wir sowohl ökonomisch als auch politisch neue, noch stärkere Positionen in der historischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus einnehmen. Der Friede auf unserem Planeten wird gefestigt, die Kriegsgefahr wird beseitigt sein.

Wir brauchen Frieden, Frieden und nochmals Frieden. Deshalb ist alles, was wir tun, ganz gleich, welche Seite der Sache wir nehmen, sind die Bemühungen unserer Parteien diesem Hauptziel untergeordnet.

Manchmal muß die Lösung irgendeiner Frage aufgeschoben, müssen irgendwelche Kompromisse eingegangen werden, um Schritt für Schritt in der Hauptrichtung voranzukommen. Der Kampf für Frieden und Sozialismus - das ist unser Banner.

Gestatten Sie mir, einige Überlegungen zu einzelnen wichtigen Tagesproblemen zu äußern. Ich beginne mit den europäischen Angelegenheiten.

Wie Sie sich erinnern, stand während des Prager Treffens die Ratifizierung der Verträge der Sowjetunion und Polens mit der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt. Sie wissen, welchen komplizierten und angespannten Weg wir alle zurücklegen mußten, um dieses Ziel zu erreichen. Jetzt hat diese Arbeit von wahrhaft historischer Wichtigkeit ihren Abschluß gefunden. Die Verträge sind in Kraft getreten.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus den Erfahrungen dieses Kampfes ziehen? Vor allem möchte ich sagen, daß diese historische Errungenschaft beweist, welche enorme Bedeutung der Koordinierung unserer außenpolitischen Bemühungen zukommt, welche großen Ziele wir erreichen können, wenn wir einmütig und geschlossen vorgehen.

In der Tat, Genossen, fast dreißig Jahre waren erforderlich, um diese bedeutende Wandlung herbeizuführen. Wir sind durch gespannteste Situationen gegangen. Sie erinnern sich an die militärischen Demonstrationen, an die Errichtung der Mauer um Westberlin, an das Aufsteigen ganzer Regimenter der Luftwaffe über dem Reichstag, wo der Bundestag zu tagen versuchte, an andere zugespitzte Aktionen, an die ganze riesige Arbeit zur Entlarvung der aggressiven, revanchelüsternden Kräfte in Westdeutschland, die wir unter Ausnutzung aller Kanäle und aller Informationsmittel geleistet haben.

Die Ratifizierung der Verträge hat gezeigt, daß unsere Linie das Ihrige getan hat. In der BRD erstarkten die fortschrittlichen Kräfte, die sich für die Ratifizierung der Verträge einsetzten. An die Seite der "Ostpolitik" Brandts stellte sich die Arbeiterklasse. Davon zeugen die Massendemonstrationen und Kundgebungen am Vorabend der Bundestagsitzung. Das ist eine positive Tatsache. Aber zugleich sind wir Zeugen dessen, wie der Block der CDU/CSU verzweifelte Maßnahmen des Widerstands traf. Erinnern Sie sich nur daran, daß die

Anhänger der Verträge nur eine Stimme Übergewicht im Bundestag hatten, erinnern Sie sich an die Versuche, ein Mißtrauensvotum gegen Brandt durchzubringen. Zeugt das etwa nicht von der Richtigkeit unserer Meinung, daß dort Kräfte vorhanden waren und sind, die nach Revanche streben? Und nur die Abgestimmtheit unseres Vorgehens - ich möchte sagen, unsere gemeinsame Disziplin bei der Durchsetzung einer einheitlichen Linie - halfen der Regierung Brandt, die Ratifizierung zu verwirklichen.

Das Inkrafttreten der Verträge der Sowjetunion und der Volkrepublik Polen mit der BRD zieht einen Strich unter den zweiten Weltkrieg, sie macht die Hoffnungen der revanchistischen und militaristischen Kräfte auf eine Revision der in Europa entstandenen Grenzen zunichte. Die Verträge zeugen davon, daß die herrschenden Kreise in Bonn den Weg der Überprüfung ihres Kurses, den Weg der Anerkennung der politischen Realitäten beschreiten.

Indem wir aktiv und koordiniert vorgingen, haben wir tiefgreifende Veränderungen im politischen Leben der BRD, in den Stimmungen breiter Schichten der Öffentlichkeit dieses Landes hervorgerufen. Jetzt erkennt sogar ein bedeutender Teil der herrschenden Klasse endlich die Notwendigkeit, auf revanchistische Vorhaben zu verzichten, beginnt das Kräfteverhältnis realistisch einzuschätzen und stellt sich auf die Seite der Entspannung und Zusammenarbeit. Diese Veränderungen sind von positiver Bedeutung nicht nur für die Zukunft der BRD, sondern auch für die Festigung der für uns günstigen Tendenzen im politischen Leben des europäischen Kontinents.

Unser Kampf ist damit natürlich nicht zuende. Die äußerste imperialistische Reaktion, die Revanchisten und Militaristen, die mit der Ratifizierung der Verträge eine schwere moralisch-politische Niederlage hinnehmen mußten, verfügen in der BRD immer noch über hinreichend bedeutende Kräfte. Es ist bekannt, welche Aktivität Barzel an den Tag legte. Er reiste nach Amerika, zu uns und in andere Länder. Der oppositionelle Block der CDU/CSU verfügt, obwohl der Kampf um die Verträge zu einer gewissen Differenzierung<sup>auch</sup> innerhalb seiner Reihen führte, immer noch über beachtliche Möglichkeiten, erneut an die Macht zu gelangen. Wir schließen einen sehr erbitterten Kampf um diese Frage nicht aus. Uns scheint, daß es unmöglich ist, das zu unterschätzen.



Wie Sie wissen, ist die Lage der Regierung Brandt, trotz ihrer Erfolge, trotz des ziemlich festen Wunsches, ihren Kurs in den Beziehungen mit den sozialistischen Ländern und den Entspannungskurs bis zum Ende zu führen, bisher dennoch bei weitem nicht stabil. Es ist durchaus möglich, daß Brandt gezwungen sein wird, vorfristigen Bundestagswahlen zuzustimmen. Das ist natürlich ein sehr wichtiges Moment im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts des dort bestehenden Systems und unter Berücksichtigung des Vorhandenseins einflußreicher reaktionärer Kräfte sowie der Differenzierung der Gesellschaft wird der Kampf in der BRD zweifellos erbittert sein. Die Revanchisten werden nicht geizen mit Provokationen, Bestechungen und zügelloser Propaganda.

Sozusagen laut denkend, möchte ich sagen: Im Falle eines Erfolges der Revanchisten, im Falle ihres Machtantritts ist es wenig wahrscheinlich, daß sie die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen verweigern würden. Das wäre schon eine äußerste Maßnahme, die mit sehr riskanten Folgen für die BRD verknüpft wäre. Das wäre eine grobe Verletzung der internationalen Rechtsnormen, die Rückkehr an den Rand des kalten Krieges. Aber Hindernisse aufürmen gegen die Entwicklung normaler Beziehungen zu den sozialistischen Ländern - das kann der Block der CDU/CSU. Das kann man von ihnen erwarten. Zumindest wird es nicht wenige Störungen geben.

Vor allem, wenn Brandt beabsichtigt (und dazu verpflichtet ihn die "Absichtserklärung" und die Ergebnisse der Verhandlungen in Oreanda), auf den Abschluß einer Vereinbarung mit der Tschechoslowakei über die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens hinzuarbeiten, dann werden die Revanchisten versuchen, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Über den Verlauf der Verhandlungen selbst wird uns sicher Gustav Husak berichten.

Nicht wenige Komplikationen können sich auch für die DDR ergeben. Wenn schon die Koalitionsregierung versucht, in der Frage einer Generalvereinbarung zwischen der BRD und der DDR so viel wie möglich herauszuhandeln und Bedingungen zu schaffen, die für die DDR im Sinne der rechtlichen, internationalen und anderen Fragen ungünstig sind, dann kann man natürlich von der CDU/CSU noch schlimmere Schritte und Aktionen erwarten.

Deshalb erscheint es uns wichtig (und damit sind offensichtlich alle Genossen einverstanden), keine Mühe zu scheuen, die Bundesrepublik Deutschland und die jetzige Regierung auf die Positionen festzulegen, die in den Verträgen mit Polen und der Sowjetunion sowie in der sogenannten Absichtserklärung und in den Ergebnissen unseres Treffens mit Brandt auf der Krim ihren Niederschlag gefunden haben.

Unseres Erachtens ist es erforderlich, auf die weitere Untergrabung der Positionen der revanchistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschlands hinzuarbeiten und die Bundesrepublik Deutschland immer stärker in die Bemühungen um die Festigung des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit sowie in die gesamt-europäische Zusammenarbeit einzubeziehen. Das alles, Genossen, ist nur möglich, wenn wir auch künftig nach der bewährten Methode vorgehen, wenn wir die zweiseitigen Beziehungen der sozialistischen Länder mit der BRD auf der Grundlage der vereinbarten prinzipiellen Linie gestalten werden.

Zu den aktuellsten Aufgaben der nächsten Zeit gehören die Sicherung der weitestgehenden völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, einschließlich der gleichzeitigen Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO, sowie die Regelung der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der BRD. Zweifellos steht auch die Frage der weiteren Normalisierung der Beziehungen zu Westdeutschland, d. h. der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu ihm seitens jener Staaten des Warschauer Vertrages, die bisher keine solche Beziehungen haben.

Die weitere Stärkung der internationalen Positionen der DDR, einschließlich der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf Grund der allgemein anerkannten völkerrechtlichen Normen, und die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO gehören zu den vordringlichen Problemen, an denen wir, Genossen, alle arbeiten müssen.

Bekanntlich wollte Brandt die Verhandlungen mit der DDR zu den Fragen der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in der Richtung führen, daß ein sogenannter Generalvertrag oder ein Vertrag über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR abgeschlossen wird.

Dabei macht die westdeutsche Seite, wie die Tatsachen zeigen, den Verzicht der BRD auf die diskriminierende Politik gegenüber der DDR in dritten Ländern und internationalen Organisationen sowie den Eintritt der DDR und der BRD in die UNO von den Ergebnissen dieser Verhandlungen und vor allem davon abhängig, in welchem Maße es ihr gelingt, ihre Ansprüche in der Frage des sogenannten besonderen innerdeutschen Charakters der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD durchzusetzen.

Es läßt sich jener Umstand verfolgen, Genossen, daß nicht nur die CDU/CSU, sondern auch die Regierung Brandt und die gesamte heutige Regierungskoalition ein Maximum aus der DDR herauspressen möchten, daß sie versuchen, unsere Freunde durch solche Abkommen zu binden, die der BRD die Möglichkeit geben die DDR ökonomisch und politisch zu beeinflussen. Wir meinen, Genossen, daß solche Absichten gefährlich sind, und wir müssen in dieser Beziehung hohe kollektive Wachsamkeit an den Tag legen.

Wir müssen auch im Auge behalten, daß die Westmächte anstreben, die Bekräftigung der vierseitigen Rechte und ihrer Verantwortlichkeit für Berlin und Deutschland als Ganzes zur Bedingung für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO zu machen.

Wenn die drei Mächte bereit sind zu fixieren, daß es entsprechende Rechte und Pflichten auf Grund alliierter Vereinbarungen hinsichtlich der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit gibt, die im Potsdamer Abkommen wurzeln, dann sollte das offensichtlich keine Schwierigkeiten bieten. In diesem Fall würde es sich um die Fixierung dessen handeln, was eine Realität des internationalen Lebens der Gegenwart ist.

Es ist jedoch möglich, Genossen, daß die westliche Seite etwas anderes im Sinn hat, daß sie eine Ausweitung ihrer Rechte zu erreichen trachtet und die Rechte der DDR beeinträchtigen will. Aber darauf werden wir uns niemals einlassen. Wichtig ist, den drei Mächten und der BRD nicht zu gestatten, unter dem Deckmantel der Viermächteverantwortung den Eintritt der beiden deutschen Staaten in die UNO hinauszuzögern.

Zugleich ist Bonn, oder genauer gesagt, die jetzige Regierungskoalition, daran interessiert, in möglichen Verhandlungen mit der

DDR eine gegenseitig annehmbare Lösung zu finden, um ihre innenpolitischen Positionen zu stärken. Und wir sollten dieses Interesse ausnutzen.

Ich möchte noch einmal sagen, daß unsererseits und ich denke auch seitens aller Verbündeter der Deutschen Demokratischen Republik nach wie vor auf die BRD eingewirkt werden wird, um sie zu veranlassen, die diskriminierende Politik gegenüber der DDR in dritten Ländern und internationalen Organisationen einzustellen.

Unser Zentralkomitee teilt voll und ganz das prinzipielle Überangehen der deutschen Genossen an die Fragen der Normalisierung der Beziehungen mit der BRD. Eine Übereinkunft mit der BRD ist selbstverständlich unmöglich ohne die Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit der DDR als sozialistischer Staat. Sie darf die weitere konsequente Verfolgung des Kurses auf unbeirrte Abgrenzung der sozialistischen DDR vom imperialistischen Westdeutschland nicht komplizieren.

Wir denken, daß Gen. Honecker, wenn er es für notwendig befindet, ausführlicher über diesen ganzen Fragenkomplex berichten wird.

Was die Regelung der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Westdeutschland betrifft, so ist in der Absichtserklärung, von der vorhin die Rede war, die Verpflichtung der BRD fixiert, mit der Tschechoslowakei die Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens zu lösen. Diese Vereinbarung benutzen wir und werden sie weiterhin benutzen, um die west-deutsche Regierung entsprechend zu beeinflussen. In den letzten Kontakten mit uns - das war schon nach der Ratifizierung der Verträge mit Polen und der Sowjetunion - bekräftigte Brandt erneut, daß er die "Absichtserklärung" als verpflichtendes Dokument betrachte.

Es ist natürlich zu erwarten, dass sich auf die Positionen der westdeutschen Regierung in dieser Frage in den nächsten Monaten mit den Wahlen zusammenhängende Befürchtungen auswirken werden, aber das bedeutet natürlich nicht, dass es bei einer prinzipiellen und gleichzeitig elastischen Haltung der tschechoslowakischen Genossen und <sup>mit</sup> unserer Hilfe nicht möglich wäre, eine Lösung zu finden.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf diesem Treffen zu sagen, dass die tschechoslowakischen Genossen auf unsere gemeinsame Unterstützung zählen können. Das betrachten wir als internationalistische und Bündnispflicht aller Länder des Warschauer Vertrages.

Mit diesen Aufgaben, Genossen, hängt auch die Frage der vollständigen Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Ländern zusammen-

Wir sprechen offen, ausgehend davon, dass unser Gespräch konfidentiellen, vertraulichen, streng parteimässigen Charakter trägt.

Die Frage der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen ist ein wichtiger Hebel zur Einwirkung auf die Politik der westdeutschen Regierung. Wenn gleichzeitig alle sozialistischen Länder schon in den nächsten Tagen auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der BRD eingingen, würde das bedeuten, ein wichtiges Mittel der Einwirkung auf die Politik Bonns zu schwächen, ja aus der Hand zu geben. Das könnte die Position der tschechoslowakischen und deutschen Freunde bei den Verhandlungen, die sie gegenwärtig mit der BRD führen, erschweren.

In diesem Zusammenhang, Genossen, ist eine taktische Linie notwendig, die auf unserer gemeinsamen, prinzipiellen Einstellung basiert und gleichzeitig elastisch ist und die Möglichkeit bietet, je nach dem Gang der Ereignisse Korrekturen vorzunehmen. Wir können keinen Augenblick vergessen, dass die BRD bestrebt sein wird, die politische Einheit zwischen unseren Ländern zu schwächen. Es wäre wahrscheinlich

zweckmässig, so vorzugehen, dass einer allgemeinen Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland ein entscheidender Fortschritt bei den Verhandlungen der tschechoslowakischen Freunde mit der BRD vorausgeht. Gleichzeitig ist anzunehmen, / daß sich sicher auch die Perspektiven bei den Verhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland über die Grundfragen, die bei ihnen auf der Tagesordnung stehen, klären.

Ich denke, dass die Genossen richtig verstehen, dass wir den Prozess der Normalisierung der Beziehungen mit der BRD unterstützen, und ohne dies kann man offenkundig keine konstruktive Politik betreiben. Aber die Abgewogenheit, von der ich eben sprach, wird zweifellos unseren gemeinsamen Interessen und in erster Linie zur Unterstützung der DDR und unserer tschechoslowakischen Genossen dienen.

Gestatten Sie mir, zum Problem der Vorbereitung der gesanteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit überzugehen.

Wir haben darüber bereits in Prag gesprochen und nach Prag nicht nur untereinander, sondern auch mit anderen möglichen Teilnehmern an der gesanteuropäischen Konferenz Konsultationen durchgeführt. Und wir tun gut daran, unsere Meinungen zu dieser Frage noch einmal auszutauschen, den gemeinsamen Standpunkt zu präzisieren und kollektive Handlungen vorzusehen.

Jetzt wird von allen anerkannt, dass der beharrliche und zielstrebige Kampf der sozialistischen Länder um die Durchführung der Konferenz spürbare Ergebnisse zeitigt. Die Vorbereitung darauf geht in ein Stadium praktischer Politik über. Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass dies jetzt die Hauptrichtung der weiteren Friedensoffensive der sozialistischen Länder ist.

Das bedeutet nicht, dass es glatt, ohne Schwierigkeiten weitergehen wird. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, dass die Kräfte, die einer weiteren Entspannung in Europa entgegenwirken, alles tun werden, um die Einberufung der Konferenz zu verschleppen, ihre Arbeit und die Annahme positiver Beschlüsse zu erschweren.

Unter diesen Bedingungen treten solche Fragen in den Vordergrund, wie der Termin der Einberufung der Konferenz, die Art und Weise der praktischen Vorbereitung darauf und als Wichtigstes - der Inhalt der Beschlüsse, die die sozialistischen Länder anstreben werden.

Zunächst über die Termine. Auf der Prager Tagung des FBA vereinbarten wir, gemeinsam auf einer baldigen Durchführung der gesamteuropäischen Konferenz zu bestehen und die Möglichkeit ihrer Einberufung noch im Jahre 1972 zu unterstreichen. Dabei bestand bei uns volle Übereinstimmung darüber, dass man diese Frage als Druckmittel auf die andere Seite ausnutzen muss, um die Manöver der Gegner der Konferenz zu erschweren.

Diese Linie hat ihre Ergebnisse gezeitigt. Nach allen vorliegenden Informationen zu urteilen, kann die Konferenz praktisch in der ersten Hälfte oder Mitte 1973 stattfinden. Über das konkrete Datum wird man sich im Verlaufe der bevorstehenden multilateralen Vorbereitungskonsultationen <sup>endgültig</sup> einigen müssen.

Was die Konsultationen selbst angeht, so beginnt sich die Sache auch hier zu klären. Jetzt sind alle interessierten Staaten damit einverstanden, dass die multilateralen Gespräche noch im laufenden Jahr in Helsinki stattfinden. Auf der kürzlich durchgeführten NAFO-Ratstagung wurde im Namen aller ihrer Teilnehmer zum ersten Male offiziell die Bereitschaft erklärt, an solchen Konsultationen teilzunehmen. Die Abstimmung des konkreten Datums wird wahrscheinlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen, man kann jedoch davon ausgehen, dass die multilateralen Konsultationen irgendwann in den letzten Monaten des Jahres 1972 beginnen werden. Die Regierung Finnlands schlägt den 22. November vor. Damit kann man einverstanden sein.

Ich möchte mitteilen, dass Kekkonen um ein Treffen mit uns gebeten hat. Ich denke, dass es ein solches Treffen ermöglichen würde, ihm unsere Einstellung zur multilateralen Vorbereitung

der Konferenz zu erläutern. Die Gespräche mit ihm werden auch im Hinblick auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen Finnlands mit der DDR nützlich sein.

Heute zeichnen sich vor uns zwei Fragenkomplexe ab:

- der Kern der Sache, d.h. die Erarbeitung von Vorschlägen der sozialistischen Länder für die Hauptpunkte der Tagesordnung der Konferenz;
- organisatorische Fragen, die bei den multilateralen Konsultationen erörtert werden.

Wenn auch die Formulierungen der Tagesordnungspunkte, die für alle Konferenzteilnehmer akzeptabel wären, bisher noch nicht abgestimmt sind - das ist eine Aufgabe der multilateralen Konsultationen - , so kann man dennoch mehr oder weniger bestimmt sagen, dass die von den sozialistischen Ländern vorgeschlagenen drei Punkte - möglicherweise mit einigen Präzisierungen - die Grundlage dieser Tagesordnung bilden werden.

Gegenwärtig sind Voraussetzungen entstanden, auf der gesamteuropäischen Konferenz im Rahmen dieser Tagesordnung größere Fragen zu lösen, als das vor einigen Jahren möglich war, als der Kampf um ihre Einberufung erst begann. Damals wurde unser Vorschlag, auf der Konferenz ein Dokument über die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität aller europäischen Staaten sowie über die Nichtanwendung von Gewalt anzunehmen, in den westlichen Ländern als große Forderung unsererseits aufgenommen. Jetzt kann man sich bei der Lösung von Fragen, die mit der europäischen Sicherheit zusammenhängen, auf der Konferenz auf die Verträge der UdSSR und der VRP mit der BRD, auf das sowjetisch-französische Dokument über die Prinzipien der Zusammenarbeit, das Dokument über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, das sowjetisch-amerikanische und polnisch-amerikanische Kommuniqué sowie auf die Ergebnisse der Entwicklung von Kontakten der sozialistischen



Staaten mit solchen Ländern, wie Frankreich, Italien, Finnland, Schweden, Norwegen, Belgien, Holland, Dänemark, Türkei, Kanada stützen.

Von der Erweiterung der Möglichkeiten zur Annahme bedeutender Beschlüsse, die dem Herangehen der sozialistischen Länder entsprechen, zeugt auch die insgesamt positive Reaktion in den meisten westeuropäischen Staaten auf die Deklaration über den Frieden, die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa, die auf der Prager Tagung des PBA angenommen wurde.

Unter diesen Bedingungen erscheint es uns zweckmässig, so vorzugehen, dass das politische Hauptergebnis der gesamteuropäischen Konferenz darin besteht, auf multilateraler Grundlage, ich wiederhole, <sup>auch</sup> auf multilateraler Grundlage, die territorialen und politischen Realitäten, die in Europa in Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstanden sind, und vor allem die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen der europäischen Staaten, einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der BRD, völkerrechtlich zu fixieren.

Wahrscheinlich müssen wir ein entsprechendes Dokument vorbereiten, das zur Grundlage für die Arbeit der gesamteuropäischen Konferenz zum ersten Tagesordnungspunkt werden könnte. Das Dokument muss natürlich vor allem auf der Prager Deklaration basieren. Unsere Genossen arbeiten am Entwurf eines solchen politischen Dokuments.

Vielleicht sollte man sich dahingehend einigen, dass - sobald diese Arbeit abgeschlossen ist, und sie geht ihrem Ende entgegen - unsere Genossen eine Abstimmung des Entwurfs in für alle genehmer Form vornehmen. Wenn das Dokument auf diese Weise abgeschliffen ist, werden wir auf seiner Grundlage die Vorarbeit mit den europäischen Staaten sowie mit den USA und Kanada beginnen.

Was die Erarbeitung gemeinsamer, abgestimmter Vorschläge zum zweiten Tagesordnungspunkt anbetrifft (über die Erweiterung der kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen zwischen den Staaten in Europa),

so wurde, wie sich die Genossen erinnern, auf der Prager Tagung des PBA vereinbart, die Ergebnisse der Vorbereitungsarbeit, die gegenwärtig in jedem der Bruderländer durchgeführt wird, kollektiv auszuwerten.

Uns scheint, dass man insgesamt davon ausgehen muss, dass die Fragen der kommerziell-wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Verbindungen im gesamteuropäischen Maßstab für die sozialistischen Länder kein geringes Interesse darstellen und dass man sich auf ihre Erörterung auf der Konferenz so vorbereiten muss, damit für uns alle ein Maximum an Nutzen erzielt wird. Gleichzeitig dürfen wir nicht übersehen, dass das Wichtigste in der Arbeit der gesamteuropäischen Konferenz darin besteht, dass sie ein großes politisches Dokument (oder Dokumente) annimmt, wovon bereits gesprochen wurde.

Wir alle wissen wohl, dass die imperialistischen Staaten ihr eigenes Programm für die Erörterung von Fragen der Zusammenarbeit auf der gesamteuropäischen Konferenz vorbereiten und zum Mittelpunkt dieses Programms Fragen der sogenannten "Freizügigkeit von Menschen und Ideen", der "Freiheit der Information" usw. machen wollen. Dem müssen wir unsere prinzipielle, klassenmäßige Linie entgegensetzen, in den Beziehungen zwischen den Staaten die strikte Wahrung der Prinzipien der Souveränität, der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten und der Gewährung des Rechts an alle Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, anzustreben. Offenkundig muss aktiv unterstrichen werden, dass wir nicht gegen die Entwicklung kultureller, touristischer und sonstiger Verbindungen zwischen den Staaten, zwischen den Völkern sind und dafür eintreten, dass solche Verbindungen der Festigung gutnachbarlicher Beziehungen, der besseren Verständigung zwischen den Völkern dienen.

Hinsichtlich des dritten Tagesordnungspunktes der gesamteuropäischen Konferenz (über die Schaffung eines Organs der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ist es wahrscheinlich zweckmässig,

davon auszugehen, dass ein solches Organ eine Art Brücke zwischen der ersten und den nachfolgenden gesamteuropäischen Konferenzen wäre, die Vorbereitung der Konferenzen unterstützen, sie aber in keiner Weise ersetzen würde.

Wir müssen auch unsere gemeinsame taktische Linie bei den bevorstehenden multilateralen Konsultationen abstimmen. Es ist offenkundig zweckmässig, die Aufgaben der multilateralen Konsultationen auf die Erarbeitung von Empfehlungen zu organisatorischen Fragen zu beschränken: Zeitpunkt und Ort der Durchführung der gesamteuropäischen Konferenz, Zusammensetzung ihrer Teilnehmer, Tagesordnung und - nach Möglichkeit - Arbeitsweise und Verfahrensfragen.

Diesen Standpunkt teilen Frankreich und einige andere westeuropäische Staaten. England, die BRD und eine Reihe anderer NATO-Staaten sprechen sich jedoch dafür aus, bei den multilateralen Konsultationen auch den Inhalt der Fragen - wenn auch zunächst vorläufig - und sogar die Entwürfe der Schlussdokumente zu erörtern.

Was uns anbetrifft, so sind wir nach wie vor der Auffassung, dass man die Ausarbeitung und Abstimmung der Schlussdokumente der gesamteuropäischen Konferenz auf anderem, effektiverem Wege gewährleisten kann. Hier kann und muss eine große Arbeit in Form bilateraler Konsultationen geleistet werden. Für diese Methode sind nicht wenig Länder, darunter auch die USA und Frankreich.

Was den Inhalt der Fragen und die Art und Weise ihrer Erörterung anbetrifft, so ist dazu, wie uns scheint, die "Dreistufenformel", von der wir in Prag sprachen, gut geeignet.

Um mein Los etwas zu erleichtern und meine Ausführungen abzukürzen, wird, wenn die Genossen nichts dagegen haben, Genosse Gromyko uns den Sinn und den Inhalt der "Dreistufenformel" darlegen, dem man das Wort erteilen kann.

Ich möchte mich mit folgendem Moment beschäftigen: Einige NATO-Länder, darunter England und Belgien, sind dafür, auf der gesamteuropäischen Konferenz in der einen oder anderen Form die Frage der Truppen- und Rüstungsreduzierung in Europa zu erörtern.

Dies ist natürlich eine wichtige Frage. Wir haben darüber gesprochen, und wir alle haben unser Herangehen dazu klar und deutlich in der Prager Deklaration des PBA zum Ausdruck gebracht. Man kann Genugtuung darüber äussern, dass unser Herangehen im allgemeinen bei vielen westeuropäischen Ländern positiv aufgenommen wird, das trifft vor allem auf die von uns aufgestellten Prinzipien zu, die vorsehen, dass Schritte zur militärischen Entspannung ohne Schaden für die daran beteiligten Länder getan, dass die entsprechenden Maßnahmen sowohl gegenüber ausländischen als auch den nationalen Streitkräften und Rüstungen in Europa getroffen und dass Verhandlungen unmittelbar zu diesem Fragenkomplex ausserhalb der Blocks und getrennt von der gesamteuropäischen Konferenz durchgeführt werden sollen.

Wir müssen <sup>uns</sup> wie bisher gegen eine Erörterung der Frage der Truppen- und Rüstungsreduzierung in Europa auf der gesamteuropäischen Konferenz wenden. Diese Frage würde wegen ihrer Kompliziertheit die Tagesordnung so überbelasten, dass die Konferenz kaum irgendwelche nützlichen Beschlüsse fassen könnte.

Dazu kommt, dass man auf die Behandlung von Fragen der militärischen Entspannung in Europa weit weniger vorbereitet ist, als auf die Erörterung politischer und ökonomischer Fragen. Wie wir auf der jüngsten Tagung des PBA vereinbarten, erfolgt in der Sowjetunion und im Kommando des Warschauer Vertrages eine Untersuchung der konkreten Aspekte der Frage der Truppen- und Rüstungsreduzierung in Europa, aber diese Arbeit erfordert Zeit. Zum entsprechenden Zeitpunkt werden wir natürlich einen Meinungsaustausch zum Wesen dieser Frage mit den Bruderländern beginnen.

Es muss festgestellt werden, dass zwischen den Ländern der NATO keine einheitliche Meinung darüber besteht, ob die Frage der

Truppen- und Rüstungsreduzierung in Europa auf der gesamt-europäischen Konferenz erörtert werden soll. Die USA erklärten sich im Ergebnis der Verhandlungen in Moskau bereit, diese Frage gesondert, auf einem speziellen Forum, zu behandeln.

Wie die kürzlich durchgeführten Konsultationen in Paris zeigten, ist Frankreich fest der Meinung, dass es nicht zweckmässig ist, diese Frage auf der Konferenz zu erörtern.

All das bietet offenkundig genügend Voraussetzungen dafür, unsere Position durchsetzen zu können. Das bedeutet jedoch nicht, dass niemand das Recht hätte, im Verlaufe der Konferenz die Frage der Abrüstung auch nur zu erwähnen und so oder so seine Überlegungen hinsichtlich seines Herangehens zu ihrer Lösung darzulegen. Aber das darf kein Hindernis dafür sein, dass die Konferenz positive Beschlüsse zu politischen, ökonomischen und anderen Fragen fasst.

Zinige Worte über unser Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder, wie sie gewöhnlich genannt wird, zum "Gemeinsamen Markt". Auf der Tagung des PBA in Prag vereinbarten wir, im Rahmen des RGW eine gründliche Untersuchung der entsprechenden Fragen vorzunehmen. Bekanntlich wurde eine gewisse Arbeit geleistet, und wir sind alle darüber informiert. Jetzt gilt es zu überlegen, was weiter zu tun ist.

Wir haben diese Frage, wenn auch nur in engem Kreise, noch einmal erörtert und sind zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die Analyse und die Information, die wir alle vom Exekutivkomitee des RGW bekommen haben, ungenügend sind. Sie haben keine Tiefe, berücksichtigen nicht den künftigen, umfassenden Blick nach vorn. In bestimmtem Masse hängt das damit zusammen, daß viele prinzipielle Fragen auch im "Gemeinsamen Markt" selbst nicht entschieden sind.

Nach unserer Meinung ist es zweckmässig, die erarbeitete Analyse auf das Niveau sachlicher Empfehlungen für den gesamten Fragenkomplex zu heben, der mit dem "Gemeinsamen Markt" zusammenhängt:

▼ 20 a -

das Plus und das Minus möglicher Kontakte mit diesem ökonomischen Bündnis der kapitalistischen Länder zu bestimmen und zu präzisieren, wie weit man in der bi- und multilateralen Zusammenarbeit gehen kann, welches für uns die optimalen Formen und Fristen der Kontakte mit dem "Gemeinsamen Markt" sind usw.

Deshalb denken wir, daß der RGW die begonnene Arbeit fortsetzen und die konkreten Vorschläge über unsere gemeinsamen Schritte gegenüber der EWG auf ein politisches Niveau heben muß. Wir meinen, daß bei der Ausarbeitung dieser Vorschläge die Aussenhandelsminister und unsere Planungs- und Finanzorgane eine besonders verantwortungsvolle Rolle spielen müssen.

Wir sagen es offen: sich einfach der EWG an den Hals zu werfen ist nicht ratsam. Man muß ein solches Herangehen finden und festlegen, damit man es dann, wie es heißt, nicht bedauert. Deshalb sind wir aus voller Überzeugung für das tiefere Studium dieser Frage.

Wir sind auf die wichtigsten Seiten unserer Europapolitik eingegangen. Wenn es die Genossen als notwendig erachten, andere Fragen aufzuwerfen, dann werden wir gern an deren Erörterung teilnehmen.

Unsererseits möchten wir Sie über eine Reihe internationaler Fragen informieren.

In letzter Zeit gab es, wie Sie wissen, viel Gerede über das Gipfeltreffen mit dem USA-Präsidenten Nixon in Moskau. Was kann man in diesem Zusammenhang sagen?

Die Frage unserer Beziehungen mit den USA haben wir auf dem vorangegangenen Treffen erörtert, und die von uns ausgearbeitete gemeinsame Linie wird in der Praxis konsequent verwirklicht. Wie wir bereits gesagt haben, haben wir uns bei der Begegnung mit Präsident Nixon fest an diese Linie gehalten.

Jetzt kann man sagen, daß die Ergebnisse des Treffens nicht nur auf den Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen,

sondern auch auf die internationale Lage insgesamt einen positiven Einfluß ausüben. Das ist die allgemeine Einschätzung.

Gestützt auf die Ergebnisse der Gespräche mit Nixon in Moskau wirken wir weiterhin energisch auf das Weiße Haus ein in dem Bemühen, die gegenwärtige Administration, deren Lage durch den Wahlkampf kompliziert wird, zu veranlassen, günstigere Positionen in den Fragen zu beziehen, die die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder interessieren. Das bezieht sich auf Vietnam, den Nahen Osten, die europäischen Fragen und die Fragen der Abrüstung. Kurz gesagt: unsere Politik mit den USA sehen wir in großen Maßstäben, ausgehend von unseren gemeinsamen Interessen und nicht nur von den Interessen der Sowjetunion.

Am Vorabend der Reise Nixons zu uns war eine sehr komplizierte Situation entstanden im Zusammenhang mit den verschärften amerikanischen Bombenangriffen gegen das vietnamesische Territorium, der Verminung der Häfen usw. Wir erörterten die entstandene Situation, berieten uns mit den Genossen und kamen zu der Schlußfolgerung, daß das Treffen, wenn es stattfindet, dem Schutz der Interessen Vietnams mehr dienen wird, als wenn wir den Besuch Nixons abgesagt hätten. Das Leben bestätigte die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung.

Sie wissen, daß unmittelbar nach den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen eine sowjetische Delegation unter Leitung des Genossen N.W. Podgorny nach Hanoi flog. Zur Delegation gehörte auch Genosse K.F. Katuschew. Die Delegation führte aufrichtige und ausführliche Gespräche mit den vietnamesischen Genossen und informierte die Freunde vollständig darüber, wie bei den Verhandlungen mit den Amerikanern die Behandlung des Vietnamproblems erfolgte.



Über diese Verhandlungen und die darauffolgenden Gespräche in Hanoi haben wir Sie informiert.

Wie bereits hervorgehoben wurde, haben wir weder vor dem Besuch Nixons, während seines Besuches noch danach keine Minute unsere scharfe Kritik an der amerikanischen Aggression in Südostasien vermindert. Natürlich war nicht davon die Rede, die in der letzten Zeit von den USA unternommenen Aktionen zur Ausweitung der Aggression stillschweigend zu übergehen. Mehr noch, neben der politischen und ökonomischen Unterstützung erwies und erweist die Sowjetunion Vietnam umfangreiche militärische Hilfe. Unsere Züge mit militärisch<sup>sch</sup> und anderen Ladungen fahren ununterbrochen in die DRV. Das ist auch den Amerikanern gut bekannt.

Aber ich komme auf den Charakter der Verhandlungen zurück. Wir können ohne weiteres die Aufzeichnungen über die Gespräche mit Nixon über Vietnam auf den Tisch legen. Als wir sie den Vietnamesen zeigten, dankten sie uns für den entschiedenen, ja sogar harten Ton in dieser Frage. Natürlich haben wir nicht damit gerechnet, daß wir alle Fragen lösen werden, ja, wir konnten für Vietnam auch nicht irgendetwas endgültig entscheiden.

Wir übten einen Druck aus, und Nixon machte eine Reihe von Erklärungen, die man für den weiteren Druck auf ihn verwenden kann. Nixon erklärte, daß er aus Vietnam abzieht und seine Truppen in kurzer Zeit zurückziehen wird, daß er nach Abstimmung mit Nordvietnam bereit ist, eine Koalitionskommission für die Wahlen zu bilden unter Berücksichtigung dessen, daß Thieu zwei Monate vor den Wahlen abtreten wird. Es wurde noch eine Reihe von Verpflichtungen übernommen. All das bedeutet viel.

N.W. Podgorny. Auch hier gab Nixon die Zustimmung zu Verhandlungen.

L.I. Breshnew. Ja. Auch hier gab er die Zustimmung zu Verhandlungen, die bisher hundertprozentig zurückgewiesen wurden. Die Verhandlungen in Paris wurden jetzt wiederaufgenommen und werden, wie uns bekannt ist, sowohl über offizielle, als auch über nicht-offizielle Kanäle fortgesetzt. Ich spreche schon nicht von den anderen Fragen. So war Nixon damit einverstanden, daß die Vietnamesen ihre Truppen von den von ihnen im Ergebnis der Kämpfe besetzten Gebieten südlich des 17. Breitengrades nicht abziehen, was früher von der amerikanischen Seite für unannehmbar betrachtet wurde.

Ich denke, daß die vietnamesischen Genossen unter Verwendung des Materials, das ihnen während der Reise des Genossen Podgorny zur Verfügung gestellt wurde, und mit unserer ständigen umfangreichen Hilfe die Verhandlungen in Paris, deren allgemeine Atmosphäre sich unserer Meinung nach, wie es scheint, verändert, erfolgreich führen können.

Während des Nixon-Besuches wurde auch die Situation im Nahen Osten berührt. Die Frage ist sowohl für die Amerikaner als auch für uns ziemlich kompliziert. Obwohl Nixon von dem Wunsch der USA sprach, den Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel zu regeln, betonte er, daß er sich am Vorabend der Wahlkampagne gewissen innenpolitischen Schwierigkeiten gegenübersteht. Deshalb war es schwierig, obwohl das Gespräch sehr hart und sehr scharf war, die Frage endgültig zu klären, umso mehr noch, als wir auch in diesem Falle <sup>nicht</sup> für die Araber entscheiden können.

Es ist wichtig, die offizielle Erklärung auszunutzen, die in unserem Kommuniqué veröffentlicht und von Nixon unterzeichnet wurde, und zwar, daß die Grundlage für die Regelung des Nahost-

konflikts der Beschluß des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 ist, womit auch die Araber einverstanden sind. Vor dem Treffen in Moskau hatte es das Weiße Haus sowohl mündlich als auch schriftlich vorgezogen, über diese Resolution zu schweigen.

Was haben wir vereinbart? Wir haben vereinbart, die gegenseitigen Konsultationen und die Suche nach der Lösung dieses Problems fortzusetzen und die Seiten zu bewegen, eine friedliche Regelung der Fragen auf der Grundlage der Befreiung der arabischen Territorien von den israelischen Truppen anzustreben.

So sehen die Ergebnisse des sowjetisch-amerikanischen Treffens in den zwei schärfsten Fragen aus.

Es lohnt sich, auch von der Zustimmung Nixons zu sprechen, an der Durchführung der europäischen Konferenz teilzunehmen. Er war unserer Meinung nach aufrichtig, als er sagte, daß es für ihn schwer sein wird, unter Berücksichtigung der Wahlkampagne früher als im November an den Konsultationen bzw. an der Vorbereitungsarbeit teilzunehmen. Sobald aber die Wahlen vorüber sind, werden sich die Amerikaner in diese Arbeit einschalten. Das halten wir für ein wichtiges Moment, weil Amerika einen bestimmten Einfluß auf seine NATO-Verbündeten hat.

Somit haben wir in den Grundfragen und in den Hauptrichtungen eine prinzipielle Position bezogen und eine klassenmäßige Linie verfolgt, die nicht nur den Interessen der Sowjetunion, sondern auch den allgemeinen Interessen der gesamten sozialistischen Gemeinschaft entspricht.

Offensichtlich ist es sinnvoll, einige Worte über das zeitweilige "Einfrieren" der strategischen Waffen zu sagen. Vor allem muß gesagt werden, daß diese Frage mehr als zwei Jahre vorbereitet

wurde. Im Verlaufe dieser gesamten Zeit wurden zwischen unseren Vertretern und den Amerikanern sowohl in Helsinki als auch in Wien angespannte Verhandlungen geführt. Jedoch die endgültige Vereinbarung wurde während des Treffens mit Nixon erzielt. Ihr Hauptsinn besteht darin, daß Amerika vor aller Welt öffentlich das Gleichgewicht der nuklearen Kräfte der Sowjetunion und Amerikas sowie die Nutzlosigkeit und Unzweckmäßigkeit des weiteren Wettrüstens in dieser Waffengattung anerkannte. Im Gespräch wurde ein solcher Ausdruck gebraucht, wie "jedes Land kann das andere zehnmal vernichten".

Im Verlaufe der Verhandlungen wollten sowohl wir als auch die Amerikaner natürlich Zugeständnisse erhalten. Und wir haben ein ziemlich spürbares Zugeständnis erhalten: Amerika wird in diesen Jahren keine neue Unterseebootflotte aufbauen und gewährt uns das Recht, die modernen Atomunterseeboote mit Raketen- und Kernwaffen auszurüsten bis zu einer Anzahl, die die Anzahl der in Amerika vorhandenen Unterseeboote übersteigt.

Warum ist das erfolgt? Wir haben eine größere Anzahl von Booten gefordert, weil unsere territorialen Bedingungen des Auslaufens der Unterseebootflotte auf die Kampfpositionen komplizierter sind als die Amerikas. Wir müssen von entfernteren Stützpunkten auslaufen, wozu eine bestimmte Zeit erforderlich ist. Bei ihnen ist dazu weniger Zeit erforderlich, und Amerika war gezwungen, sich damit einverstanden zu erklären. Und weil die Unterseebootflotte unter den gegenwärtigen Bedingungen die am wenigsten verwundbarste Waffe ist, war es für uns sehr wichtig, diesen Vorteil zu erhalten. Deshalb sind wir auf die Vereinbarung mit den USA eingegangen. Das ist ihr Sinn.

Wir haben mit Nixon vereinbart, die Arbeitskontakte fortzusetzen, um im weiteren den Weg nicht nur zum "Einfrieren", sondern auch zur Vernichtung der Kernwaffen zu finden. Diese Arbeit ist

natürlich außerordentlich schwer, kompliziert und langwierig, aber man sollte darauf nicht verzichten. Wann ein solcher Beschluß gefaßt wird, wird ersichtlich sein.

Es kann natürlich die Frage entstehen, wie sich all das auf die Sicherheit aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auswirkt. Gestatten Sie, Ihnen im Namen des Zentralkomitees unserer Partei zu versichern, daß die Sicherheit, die wir Ihnen durch unsere Bündnisverträge und Verpflichtungen garantiert haben, in keiner Weise geschwächt, sondern im Gegenteil gefestigt wird. Das ist unbedingt so, anderenfalls wären wir auf eine solche Vereinbarung mit den USA nicht eingegangen.

Werden in diesem Zusammenhang die Kosten seitens der Sowjetunion verringert oder nicht? Offen gesagt hege ich Zweifel. Wenn auch die Maßstäbe der Erweiterung der Militärtechnik verringert werden, so bleibt doch für jedes Land das Recht auf Vervollkommenung der Waffen erhalten. Und wenn man auszurechnen beginnt, was die Vervollkommenung kostet, dann stellt sich heraus, daß die neue Rakete doppelt so teuer ist wie die vorangegangene.

Das sind eigentlich die wichtigsten Momente dessen, was erreicht wurde.

Wenn sich die Genossen für andere Fragen im Zusammenhang mit den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen interessieren, bin ich bereit, sie zu beantworten. Aber wir haben Sie schon informiert. Die Dokumente wurden veröffentlicht. G<sup>h</sup>heimabkommen haben wir nicht geschlossen.

Die Kontakte und die Suche nach Lösungen sowohl für Vietnam, als auch für den Nahen Osten und für andere Fragen, insbesondere die europäische Konferenz, werden von uns fortgesetzt. Wir werden Sie

über den Verlauf dieser Konsultationen und über den Verlauf der Verhandlungen informieren.

Das China-Problem haben wir mit den USA nicht erörtert. Wir haben Nixon keinerlei Frage bezüglich der Politik Peking's gestellt und er uns auch nicht. Wir wollten Nixon auch keinen Anlaß zu der Annahme geben, daß wir darüber beunruhigt sind, daß er nach China gereist ist. Wir haben unseren eigenen prinzipiellen Kurs und brauchen nicht von Nixon zu erfahren, was in China vor sich geht. Wir sind auch so besser als Nixon über die Lage in der VR China und die Politik der chinesischen Führung informiert.

Das ist eigentlich alles über das Treffen.

Ich spreche nicht über Einzelheiten der Reise N.W. Podgorny's, sondern erwähne nur, daß sie im Interesse Vietnams, im Interesse der Erläuterung der politischen Fragen und der Abstimmung unserer weiteren Hilfe für die vietnamesischen Freunde stattfand.

N.W. Podgorny. Wir haben eine ausführliche Information übersandt.

L.I. Breshnew. Die Tatsache der Reise selbst war nicht zufällig. Ich danke, daß die Genossen das verstehen.

Kurz gesagt sind wir zu der festen Überzeugung gelangt, daß Nixon bestrebt<sup>ist</sup>, "das Gesicht zu wahren" und daß er irgendwie aus Vietnam verschwinden möchte, obwohl er zu barbarischen Aktionen greift.

Einige Worte über die Lage auf der Korea-Halbinsel. Offen gesagt kennen wir nicht alle Details der Verhandlungen in Phoengjang und Seoul. Die koreanischen Genossen informieren uns ziemlich spärlich. Ich weiß nicht, ob Sie über eine umfassende Information

darüber verfügen, was auf der Korea-Halbinsel vor sich geht und was die koreanischen Genossen weiter zu tun beabsichtigen.

Die Situation ist ziemlich kompliziert. In der jüngsten Vergangenheit schickte Kim Ir Sen Pak Sen Tscher zu uns mit der Bitte, auf Nixon, wenn er bei uns sein wird, in der Richtung Einfluß zu nehmen, daß er zur Regelung der Frage beiträgt und die friedliche Vereinigung Koreas nicht behindert. Es wurde gesagt, daß Nordkorea unter diesen Bedingungen die Normalisierung der Beziehungen mit Amerika beabsichtigt. Das ist das Wesen der Bitte, mit der Pak Sen Tscher am Vorabend der Ankunft Nixons speziell nach Moskau entsandt wurde, und noch dazu dringend. Wir haben ihn empfangen.

Die koreanischen Genossen informierten uns bereits vorher, daß sie auf der Ebene des Roten Kreuzes Konsultationen mit Vertretern Südkoreas führen, daß sie eine friedliche und nicht militärische Vereinigung des Landes anstreben, einen Austausch von Wissenschaftlern, Delegationen, beginnen, kurz gesagt allmählich die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea regeln wollen. Wir haben das begrüßt. Wir haben gefragt, womit wir helfen können.

Jetzt hat das alles unerwartet andere Formen angenommen, es wird betont, daß die Vereinigung auf der Grundlage "einer breiten nationalen Einheit, die über den Unterschieden zwischen den Systemen steht" erfolgen muß.

Wir kritisieren die koreanischen Freunde nicht, wir wollen einen Erfolg für die friedliche Vereinigung Koreas, müssen jedoch Klarheit darüber erlangen, wie das alles vor sich gehen soll. In Südkorea befinden sich bekanntlich amerikanische Truppen. Ich habe Nixon gesagt, daß die amerikanischen Truppen aus dem Süden Koreas abgezogen werden müssen, daß die Koreaner sich selbst

Über ihre Angelegenheiten einigen wollen. Jedoch habe ich nicht gespürt, daß ein Abzug der amerikanischen Truppen erfolgen wird. Zumindest gibt es bis jetzt noch keine Anzeichen dafür. Seoul stellt die Frage nicht, im Gegenteil, es handelt sich um ....

N.W. Podgorny. Im Gegenteil, bittet darum, sie zu belassen.

L.I. Breschnew. Ich möchte mit Einschätzungen nicht vorgreifen, denn wir können uns auch irren. Wir sind bereit, der PDAK in ihrer Politik weiterhin zu helfen. Jedoch wissen wir bis jetzt nicht, in welchem Stadium sich die Frage der Vereinigung des Landes befindet, welche konkrete Form sie annehmen wird. Zumindest hat uns Kim Ir Sen um nichts gebeten, abgesehen von der Bitte, nirgends und keinesfalls Südkorea anzuerkennen und keinerlei Beziehungen mit ihm, nicht einmal auf dem Gebiet des Sports, aufzunehmen. Wahrscheinlich hat er sich mit eben dieser Bitte auch an Sie gewandt. Andere Bitten gibt es nicht.

Wir wissen, daß Kim Ir Sen diesen Herbst eine Reihe von Reisen in europäische Länder zu unternehmen beabsichtigt. Ich weiß nicht, wohin er zuerst fahren wird. Vielleicht nach Bulgarien ?

T. Shiwkow. Er hat mir vorgeschlagen zu fahren, jedoch ist es mir nicht möglich.

L.I. Breschnew. Auf jeden Fall glaube ich, daß er, wenn er in Europa sein wird, auch zu uns kommt. Wir haben ihn schon mehrere Jahre lang zur Erholung eingeladen. Das letzte Mal wurde gesagt, daß er vielleicht in diesem Jahr Zeit finden wird, um für einige Tage mit uns Gespräche zu führen. Inwieweit dies gelingen wird, ist schwer zu sagen. Insgesamt haben wir gute Beziehungen mit Nordkorea. Umfassend entwickeln sich die wirtschaftlichen



Beziehungen. Vor kurzem schlossen wir den Bau eines großen Kraftwerkes ab, der Bau eines Chemiebetriebes geht seiner Vollendung entgegen, und an diesem Chemiebetrieb hängen 2 Mio. t. Erdöl, es entsteht ein neuer Industriezweig.

Und was die jüngsten Ereignisse anbetrifft, so muß einfach noch etwas gewartet werden, bis Genosse Kim Ir Sen uns etwas genauer informieren wird.

Gestatten Sie, Genossen, die chinesische Frage zu streifen.

Die Situation in China selbst ist - soweit uns bekannt ist - nach wie vor äußerst kompliziert. Die objektiven Erfordernisse der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft zwingen die Pekingener Führer, in gewissem Maße zu den Formen zurückzukehren, die für die sozialistische Wirtschaftsführung charakteristisch sind, zwingen sie, damit zu beginnen, die Wirtschaft zu regeln. Einige Losungen, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit fast für alle Zeiten aufgestellt wurden, werden heute bereits neu bewertet und umgedreht.

Die chinesische Führung nimmt auch in ihrer Außenpolitik Korrekturen vor. Es muß festgestellt werden, daß in ihr eine gewisse Aktivierung zu beobachten ist. Das kann man an den Beziehungen der Volksrepublik China mit den kapitalistischen Ländern, einschließlich der USA, sehen. Und das trifft auch für die Entwicklungsländer zu. China ist bestrebt, <sup>gleichsam</sup> zum Führer dieser Länder zu werden.

Durch all diese Veränderungen wird jedoch der maoistische Kurs des Kampfes gegen die Sowjetunion und faktisch - ich möchte ganz offen sein - gegen die gesamte sozialistische Gemeinschaft, die von den chinesischen Führern weiterhin als Haupthindernis auf dem Wege ihrer hegemonistischen Pläne angesehen wird, nicht nur nicht aufgehoben, sondern - ich möchte sagen - ganz im Gegenteil - verstärkt.

Dieser Kurs bestimmt selbstverständlich auch den Charakter der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Unsere Verhandlungen

zu den Grenzfragen mit der VRCh laufen nun schon fast drei Jahre. Leider kommen sie nicht vom Fleck. Genossen, wir haben viele Versuche unternommen, um sie aus der Sackgasse herauszuführen, wir haben verschiedene Vorschläge unterbreitet, um mit den chinesischen Genossen einen konstruktiven Dialog zu beginnen, jedoch steht - wie man sagt - der Wagen immer noch am selben Fleck. Die Ursache hierfür liegt in der chinesischen Haltung. Tschou En-lai erklärte, daß die Führer der VRCh zum Abschluß eines Grenzvertrages mit der Sowjetunion in 10, 20 und 30 Jahren nicht bereit sein werden. Das sind seine Worte. Und all das in Erwartung des Augenblickes, da sie sich mit der UdSSR "auf gleichem Stand" unterhalten werden können, obwohl es selbstverständlich in unserer Einstellung zur Beilegung der strittigen Fragen mit den Chinesen keinen Platz für irgendeine Diskriminierung der VRCh gibt. Unter einem Gespräch "auf gleichem Stand" verstehen die Führer der VRCh offensichtlich ein Gespräch nach der Verwirklichung ihrer Pläne einer nuklearen Raketenaufrüstung, um von der Position der Stärke den Abtritt von bedeutenden Gebieten unseres Landes an China zu erreichen. Das wird ihnen natürlich niemals gelingen. In 30 Jahren werden auch wir noch stärker sein.

Bei seiner Begegnung, die Tschou En-lai unlängst mit amerikanischen Kongreßabgeordneten hatte, setzte er sich dafür ein, daß die amerikanische militärische Präsenz sowohl in Asien als auch in Europa erhalten bleiben sollte. Wir haben uns schon daran gewöhnt, uns über den Zynismus der chinesischen Führer nicht mehr zu wundern, jedoch ist diese Erklärung gegenüber den amerikanischen Vertretern fürwahr schon der Gipfel des Verrates. Sie wissen von dem Skandal, der sich abspielte, als die Amerikaner über ihre Gespräche mit Tschou En-lai öffentlich sprachen.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auch in den Gesprächen mit Vertretern der sozialistischen Länder - und die Genossen wissen das ebenso gut wie wir - die offiziellen chinesischen Persönlichkeiten bestrebt sind, den Eindruck zu erwecken, daß sie mit niemandem, außer der Sowjetunion, Meinungsverschiedenheiten hätten und daß sie zur Normalisierung der Beziehungen mit allen Ländern, außer der UdSSR wiederum, bereit seien. Die Absichten sind, wie uns scheint, natürlich nicht schwer zu durchschauen: die Einheit des sozialistischen Lagers und die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu untergraben.

Nach allem zu urteilen, ist objektiv die Situation in der Volksrepublik China weit davon entfernt, stabil zu sein. Innerhalb des Landes geht der Machtkampf weiter. Neue Wendungen sowohl in der inneren Entwicklung Chinas als auch in seinen außenpolitischen Aktionen sind nicht auszuschließen. Wir, Genossen, halten nach wie vor die Türen für die Regelung aller Beziehungen mit der VRCh und für die Verbesserung dieser Beziehungen offen, wobei wir gleichzeitig die Eingriffe in unsere nationalen und staatlichen Interessen und die zügellose antisowjetische Propaganda entschieden, und prinzipiell zurückweisen. Das ist unser prinzipieller und unveränderlicher Standpunkt. Wir halten ihn für richtig.

Sollten Sie hierzu irgendwelche Bemerkungen haben, so sind wir bereit, diese anzuhören.

Im Grunde genommen führt die von der chinesischen Führung gegenwärtig verfolgte raffiniertere Taktik nicht nur zu keiner Verringerung der negativen Folgen der Abtrünnigkeit der chinesischen Führung von der internationalistischen sozialistischen Politik, sondern läßt diesen Kurs noch gefährlicher werden.

Wir sind überzeugt, daß ebenso wie in der Vergangenheit die Aktionen unserer Länder sowohl auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen mit der VRCh als auch in der internationalen Politik insgesamt koordiniert werden müssen, um die negativen Folgen des Kurses der Führung der VRCh, der den Interessen des Sozialismus im Weltmaßstab nur Schaden zufügt, möglichst zu beseitigen. Das ist eine der aktuellen Aufgaben für - wie uns scheint - alle unsere Parteien.

Gleichzeitig ist die politische Einflußnahme unserer Länder auf die Entwicklung der Situation in China zu verstärken. Selbstverständlich wird unser Einfluß umso effektiver sein, je mehr abgestimmt wir die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der VRCh entwickeln werden und dabei den Stand ihrer Verwirklichung unserer politischen Linie der grundlegenden Verbesserung der Beziehungen zwischen China und den sozialistischen Staaten auf prinzipieller Grundlage unterordnen, auf der Grundlage, zu der unsere Länder, unsere Bruderparteien schon wiederholt Erklärungen abgegeben haben.

Und wenn wir einmal von der Lage der Dinge an der Ostflanke sprechen, muß auch die Bedeutung der Normalisierung der Beziehungen mit Japan hervorgehoben werden. Auf diese Frage möchte ich hier kurz eingehen. Man kann natürlich heute sehr viel im Zusammenhang mit der Bildung der neuen japanischen Regierung sagen. Es gibt eine Reihe Erklärungen des neuen Premierministers Tanaki. Er nickt Amerika, als auch China, als <sup>auch</sup> der Sowjetunion zu. Mit einem Wort, in seinen Erklärungen kann man alles finden. Wir müssen jedoch selbstverständlich den Tenor seiner Reden erfassen, das Hauptsächliche finden.

Wir schließen nicht aus, daß Japan an einer Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion interessiert ist, um

seine Beziehungen zu China und zu Amerika ins Gleichgewicht zu bringen und auszugleichen. Wir schließen nicht aus, daß es zu einer gewissen Annäherung mit China bereit sein kann, wodurch es in gewissem Maße auf Amerika und auf uns Einfluß nehmen kann. Der Prozeß eines großen politischen Spieles hat eben erst begonnen, und wir müssen umsichtig handeln. Zu zögern beabsichtigen wir nicht, jedoch werden wir uns auch nicht beeilen, wie man sagt - vor unserem Vater ins Fegefeuer kommen zu wollen. Wir werden uns in dieser ganzen Angelegenheit in Ruhe Klarheit verschaffen.

Nach der Reise des Genossen Gromyko nach Japan war Übereinkunft darüber erzielt worden, daß wir in diesem Jahr mit den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan beginnen. Es wird eine sehr umfassende Unterredung über die Nutzung von Erdgas aus Jakutsk für den Bedarf Japans erwartet. In letzter Zeit, insbesondere gestern, bestätigte sich in einem Gespräch mit Peterson, das ich auf der Krim hatte, daß sie - Japan und Amerika - sich gemeinsam in diese Sache einschalten wollen. Wir haben nichts dagegen. Somit gibt es recht starke und ernsthafte wirtschaftliche Motive, die das Interesse Japans am Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion erhöhen, eines Vertrages, an dem auch wir interessiert sind.

Das ist der Rahmen, in dem die Sowjetunion ihre Politik im Fernen Osten gestalten wird.

Neue Momente sind in der Lage im Nahen Osten entstanden. Sie alle wissen, daß in der letzten Zeit der Beschluß über den Abschluß der Mission unserer Militärberater gefaßt wurde. Unsere Berater dort führen verschiedene Funktionen aus. Es gibt Berater, die sich unmittelbar in den Truppenteilen befinden,

mitunter unmittelbar an der vordersten Linie oder in den Truppenteilen der Luftabwehr, die unter Einsatz neuer Raketensysteme Alexandria, Kairo und Assuan decken. Wir haben Spezialisten, die in den Regimentern arbeiten, Flugpersonal, Panzersoldaten und anderes Personal in der Handhabung der aus der Sowjetunion eintreffenden Technik ausbilden. Wir haben Personal, das unmittelbar Militärdienst leistet, vor allem in der Verteidigung<sup>des Luftraumes</sup> mit unserer Technik und unter unserem Kommando. Wir haben keinen einzigen Soldaten von uns, geschweige denn Offizier, dem ägyptischen Kommando unterstellt oder zur Verfügung gestellt.

Ich sage das alles, damit Sie eine Vorstellung darüber erhalten, daß sich in Ägypten verschiedene Kategorien unserer Leute und mit verschiedenen Funktionen aufhalten.

Jetzt ist vom Präsidenten der Beschluß gefaßt worden, unsere Berater zu entlassen. Nach seiner Meinung sind ihre Aufgaben erfüllt. Dieser Beschluß wurde von Sadat hauptsächlich aus innenpolitischen Erwägungen heraus gefaßt. Ich werde auf dem hiesigen Treffen nicht über die persönlichen Eigenschaften von Präsident Sadat sprechen. Wahrscheinlich hatten Sie mit ihm auch schon Begegnungen und kennen ihn. Ich bin wohl fünfmal mit Nasser zusammengekommen und hatte auch wiederholt Begegnungen mit Sadat. Dadurch konnten sich seine persönlichen Eigenschaften offenbaren. Aber es geht ja nicht darum.

Jetzt wurde in Ägypten beschlossen, alle unsere Berater für die gewissenhafte und einwandfreie Arbeit auszuzeichnen. In einigen Objekten sind unsere Einheiten bis jetzt geblieben. Sadat <sup>bittet</sup> darum, das militärisch-technische Personal in den Truppenteilen und Ausbildungszentren zu belassen. Somit gehen nicht alle von dort weg. Es gehen nur die Berater weg, die sich in den Truppenverbänden befanden.

Nachdem wir bereits unsere Meinungen zu dieser Frage ausgetauscht hatten, bat Sadat uns um ein Treffen auf höchster Ebene, um die politischen, ökonomischen und militärischen Aspekte unserer Zusammenarbeit, das gesamte Problem der Beilegung der Nahostkrise auch weiterhin abzustimmen.

Hinsichtlich des Treffens werden wir sehen. Bis jetzt haben wir uns noch nicht festgelegt. Wir sind alle derart beschäftigt, daß es selbst zu sagen schwer ist, wann es gelingen wird, sich zusammzusetzen. Für den September haben wir vier offizielle Begegnungen mit Vertretern anderer Staaten plus die Sitzung des Obersten Sowjets geplant. Praktisch werden wir nicht einmal freie Tage zur Erholung haben. Dennoch verhalten wir uns im Prinzip hierzu positiv. Ich sprach gerade gestern abend mit unserem Botschaft in Kairo. Die Stimmung ist dort gut. Die Lage - normal. Sadat ist nach Libyen gefahren.

Insgesamt werden wir sehen, wie wir die Sache weiterführen müssen, wie sich die ägyptischen Führer benehmen werden. Für Sadat ist es jetzt wichtig, die inneren Kräfte zusammenschließen und die Kräfte der Reaktion zurückzuschlagen, die auf ihn Druck ausüben. Im vergangenen Jahr führte er eine Reihe von Sanktionen gegen Ihnen bekannte Personen durch, erließ eine Reihe gesetzgeberischer Akte, und jetzt bindet ihn das alles, nimmt es ihn in gewissem Maße im Kampf gegen die Rechten gefangen.

Sadat vertraute uns an, daß er angesichts des Abzuges der Berater die ASU zusammenrufen wird, um eine Deklaration über die Einheit der Nation anzunehmen, die ihm im Kampf gegen die rechte Gefahr die Hände frei machen würde. Wie wird ihm das alles gelingen? Wir wünschen ihm Erfolg im Kampf gegen die Rechten, jedoch hängt in entscheidendem Maße alles von ihm selbst ab.



Die Imperialisten wollen für sich selbst vorteilhafte Veränderungen. Nicht zufällig hat sich Golda Meir mit dem Vorschlag an Sadat gewandt, zusammenzukommen. Jedoch lehnte er eine Begegnung ab, da er sie unter den Bedingungen, da israelische Truppen arabische Gebiete besetzt halten, für ungleich hält.

Noch zwei Worte zu Kuba und insbesondere zu dem Besuch von Fidel Castro. Unsere Meinung ist, daß die Reise durch die sozialistischen Länder einen sehr guten, tiefen und positiven Eindruck <sup>auf ihn</sup> gemacht hat. Er hat die große schöpferische Arbeit, die Organisationsgrundlage unserer Bruderparteien beim Aufbau des Sozialismus gesehen und wird wahrscheinlich daraus die nötigen und richtigen Schlußfolgerungen ziehen.

Ich bin Castro nicht zum ersten Mal begegnet, ich stand mit ihm in Briefwechsel. Jetzt habe ich ihn als einen <sup>gereiften</sup> Politiker gesehen, der gewachsen ist. Er ist ideologisch sehr gewachsen. Er äußerte sich selbst über einige seiner früheren Dinge kritisch (Überschätzung der Möglichkeiten usw.), sprach realistisch über die Möglichkeiten Kubas <sup>selbst</sup> in ökonomischer Hinsicht und war mit unseren Vorschlägen zur Unterstützung des Aufschwunges der kubanischen Wirtschaft sehr zufrieden. Er brachte seine Genugtuung im Zusammenhang mit der Aufnahme Kubas in den RGW zum Ausdruck. Er hob die Bedeutung des Beschlusses der XXVI. Tagung hervor, ein Nickelwerk in Kuba zu bauen.

Unsere Beziehungen zu Kuba haben sich in letzter Zeit nicht nur stabilisiert, sondern hatten sich bereits vor Fidel's Ankunft bei uns wesentlich gefestigt. Man kann sagen, daß sich die sowjetisch-kubanischen Beziehungen grundlegend verbessert haben. Fidel ist in guter Stimmung abgereist und wartet nun auf unseren Gegenbesuch in Kuba. Das ist eine Frage, die schon seit langem steht, und sie gewinnt immer mehr an Aktualität.

Ich möchte noch sagen, daß in der ersten Septemberhälfte Kissinger, der Ihnen bekannte Sonderberater des Präsidenten für die nationale Sicherheit der USA, Moskau besuchen wird, um die Konsultationen und Verhandlungen zu einer Reihe sehr wichtiger Fragen fortzusetzen, die im Laufe des ersten Gipfaltreffens beraten wurden.

Gestatten Sie, hiermit unsere Information zu beenden. Wenn Sie wollen, können wir eine Pause einlegen und dann den Meinungsaustausch fortsetzen. Aber wir können auch jetzt Genossen Gromyko anhören. Ich erteile ihm das Wort.

A. A. Gromyko:

Ich verspreche, daß ich die mir zur Verfügung gestellte Zeit nicht überschreiten werde. Da wir der Einberufung der Konferenz immer näher kommen, entstehen einige praktische Fragen, unter anderem auch die Frage, wie die Konferenz selbst am vernünftigsten organisiert werden kann.

In Prag wurde die Ordnung vorbeschlossen - die Organisierung dieses Treffens in 3 Stadien. Das erste Stadium: Es treffen sich die Vertreter aller Teilnehmerstaaten auf der Ebene der Außenminister. In diesem Stadium werden die Länder/ihre Politik zu den Hauptfragen der europäischen Sicherheit darlegen und entsprechende Erklärungen abgeben.

Mit einem Wort, es wird das stattfinden, was man gewöhnlich allgemeine Diskussion nennt. Es werden entsprechende Vorschläge unterbreitet werden, darunter auch Dokumente. Und wir, die sozialistischen Länder, werden unsere Vorschläge einbringen. Das ist das erste Stadium.

Das zweite Stadium umfaßt die Bildung von Hilfsorganen, Kommissionen oder Komitees. Jede internationale Konferenz hat ihr eigenes Gesicht, jedoch zeigt die Erfahrung, daß es äußerst zweckmäßig ist, solche Kommissionen zu bilden. Was werden sie machen? Sie werden sich mit den Vorschlägen und konkreten Entwürfen, die im ersten Stadium unterbreitet werden, darunter auch mit unseren, befassen.

Wieviel Zeit werden das erste und zweite Stadium beanspruchen? Ausgehend von den Erfahrungen kann man annehmen, daß das erste Stadium etwa 10 Tage dauern wird. Wenn man berücksichtigt, daß in der UNC 3-3,5 mal mehr Teilnehmerstaaten sind und die Diskussionen dort etwa eineinhalb Monate oder annähernd soviel dauern, so beträgt das Maximum 10 Tage. Das zweite Stadium wird wahrscheinlich minimal 2 bis 3 Wochen beanspruchen.

Aber ich denke, daß es schwierig ist, in dieser Beziehung sehr konkret zu werden; denn viele Delegationen, wenn auch nicht alle, werden mit ihren Führungen in Verbindung stehen und Direktiven anfordern. Natürlich werden in diesen Kommissionen Vertreter arbeiten, die einen niedrigeren Rang haben als den eines Ministers. Sie werden in Hauptfragen Hinweise erhalten und nicht nur in einer, sondern in vielen Fragen des öfteren Kontakt zu ihren Führungen aufnehmen. Ich würde sagen, daß somit das zweite Stadium minimal 2 bis 3 Wochen dauern wird.

Die Arbeit der Kommissionen zu den Dokumenten ist eine mühselige, genaue Kleinarbeit. Man wird an den verschiedenen Formulierungen feilen müssen; es wird, ohne zu übertreiben, dutzende solcher Formulierungen geben.

Das dritte Stadium ist das abschließende Stadium, die Annahme von Beschlüssen, die im Ergebnis des ersten und des zweiten Stadiums vorbereitet wurden, d. h. die Annahme konkreter Dokumente. Wielange dieses Stadium dauern wird, ist schwer zu sagen. Jedoch ist es durchaus möglich, daß, wie es die Erfahrung zeigt, einige grundlegende Fragen erst in diesem Stadium entschieden werden können. Sicherlich werden das nicht viele sein. Wenn sie im zweiten Stadium nicht geklärt werden können, werden sie für die endgültige Lösung im letzten Stadium offenbleiben. Bei äußerst idealen Bedingungen wird es keine solcher Fragen geben. Das wäre einfacher.

Welches wird die höchste Ebene in diesem dritten Stadium sein? Wahrscheinlich wird jedes Land selbst seine höchste Ebene bestimmen. Hier gibt es in den einzelnen Ländern unterschiedliche Bedingungen. Es ist möglich, daß die Oberhäupter einzelner Staaten für diesen Zweck ausgewählt werden. Man kann sagen, daß die englische Königin sicherlich nicht kommen wird, daß jemand anders fährt, um England auf höchster Ebene zu vertreten. Kurz gesagt, jedes Land wird festlegen, durch wen es vertreten wird.

Für die sozialistischen Länder ist es vorteilhaft, so zu arbeiten, daß weder das erste noch das zweite, noch das dritte Stadium künstlich in die Länge gezogen wird.<sup>n</sup> Gleichzeitig ist es natürlich schwer, im voraus einen Fahrplan festzulegen, weil das wichtigste für uns das politische Ergebnis, der Inhalt der politischen Dokumente ist, wie es Leonid Iljitsch hier gesagt hat. So befürchte ich, sagen zu müssen, daß es Monate dauern wird, auf jedenfall aber einige Wochen insgesamt vom Beginn des ersten Stadiums bis zum Abschluß für dieses Treffen vergehen werden.

Ich möchte die Schlußfolgerung ziehen, daß dieses Schema, das in Prag entworfen wurde, vernünftig ist.

Vor uns steht die Frage, wie wir uns die Organisation des Treffens vorstellen und wie wir dieses Schema allseitig popularisieren. Wahrscheinlich werden auch Ihre Genossen bei Kontakten mit anderen Ländern in dieser Art und Weise auftreten. Wie ist jetzt die Lage? Die Reaktion auf unseren Vorschlag ist im allgemeinen positiv. Es gibt niemanden, der Vorschläge unterbreitet hat, die diesem Schema entgegengesetzt wären. Ich selbst gewann in den Kontakten der letzten Zeit den Eindruck, daß die <sup>große</sup> Chance besteht, daß dieses Schema im allgemeinen akzeptiert wird, möglicherweise mit Korrekturen, aber sicherlich wird etwas Ähnliches beschlossen werden.

Auf dem vorbereitenden Treffen in Helsinki muß neben dem Zeitpunkt, den Teilnehmern, dem Ort des Treffens auch die Organisation des Treffens abgesprochen werden. Das erleichtert die Möglichkeit, auf dem Treffen selbst gleich zur Sache zu kommen.

Das sind die Überlegungen, die meines Erachtens naheliegen.

L. I. Breschnew, Genossen: Gibt es Fragen an Genossen Gromyko?

Eine Stimme, In der Diskussion.

E. Honecker, Liebe Genossen: Zunächst möchte ich dem Politbüro des ZK der KPdSU und persönlich den Genossen L. I. Breschnew und N. V. Podgorny herzlich für die Initiative zu diesem Treffen danken. Das Politbüro des ZK der SED hat mich beauftragt, alle Genossen der mit uns brüderlich verbundenen Parteien herzlich zu grüßen. Die Ergebnisse des letzten Treffens im August 1971 sowie die zur Beratung stehenden Fragen des jetzigen Treffens lassen uns schon heute die Bedeutung und Tragweite unserer Beratung erkennen. Die Hauptfrage ist in der Tat die Einheit und Geschlossenheit unserer sozialistischen Staatengemeinschaft und die Sicherung des Friedens.

Mit der von L. I. Breschnew gegebenen Einschätzung der Lage und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen stimme ich überein. Die seit der Prager Tagung des Politisch Konsultativen Rates eingetretenen Ereignisse bestätigten voll und ganz die damals von Genossen L. I. Breschnew gegebene Analyse, daß wir gewissermaßen die Schwelle zu einer neuen Phase der internationalen Beziehungen überschreiten. Die Haupttendenz der internationalen Entwicklung ist die insbesondere mit dem Friedens-

programm des XXIV. Parteitages der KPdSU verstärkt fortgesetzte Offensive der Staaten unserer sozialistischen Gemeinschaft. Es ist uns gelungen, dabei grundlegende Fortschritte zu erreichen: Durch die Abkommen der UdSSR mit den USA; durch die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau; das Inkrafttreten des Vierseitigen Abkommens über Westberlin; das Inkrafttreten des Transitabkommens zwischen der DDR und der BRD und die Vereinbarung zwischen der DDR und dem Westberliner Senat; die Unterzeichnung des Verkehrsvertrages zwischen der DDR und der BRD und der Abschluß der Verträge und Abkommen der Sowjetunion mit dem Irak, Syrien, Bangladesh sowie die nützlichen Verhandlungen der sowjetischen Regierung mit Japan und den Benelux-Staaten.

Das ZK der SED und die Regierung der DDR schätzen diese Ergebnisse sehr hoch ein. Die sieben Abkommen und die Verhandlungen der sowjetischen Partei- und Staatsfunktionäre mit Nixon bedeuten hauptsächlich:

- Die Vereinbarungen über die Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines nuklearen Weltkrieges entsprechen den Interessen aller Völker; sie erweitern die Möglichkeit, die Ausweitung lokaler Kriege und Konflikte zu einem nuklearen Weltbrand zu verhindern;
- diese Tatsache sowie die getroffenen Abkommen zur Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen begünstigen die Entwicklung eines Klimes in den internationalen Beziehungen, das es ermöglicht, bestehende gefährliche Kriegsherde einzudämmen und einer politischen Lösung zuzuführen;
- die Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen geben neue Impulse für weitere Schritte zur Rüstungsbeschränkung und für eine Weltabrüstungskonferenz.

Nach den Verhandlungen mit Nixon und dem Inkrafttreten des Vertragswerkes in Europa wird der Weg frei für das Stattfinden der europäischen Sicherheitskonferenz. Es sind neue Chancen für den weiteren Ausbau der internationalen Positionen der DDR, für ihre Aufnahme in die UNO und deren Spezialorganisationen vorhanden. Unser Kampf um die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an durch die BRD kann jetzt mit größerer Aussicht auf Erfolg verstärkt fortgeführt werden.

Die Verhandlungen mit Nixon und das Zustandekommen des Vertragswerkes in Europa zeigen, daß der Imperialismus in seinen Aktionen das veränderte internationale Kräfteverhältnis berücksichtigen muß. Er muß Verhandlungen mit den sozialistischen Ländern führen,

in denen schrittweise die Prinzipien der friedlichen Koexistenz verwirklicht werden. Dabei verlieren wir nicht aus den Augen, daß seine Politik nach wie vor auf das Eindringen in die sozialistische Staatengemeinschaft, deren Spaltung und Unterminierung gerichtet ist. Er setzt das Wettrüsten und seine aggressive Politik in Indochina und im Nahen Osten fort. Doch die Gefahr eines allgemeinen Weltkrieges ist dank der Macht und der Politik der Sowjetunion geringer geworden. Der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus verschärft sich weiter. Das wird auch durch den Verlauf der Bonner-NATO-Ratstagung vom 30. Mai 1972 unterstrichen. Nachdem von Nixon in Moskau die Zustimmung zur europäischen Sicherheitskonferenz erreicht wurde, gab bekanntlich die NATO ihre negative Haltung zur europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit auf. Die Beschlüsse der NATO-Ratstagung zeigen jedoch, daß die USA nach wie vor versuchen, die praktische Vorbereitung und vor allem das Stattfinden der Konferenz selbst zu verzögern. Der NATO-Rat vereinbarte eine Linie, um den Inhalt der Sicherheitskonferenz im Sinne der imperialistischen Politik des Eindringens und der Differenzierung in und zwischen den sozialistischen Staaten zu verfälschen. Das ist ja auch der Sinn der Forderung nach Freizügigkeit für Informationen, Ideen und Personen. Außerdem zeigte die NATO-Ratstagung, daß die BRD versucht, zusätzlich diskriminierende Bedingungen für die Teilnahme der DDR durchzusetzen.

Auf der Bonner NATO-Ratstagung wurde auf Betreiben von Brandt und Scheel vereinbart, die Politik der internationalen Diskriminierung der DDR fortzusetzen. So soll sich die DDR durch die revanchistische These von der Einheit der deutschen Nation der Vormundschaft Bonns unterwerfen. Durch die Anerkennung der "Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes" soll die Souveränität der DDR beeinträchtigt werden. Die drei Westmächte sollen in bezug auf die DDR Rechte erhalten, die sie bis jetzt nicht besitzen. Die BRD setzt, offensichtlich von den USA und Großbritannien unterstützt, ihren Widerstand gegen die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an hartnäckig fort. Schließlich kann man nicht übersehen, daß durch die Kopenhagener Tagung der Verteidigungsminister der NATO <sup>und</sup> die Tagung des Nuklear-Komitees der NATO beschlossen hat, die NATO-Rüstungen an der Nordflanke und im

Mittelmeer zu verstärken. Gleichzeitig wird das größte Manöver der NATO vom Nordcap bis Sizilien im September dieses Jahres durchgeführt und schon jetzt von den westlichen Massenmedien als Ausdruck der Politik der Stärke propagiert.

Die USA eskalieren den Zerstörungskrieg gegen die DRV, Laos und Kambodscha offensichtlich mit der Absicht, so viel wie möglich zu zerstören und in Verbindung damit die internationalen Beziehungen weiterhin zu vergiften. Im Nahen Osten erstrebt der Imperialismus weiterhin die Trennung der arabischen Staaten von der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft, die Spaltung der arabischen Staaten, den Sturz der progressiven Regimes durch reaktionäre Elemente der proimperialistischen Kreise der arabischen Bourgeoisie.

Wenn die Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Fernen und im Nahen Osten bisher nicht durchgesetzt werden konnten, wie das in gewissem Umfang in Europa geschehen ist, so trägt dafür in erheblichem Maße die Spalterpolitik der Pekinger Führung eine wachsende Verantwortung. Die Gefahr dieser antisozialistischen, dem Imperialismus direkt dienenden chauvinistischen Politik Pekings ist nach dem Arrangement Pekings mit Nixon offensichtlich größer geworden. Das zeigen viele Fakten:

- der offene Kampf der chinesischen Führer gegen die Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA, gegen die Einheit der Warschauer Vertragsstaaten;
- die Sabotage einer gemeinsamen Unterstützung der sozialistischen Staaten für Vietnam;
- der Kampf gegen das Vertragswerk in Europa, gegen die europäische Sicherheitskonferenz;
- der Kampf gegen die Bemühungen der Sowjetunion für kollektive Sicherheit in Asien;



- das direkte, offene Zusammenspiel mit den extrem nationalistischen Kreisen und gleichzeitig mit dem Krieg spielenden Kreisen der arabischen Bourgeoisie;
- der verbissene Kampf gegen alle Schritte der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten zur Rüstungsbegrenzung und zur Abrüstung;
- das verstärkte Zusammenspiel Pekings mit den westeuropäischen Staaten, insbesondere auch mit den aggressiven revanchistischen Kreisen in der BRD.

Das findet auch seinen Ausdruck in der Reise des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bonner Bundestages, Schröder, des früheren Außenministers der BRD, dem Bundeskanzler Brandt für seine sogenannte überparteiliche Mission gute Ratschläge mit auf den Weg nach China gegeben hat.

Wir sind mit den sowjetischen Genossen einer Meinung, daß unser gemeinsamer ideologisch-politischer Kampf zur Entlarvung der Pekinger Führer unbedingt verstärkt werden muß. Vielleicht sollten wir uns dazu eine spezielle Publikation, z.B. eine Dokumentation, in der die außenpolitische Spaltertätigkeit Pekings zusammenhängend entlarvt wird, überlegen. Dabei könnte den Materialien die letzte Beratung der Vertreter unserer Parteien über die Probleme Chinas zugrundegelegt werden.

Was die BRD angeht, so schätze ich die Worte von Genossen L. I. Breschnew bezüglich der DDR sehr hoch ein. Unsere Partei und Regierung haben sich bekanntlich bemüht, gemäß den gemeinsamen Beschlüssen der Prager Tagung des Politisch Konsultativen Rates konsequent die Politik der Entspannung in Europa durch die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch die BRD zu fördern. Heute ist es offensichtlich, daß die konstruktive Politik der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Bruderländer sich positiv auf die Ratifizierung der Verträge durch den Bonner Bundestag ausgewirkt hat. Die DDR unternahm zur Unterstützung dieses Vorganges die bekannten Schritte. Dazu gehörten die zeitweilige Anwendung des Transitabkommens sowie der Besuch von Westberliner Bürgern

in der DDR. Diese Maßnahmen sind als Geste des guten Willens bekannt. Über eine Million Besucher aus Westberlin sowie die Transitreisenden konnten sich zu Ostern und Pfingsten von dem praktischen Vorteil überzeugen, der nach der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und nach dem Inkrafttreten des Vierseitigen Abkommens über Westberlin sich für sie ergibt. Auch die Erleichterungen im Reiseverkehr, die wir für die Zeit des Verkehrsvertrages zwischen der DDR und der BRD in Aussicht gestellt haben, wurden zu wichtigen Argumenten für die Ratifizierung der bekannten Verträge.

Man kann jedoch nicht übersehen, daß die Regierung Brandt ein Dreivierteljahr von der Unterzeichnung bis zur Ratifizierung der Verträge verstreichen ließ, das von den reaktionären Kräften zur Organisation des Generalangriffs gegen die Regierung Brandt genutzt wurde. Die Verträge wurden bekanntlich mit Ach und Krach ratifiziert. Die Führung der CDU/CSU, der wir am Vorabend der Abstimmung im Bundestag erklärten, daß wir nicht bereit sind, mit ihr Verhandlungen über neue Verträge einzugehen, hat es aus verschiedenen Gründen nicht gewagt, die Verantwortung für das Scheitern der Verträge im Bundestag zu übernehmen. Diese Tatsache, d. h. die Stimmenthaltung der Opposition im Bundestag, könnte die Position der jetzigen Bonner Regierung stärken, wenn sie konsequent die mit den Verträgen eingegangenen Verpflichtungen erfüllen würde. Stattdessen operiert sie am Vorabend von Neuwahlen in der Bundesrepublik auf der Linie der von allen Fraktionen im Bonner Bundestag gemeinsam eingebrachten revanchistischen EntschlieÙung, der 496 Abgeordnete des Bundestages ihre Zustimmung gaben. Für die Ratifizierung stimmten 248 Abgeordnete.

Nun sind die Verträge und Vereinbarungen inkraftgetreten. Die DDR ist ein großes Touristenland geworden. Im ersten Halbjahr 1972 verzeichneten wir 8,5 Millionen Besucher aus anderen Ländern, davon 3,5 Millionen aus kapitalistischen Staaten, einschließlich der BRD und Westberlin. Während dieser Zeit sind 1,5 Mio Westberliner Bürger in die DDR eingereist, davon allein im Zeitraum vom 4. Juni bis 18. Juli 1972 322 000. Das Bearbeitungs- und Genehmigungsverfahren für die Einreisen beträgt im Durchschnitt 48 Stunden. 1971 sind 2,7 Millionen Bürger der BRD

in die DDR eingereist, im ersten Halbjahr 1972 allein schon 1,5 Mio. Einzu kommen noch 0,5 Mio Bürger aus nichtsozialistischen Staaten. Wie der Westberliner Senat mitgeteilt hat, ist jetzt der Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin um 40 bis 50 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Diese Zahlen sprechen für sich. Sie zeigen, in welchem starkem Maße die DDR der Regierung Brandt entgegengekommen ist.

Neben den Bürgern der DDR, die hinsichtlich des Charakters der Regierung Brandt Illusionen hegen, zeigt sich gegenwärtig mit Recht in der Partei und der Bevölkerung ein großes Unverständnis über die Fortsetzung der Einmischung in die Innen- und Außenpolitik der DDR durch die Regierung Brandt.

Ungeachtet der Diskriminierungspolitik der BRD setzt die DDR ihre konstruktive Friedenspolitik auf der Grundlage der gemeinsam vereinbarten Linie der sozialistischen Länder fort. Entsprechend meiner in Sofia abgegebenen Erklärung begann Mitte Juli der Meinungsaustausch mit der Regierung der BRD über die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. In diesem Meinungsaustausch hat der Beauftragte der Regierung der DDR die bekannten Vorschläge der Regierung der DDR unterbreitet. Insbesondere handelt es sich um

- den Entwurf eines Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz;
- den Vorschlag einer Vereinbarung bzw. Verständigung beider Regierungen über die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO;
- die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und der BRD.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und der BRD lehnt die BRD ab. Diesbezüglich haben wir auch keine Illusionen und unter uns gesagt, das braucht noch längere Zeit. Eine Verständigung

bzw. Vereinbarung zwischen der DDR und der BRD über die Aufnahme in die UNO will die Regierung Brandt ebenfalls auf die lange Bank schieben. Sie macht einen solchen Schritt von der Annahme ihrer revanchistischen Thesen von der Einheit der Nation und der sogenannten Viermächte-Rechte abhängig.

Wir überlegen gegenwärtig, wie wir die Verhandlungen entsprechend unserer gemeinsam abgestimmten Linie fortführen, ohne es Bonn zu erlauben, es zum Abbruch dieser Verhandlungen kommen zu lassen. Dafür gibt es eine Reihe Varianten. Z.B. könnten wir der Regierung Brandt erklären, daß die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO die Regelung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD erleichtern würde. Noch strittige Fragen könnten dann auch auf der Grundlage der UNO-Charta geklärt werden. Wir denken, daß es unserer gemeinsamen Sache nützlich wäre, wenn die Bruderländer in diesem Sinne auf die Bonner Regierung einwirken.

Was unseren Vertragsentwurf über die Grundlage der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD betrifft, so konnte im Meinungsaustausch zwischen den Delegationen der DDR und der BRD über wesentliche Teile bereits weitgehende Übereinstimmung erzielt werden, bis auf drei Fragen:

- die Regierung der BRD fordert kategorisch eine Formulierung über die Einheit der Nation;
- sie fordert kategorisch eine Erwähnung der Rechte der vier Mächte für Deutschland als Ganzes;
- sie lehnt die Anwendung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ab.

Unseres Erachtens ist vor der zur Diskussion stehenden Neuwahl in der BRD nicht damit zu rechnen, daß die Regierung der BRD von dieser auf die Dauer unhaltbaren Position abgeht.

Es bleibt vielmehr das Ziel der Regierung Brandt, mit Hilfe ihrer Verbündeten in der NATO durchzusetzen:

- die Blockierung des Ausbaus der internationalen Beziehungen der DDR zu internationalen Organisationen und zu dritten Staaten;

- die Öffnung der Staatsgrenzen der DDR zur BRD und zu Westberlin;
- die Aufweichung der prinzipienfesten Haltung der DDR durch die Ausübung ökonomischen Drucks auf die DDR.

Deshalb beharrt die Regierung der BRD mit Zustimmung des NATO-Rates auf den Forderungen nach der Einheit der Nation und der Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes. Damit soll vertraglich verankert werden, daß die DDR kein souveräner gleichberechtigter Staat im Sinne des Völkerrechts wäre. Die Regierung Brandt hat einen doppelten Riegel gegen die gleichberechtigte Teilnahme der DDR am internationalen Leben errichtet. Das stört natürlich die internationale Entspannung und die Herbeiführung der europäischen Sicherheit. Die Vorgänge in der Weltgesundheitsorganisation sowie der Mißbrauch der Stockholmer Umweltschutzkonferenz für imperialistische Ziele sind dafür bekannte Beispiele.

Ich möchte die hier gegebene Möglichkeit nutzen, um allen Bruderstaaten für ihre außenpolitische Solidarität mit der DDR zu danken. Die entschiedene Ablehnung der neuen von der BRD und dem NATO-Rat aufgestellten Vorbedingungen ist unserer Meinung nach eine Voraussetzung für den Erfolg der europäischen Sicherheitskonferenz, für die Sicherung und Stärkung der Positionen unserer sozialistischen Gemeinschaft in Europa, für die weitere Stärkung der internationalen Position der sozialistischen DDR.

Die Regierung der BRD benutzt auch die eventuell vorfristig stattfindenden Wahlen, um ihre feindselige Politik gegenüber der DDR fortzusetzen. Einerseits verbreitet Herr Brandt Zweckoptimismus. Nach seinem Wahlsieg, so sagt Brandt, könne man alle Fragen hinsichtlich der UNO und der bilateralen Beziehungen mit der DDR und der CSSR leichter lösen. Andererseits versucht er, unter Hinweis auf seine zweifellos nicht starke Position im Bundestag von der DDR und den anderen Bruderstaaten prinzipielle Zugeständnisse hinsichtlich ihrer Beziehungen zur BRD zu erpressen. Unsere Meinung dazu ist folgende:

Erstens: Es steht noch nicht fest, wann Bundestagswahlen stattfinden.

Zweitens: Über den Ausgang der Bundestagswahlen entscheiden nicht in erster Linie die außenpolitischen, sondern die innenpolitischen Fragen. Entscheidend ist, ob die FDP die 5-%-Klausel überwindet. Nur dadurch wird es nach der Wahl noch eine Regierung Brandt/Scheel geben.

Die Nichterfüllung der von der Regierung Brandt/Scheel in ihren Regierungsprogramm versprochenen sozialen und demokratischen Reformen, die sozialen Belastungen für die Massen, die aus der Währungskrise entstanden sind, die Verschärfung der Ausbeutung und das Wachsen der Rüstungsausgaben schwächen die Position der Regierung Brandt und begünstigen die Position der CDU/CSU, die eine nie dagewesene soziale Demagogie entfaltet. Das hat das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg gezeigt. Die zunehmende innenpolitische Schwäche der Regierung Brandt bildet gegenwärtig, besonders seit dem Rücktritt Minister Schillers und seinem Liebäugeln mit der CDU/CSU, das Hauptthema in der BRD.

Was die Beziehungen der sozialistischen Staaten zur BRD anbetrifft, so sollten wir uns über folgendes verständigen: Wie wir schon auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Prag gesagt haben, wäre es zweckmäßig, wenn die CSSR, Ungarn und Bulgarien diplomatische Beziehungen zur BRD nach der Aufnahme der DDR in die UNO und der Anerkennung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an durch die BRD aufnehmen würden. Wenn wir anders verfahren würden, wäre die DDR faktisch vom Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten ausgenommen. Die Regierung der BRD könnte in diesem Falle international ihre These erhärten, daß mit der DDR nur besondere innerdeutsche, d. h. nicht dem Völkerrecht entsprechende Beziehungen in Frage kämen. Unser weiteres koordiniertes Vorgehen hinsichtlich der Beziehungen zur BRD wäre die beste Antwort auf die Versuche der BRD und ihrer Verbündeten in der NATO, gegen die gleichberechtigte Teilnahme der DDR am internationalen Leben einen doppelten Riegel zu errichten.

Die multinationale Vorbereitung der europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, soll, wie wir alle wissen, nach dem neuesten finnischen Vorschlag am 22. 11. 1972 in Helsinki beginnen. Ich unterstütze alle Vorschläge, die Genosse L. I. Breschnew für die nächsten Schritte zur Vorbereitung und Durchführung der Konferenz gemacht hat. Uns erscheint wichtig, daß die inhaltlichen Fragen der europäischen Sicherheitskonferenz auf der Grundlage unserer gemeinsamen Prager Deklaration bereits in der Vorbereitungsphase mit diskutiert werden. Dafür wäre es notwendig, die Vorschläge und die Taktik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft abzustimmen. Wir sind mit dem Vorschlag einverstanden, daß von der Sowjetunion ein Dokument ausgearbeitet wird.

Eventuell könnte die diesbezügliche Abstimmung zwischen unseren Außenministern erfolgen. Weiterhin möchten wir der Ansicht zustimmen, daß die gleichberechtigte Teilnahme der DDR an dieser Konferenz von den europäischen Staaten nicht mehr angezweifelt wird. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß die BRD versucht, durch eine Vorbehaltserklärung der drei Westmächte den Status der DDR auf der Sicherheitskonferenz zu beeinträchtigen.

In der heutigen Zeit ist die Notwendigkeit der Ausarbeitung und Abstimmung unserer gemeinsamen Taktik und eines langfristigen Aktionsplanes in bezug auf die Aufnahme der DDR in die UNO und ihre Spezialorganisationen herangereift. Das wurde um so mehr unaufschiebbar, als der NATO-Rat auf seiner Tagung in Bonn bereits die Taktik in dieser Frage ausgearbeitet hat. Das Wesen dieser Taktik besteht darin, die DDR zu zwingen, die revanchistische Vorbedingung der BRD und ein Vetorecht der drei imperialistischen Westmächte in Gestalt der Vier-Mächte-Verantwortung für die DDR anzuerkennen.

Wir verstehen, daß die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO eine bestimmte Zeit erfordert. Aus diesem Grunde wäre es gut, durch die koordinierten Anstrengungen der sozialistischen Staaten und befreundeter Länder zuerst für die DDR den Status eines Beobachters bei der UNO, wie ihn die BRD bereits besitzt, zu erreichen. Wir bitten um Ihre Unterstützung, damit die DDR an der Arbeit der 27. UNO-Vollversammlung als Beobachter teilnehmen kann, und daß die DDR Teilnehmer der Weltabrüstungskonferenz wird.

In unseren Anstrengungen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen mit weiteren Staaten konzentrieren wir die Aufmerksamkeit in nächster Zeit vor allem auf die Gespräche mit Finnland. Die finnische Regierung hat in allgemeiner Form ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, die Beziehungen mit der DDR zu normalisieren. Das hat große Bedeutung, da Finnland der erste kapitalistische Staat Europas wäre, der diplomatische Beziehungen zur DDR herstellt.

Mit der Regierung der Schweiz haben wir seit einem Jahr Verhandlungen über die Herstellung staatlicher Beziehungen geführt. Trotz der massiven Störversuche der Regierung der BRD gelang es uns nach dem Inkrafttreten der bekannten Verträge, mit der Regierung der Schweiz in der Frage der Herstellung staatlicher Beziehungen durch den Austausch offizieller Handelsmissionen übereinzukommen. Dieser Austausch wird Mitte August dieses Jahres erfolgen.

Wir bitten die Bruderparteien, unsere Anstrengungen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Indien und zur schrittweisen Entwicklung staatlicher Beziehungen mit Österreich, Schweden und Frankreich zu unterstützen.

Im Namen des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR möchte ich das völlige Einverständnis mit den Vorschlägen und Maßnahmen zum Ausdruck bringen, die Genosse L. I. Breschnew zur chinesischen Frage dargelegt hat.

Wir schätzen sehr hoch die Position der sowjetischen Genossen in bezug auf Vietnam, die sie in den Gesprächen mit Nixon in Moskau bezog. Unserer Meinung nach gibt die von Nixon in den Gesprächen erhaltene Zusage die Möglichkeit, eine politische Lösung des Konfliktes in Indochina im Interesse des Weltsozialismus, des Friedens und des vietnamesischen Volkes zu erreichen.

In voller Übereinstimmung mit den sowjetischen Genossen wandten sich am 18. Juli 1972 das ZK der SED und der Ministerrat der DDR mit einer offiziellen Erklärung an das Politbüro der vietnamesischen Bruderpartei und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, in der sie sie der Solidarität versicherten und die Notwendigkeit der maximalen Ausnutzung der von Nixon in Moskau erhaltenen Zusage über die Weiterführung der Pariser Gespräche mit dem Ziel der Erreichung einer politischen Lösung unterstrichen. Als Antwort auf die Äußerungen des Botschafters der DRV, daß der bewaffnete Kampf der Hauptweg ist, erklärten wir höflich aber bestimmt, daß wir vollkommen die Hinweise von Genossen N. V. Podgorny unterstützen, wonach in der heutigen Zeit die politischen Gespräche in Paris den wichtigsten Kampfabschnitt darstellen. Gleichzeitig verstärken wir,



ebenso wie auch die anderen Bruderländer, unsere Solidaritätsaktionen für Vietnam. Allein an einem Meeting in Berlin, das der Solidarität mit Vietnam gewidmet war, nahmen 300 000 Bürger teil. Die Teilnehmer dieser Kundgebung verbanden den Protest mit der Forderung an die USA, auf eine politische Lösung des Vietnamproblems einzugehen.

Wir unterstützen vollkommen die Meinung von Genossen Breschnew in bezug auf unsere gemeinsame Politik gegenüber dem Nahen Osten. Unsererseits tun wir alles, um die Beziehungen unserer Partei und die staatlichen Beziehungen zum Irak, zu Syrien, Algerien, Südjemen zu festigen. Die rechten bürgerlichen Kräfte im Staatsapparat und in den Massenorganisationen Ägyptens sabotieren systematisch die Entwicklung der Beziehungen mit der DDR und begünstigen immer unverhohlener die Bemühungen der BRD, wichtige Positionen im kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben dieses Landes einzunehmen, damit die Positionen der DDR geschwächt werden.

Die Ergebnisse der Gespräche der sowjetischen Genossen mit Präsident Nixon wurden vom ZK der SED und der Regierung der DDR gebilligt. Diese Ergebnisse zeugen von der großen Bedeutung, die das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU besitzt. Sie entsprechen vollkommen dem abgestimmten außenpolitischen Kurs unserer Gemeinschaft. Die Bedeutung der erzielten Vereinbarungen sehen wir vor allem im folgenden:

1. Am wichtigsten ist die Vereinbarung über die Verhinderung eines Atomkrieges. Damit wird der Gefahr der Verwandlung von lokalen Kriegen in einen umfassenden Weltbrand Widerstand entgegengesetzt. Dank der Stärke der Sowjetunion ist die Lage in der heutigen Zeit anders als vor dem zweiten Weltkrieg, als die örtlichen Kriege in Abessinien und Spanien, die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei, der Krieg Japans gegen China zum Weltkrieg führten. Auf der Grundlage der erwähnten Vereinbarung verstärkt sich die Möglichkeit, daß die Konflikte im Fernen und im Nahen Osten eine politische Lösung erfahren.

2. Die Verpflichtung in bezug auf die Verhinderung eines Kernwaffenweltkrieges wird durch die erreichte Vereinbarung über die Begrenzung der strategischen Waffen praktisch untermauert. Wir wissen, daß die USA nur deshalb zu dieser Vereinbarung bereit waren, weil die amerikanische Führung von der Unmöglichkeit überzeugt war, die militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zu erreichen. Diese Vereinbarungen sind ihrerseits eine Bestätigung dessen, daß der seit dem Oktober-Plenum des ZK der KPdSU unter Führung des Genossen L. I. Breschnew eingeschlagene Kurs richtig ist.
3. Besonders wichtig ist, daß erstmalig in der gesamten Geschichte die Hauptmacht der imperialistischen Welt gezwungen war, einen Vertrag mit der UdSSR zu unterzeichnen, der das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz beinhaltet. Die Zeit ist vorbei, da die Regierung der USA ihre imperialistischen Doktrinen als Norm des internationalen Lebens proklamiert hat. Auch das zeugt von der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt. Die vereinbarten Prinzipien, besonders das Prinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten, erleichtern unseren Kampf für europäische Sicherheit und für eine Erweiterung der internationalen Positionen der DDR.
4. Das Ergebnis der Moskauer Gespräche zeugt davon, daß die Versuche der Regierung der USA, mit Hilfe der Aufrüstung, der Eskalation des Krieges in Vietnam, der Komplizenschaft mit Peking und durch Hinauszögern einer politischen Lösung der Nahost-Probleme die Gespräche mit der Sowjetunion von der Position der Stärke aus zu führen, gescheitert sind. Geplatzt sind auch die Pläne der Pekinger Führer, die nach einer offenen militärischen Konfrontation zwischen der UdSSR und den USA streben. Gescheitert sind gleichfalls die Hoffnungen reaktionärer Kreise der BRD und der NATO, die sehr viel über eine mögliche militärische Konfrontation zwischen der UdSSR und den USA herumspekulieren.

5. Zweifellos ist das Prestige der Sowjetunion in der Welt nach den Gesprächen bedeutend gewachsen. Wir danken Genossen L. I. Breschnew und den anderen Führern der KPdSU und des Sowjetstaates für diese hervorragenden Leistungen, für ihren großen politischen Beitrag im Kampf um unsere gemeinsame Sache.

Zum Abschluß spricht Genosse Honecker kurz über die innere Lage der DDR. Er betont, daß die Bevölkerung der DDR vollkommen die Linie des VIII. Parteitages der SED unterstützt. Einen immer größer werdenden Einfluß auf die Festigung der DDR nimmt die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern. Die außenpolitischen Erfolge der UdSSR und anderer sozialistischer Länder beeinflussen die innere Entwicklung der Republik gleichfalls positiv.

L. I. Breschnew: Gestatten Sie, Genossen Honecker für seine Ausführungen zu danken.

E. Gierek: Ich möchte mich den Worten der Dankbarkeit anschließen, die hier an die sowjetischen Genossen für die Organisation des heutigen Treffens gerichtet wurden. Solche Treffen kann es nie genug geben. Wenn es möglich wäre, sich noch öftere zu treffen, so wären zweifellos die Ergebnisse unseres gemeinsamen Wirkens noch größer.

Das Hauptthema, zu dem wir heute unsere Meinungen austauschen, sind internationale Probleme. Die wichtigsten von ihnen wurden von Genossen Breschnew sehr tiefgründig erläutert. Wir unterstützen <sup>stützen</sup> voll die von Leonid Iljitsch gegebenen Einschätzungen und schließen uns in vollem Maße seiner Meinung an, daß wir in unserer außenpolitischen Tätigkeit große Erfolge erzielt haben.

Ich möchte hier unterstreichen, daß, wie unsere Partei einschätzt, dies alles von uns vor allem dank der ideologisch klaren Lenin-

schen Außenpolitik der Sowjetunion und der KPdSU erreicht werden konnte. Und gerade darin sehen wir die konkrete Erfüllung der Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU.

Die erreichten Erfolge sind auch ein Ergebnis unseres gemeinsamen Wirkens und der Koordinierung der gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen des Warschauer Vertrages. Eine große Bedeutung in dieser Hinsicht besaßen unsere vorangegangenen Treffen. Vor allem möchte ich die große Bedeutung der Beratung des Politisch Beratenden Ausschusses in Prag hinweisen. Die auf dieser Sitzung angenommene politische Linie wird unserer Meinung nach erfolgreich realisiert, und wir sind der Meinung, daß sie in gutem Maße den Lebensinteressen aller Völker unserer sozialistischen Gemeinschaft dienen.

sitionen  
Insgesamt schätzen wir die politische und ökonomische Lage in der Welt als positiv ein. Gerade dies begünstigt die Festigung der Positionen des Sozialismus in der ganzen Welt.

Leonid Iljitsch hat hier die Frage des Nixon-Besuches in Moskau aufgeworfen. Wir sind der Meinung, daß diese Gespräche, die in Moskau geführt wurden, richtig und notwendig waren und eine vollkommen neue internationale Atmosphäre geschaffen haben. Die erzielte Übereinkunft zwischen der UdSSR und den USA sowie auch die angenommenen Dokumente sind nicht nur für heute wichtig, sondern besitzen eine große Bedeutung für die Zukunft. Wir sind der Meinung, daß alles, was in diesen Gesprächen erreicht wurde, ermöglichen wird, auch zukünftig bedeutende Erfolge in der Frage der internationalen Entspannung und der Festigung des Friedens zu erzielen.

Wenn wir über den Nixon-Besuch in Warschau sprechen, Leonid Iljitsch schnitt auch das teilweise an, so ist vollkommen klar, daß die Reise des USA-Präsidenten nach Warschau und die erreichten Ergebnisse nur dadurch möglich wurden, daß vorher Nixon Moskau besucht hat. Was die polnisch-amerikanischen Gespräche anbelangt, so basierte unsere Position dabei auf der engen Zusammenarbeit und der Abstimmung unserer Aktionen mit der Sowjetunion, auf der Grundlage der Prinzipien der polnisch-sowjetischen Freundschaft.

Was den politischen und ideologischen Inhalt der Gespräche mit Nixon anbelangt, so waren sie gewissermaßen eine Fortsetzung der Moskauer Gespräche. Sie gingen von der gleichen Plattform aus und verliefen in der gleichen Richtung. Über die Ergebnisse der Gespräche mit Nixon haben wir alle unsere Freunde informiert.

Der Inhalt der polnisch-amerikanischen Gespräche und das am Ende des Nixon-Besuches angenommene Dokument bestätigten faktisch die Abkehr der Amerikaner von ihrer ständigen Politik, die sie gegenüber Polen in den vergangenen Jahren betrieben haben, einer Politik, die, wie bekannt, vor allem darauf gerichtet war, unsere brüderlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zu schwächen.

Ich möchte hier unterstreichen, daß wir uns darüber im klaren sind, daß das Hauptziel des amerikanischen Imperialismus in der Schwächung unserer Aktionseinheit und unserer brüderlicher Beziehungen besteht. Das ist auch in der Zukunft die wichtigste Aufgabe des amerikanischen Imperialismus. Wenn wir über den gegenwärtigen Staatskurs der USA sprechen, dann kann man nicht sagen, daß die USA vollkommen ihre Politik begraben haben, die die Bevölkerung nicht bestanden hat. In der heutigen Zeit können die USA diese Politik jedoch schon nicht mehr so fortsetzen wie das in den vergangenen Jahren war.

Weshalb lenke ich die Aufmerksamkeit darauf? Deswegen, weil gerade diese Tatsache für uns sehr günstige Bedingungen für die Aktivierung offensiver Handlungen gegen unsere Feinde sowohl auf politischem und ideologischem als auch auf ökonomischem Gebiet schafft.

In den Verhandlungen mit Nixon haben wir, worauf ich bereits aufmerksam machte, prinzipiell und kategorisch über die Hauptprobleme gesprochen. Wir haben sehr viel über die mit Vietnam verbundenen Probleme gesprochen. Was die Vietnam-Frage insgesamt betrifft, so hat Nixon mehrfach festgestellt, daß er zu diesem Thema sehr scharfe Gespräche mit Breshnew hatte. Dabei hat er mehrfach wiederholt, daß sie ihre Truppen abziehen werden. Insgesamt war er immerfort gezwungen, seine Haltung zu erklären.

Warum unterstreichen wir etwas die Vietnam betreffenden Fragen? Deshalb, weil wir Polen das Gespräch mit Nixon über Vietnam sehr scharf führen müßten, weil Polen bekanntlich Mitglied der Internationalen Vietnamkommission ist. Wenn man von der Lage in diesem Land und über die Vietnam-Frage überhaupt spricht, so muß man jedoch sagen, daß einige Ereignisse, die sich dort vollziehen, uns in Staunen versetzen und manchmal in eine schwierige Lage bringen. Zum Beispiel ihr letzter Angriff. <sup>ist</sup> es nicht seltsam, daß wir erst aus der offiziellen <sup>davon</sup>Presse erfahren. Die vietnamesischen Genossen informieren uns im Prinzip über ihre Angelegenheiten in sehr allgemeinen Zügen. Das gleiche bestätigen auch unsere Offiziere, die zur Internationalen Kommission gehören und keine vollständigen Informationen über die Lage der Dinge erhalten.

Polen half, wie auch die anderen sozialistischen Länder, dem vietnamesischen Brudervolk und wird ihm auch weiterhin materielle und militärische Hilfe leisten. Wir bemühen uns in der Praxis darum, alle <sup>mit denen sich die</sup> vietnamesischen Genossen <sup>positiv zu entscheiden.</sup> an uns wenden. In diesem Zusammenhang gelangen wir manchmal in eine schwierige Situation. <sup>so</sup> befinden sich gegenwärtig in Haiphong drei Schiffe von uns in der Blockade. Die Chinesen wollen unsere Schiffe in ihren Häfen nicht annehmen. In der Praxis ~~gehen~~ sind jedesmal langwierige Verhandlungen

erforderlich, ehe ein Schiff zur Entladung in einen chinesischen Hafen abgesandt werden kann. Insbesondere sind sogar Verhandlungen über die Höhe der Entladekosten usw. zu führen.

L. I. Breshnew: Wir haben uns ebenfalls offiziell an sie gewandt und offiziell eine Absage erhalten.

E. Gierek. "Wenn wir jetzt von der Erhöhung der Effektivität unserer Hilfe für das brüderliche Vietnam sprechen, so müßten wir wohl irgendeine aktivere Einwirkung auf die chinesische Seite finden, damit sie in dieser Frage eine wichtige Haltung einnimmt."

Und noch einige Worte zum Vietnam-Problem. Die Tatsache, daß die Amerikaner an den Verhandlungstisch in Paris zurückgekehrt sind, ist vor allem das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen mit Nixon. Ich glaube nicht, daß die bevorstehenden Präsidentenwahlen die amerikanische Regierung gezwungen haben, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ich bin davon überzeugt, daß hier vor allem die Moskauer Verhandlungen den entscheidenden Einfluß ausgeübt haben. In der Einschätzung der Vietnam-Frage teilen wir die von Leonid Iljitsch dargelegte Meinung vollständig. Wir schätzen auch die Ergebnisse der Reise von Nikolai Viktorowitsch Podgorny und Konstantin Fjodorowitsch Katuschew nach Vietnam hoch ein.

Was die Lage im Nahen Osten betrifft, so teilen wir die zu dieser Frage gegebene Einschätzung von Leonid Iljitsch völlig.

Einige Bemerkungen zur Lage in Europa. Wir sind der Meinung, und so hat das auch heute Genosse Breshnew zum Ausdruck gebracht, daß die positiven Ergebnisse, die in der internationalen Arena und insbesondere in Europa erzielt wurden, das Ergebnis unserer gemeinsamen Bemühungen in der vergangenen Periode sind. Ich denke an das Inkrafttreten der Verträge mit der BRD, das Vierseitige Abkommen über Westberlin usw.

Was die Unterzeichnung des Vertrages mit der BRD und seine Ratifizierung betrifft, so möchte ich hier als Kommunist und als Pole sprechen. Gerade dieses Ereignis wird tief in unserem Gedächtnis und in unserem Herzen bleiben. Wir sind der Meinung, daß das vor allem ein großer Erfolg der außenpolitischen Tätigkeit der Sowjetunion und ein gemeinsamer Erfolg unserer Tätigkeit ist. Für die Polen hat das Inkrafttreten des Vertrages mit der BRD auch deshalb noch eine besondere Bedeutung, weil damit praktisch ein Schlußstrich unter die Ergebnisse des 2. Weltkrieges gezogen wird und insbesondere, was für uns besonders wichtig ist, die Grenzen an der Oder/Neiße bekräftigt werden. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir das nur dank der aktiven Unterstützung der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer erreicht haben. Und deshalb möchte ich die Gelegenheit nützen und der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und den anderen hier anwesenden Genossen für die aktive Unterstützung bei der Lösung dieses wichtigen Problems herzlich danken.

Das Inkrafttreten der Verträge mit der BRD ist ein Wendepunkt im Leben ganz Europas. Besonders große Bedeutung hat der Vertrag der Sowjetunion mit der BRD, da die Annahme dieses Dokuments praktisch der gesamten vorhergehenden Politik Westdeutschlands gegen über den sozialistischen Ländern ein Ende setzt. Wir sind davon überzeugt, daß es jetzt nur eine Frage der Zeit ist, um auch andere Fragen erfolgreich zu lösen, die im Zusammenhang mit diesem Problem auf der Tagesordnung stehen. Ich habe die völlige Normalisierung der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der BRD im Sinn. Obwohl die Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und der BRD sehr langsam vorankommen und schwer sind, bedeutet das jedoch nicht, daß hier kein Erfolg erzielt werden kann. Verhandlungen mit Bonn sind nicht leicht. Die Ursache liegt darin, daß die BRD, wenn sie Verträge mit den sozialistischen Ländern unterzeichnet, ihren Kurs ändern muß, den sie ihnen gegenüber in den letzten 20 Jahren verfolgt hat. Wir haben das nicht nur einmal gesagt und ich möchte hier nochmals unterstreichen, daß wir den tschechoslowakischen Genossen in ihren



Beziehungen zur BRD immer Unterstützung gegeben haben und das auch künftig tun werden, damit sie bereits jetzt gewisse Erfolge erzielen können. Dasselbe möchte ich auch über unsere Freunde in der DDR sagen.

Ich benutze die Gelegenheit und drücke den Genossen aus der DDR den Dank aus für die Politik, die unter der Führung der SED, mit Genossen Honecker an der Spitze, geführt wurde, dazu beitrug, daß unser Vertrag mit der BRD ratifiziert werden konnte. Ungeachtet der Schwierigkeiten, die in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD bestehen, behält die DDR die Initiative und die Verhandlungen werden auf der Basis geführt, die durch die Politik der DDR bestimmt wird.

Die begonnenen Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD über die Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten werden unseres Erachtens die entscheidende Bedeutung für die Lösung dieses Problems haben.

Was die Fragen betrifft, die Genosse Honecker berührte und die im einzelnen die Tätigkeit der deutschen Genossen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zu verschiedenen Ländern betreffen, wurden Finnland, die Schweiz und Indien genannt. Wir müssen hier sagen, daß wir sowohl auf der Linie der Partei als auch des Staates alles tun, um zu einer erfolgreichen Lösung dieses wichtigen Problems beizutragen.

Über die Aufnahme der DDR in die UNO sprachen wir mit dem UNO-Generalsekretär Waldheim während seines Aufenthaltes in Warschau und während des Besuches Singhs in Polen und bei jeder anderen Gelegenheit.

Einige Worte zu unseren Beziehungen zur BRD nach der Ratifizierung des Vertrages. Ich möchte sagen, daß die Ratifizierung des Vertrages mit der BRD faktisch die natürliche Vollendung des gesamten Prozesses der Normalisierung der Beziehungen zur BRD ist, der in den letzten Jahren durch die gemeinsamen Bemühungen unserer Länder geführt wurde und u. a. auch die Herstellung

diplomatischer Beziehungen in einer bestimmten Zeit vorsieht.

Bei allen Fragen, die die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur BRD betreffen, gehen wir in Polen sorgfältig alles abwägend vor und berücksichtigen alle möglichen Folgen dieses Prozesses. Vor allem bemühen wir uns, die Interessen der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zu berücksichtigen und geben dem Druck Bonns nicht nach, das versucht, das muß man sagen, recht stark auf uns einzuwirken. Jedoch müssen wir irgendwann trotzdem die Verpflichtungen erfüllen, die von der polnischen Seite übernommen wurden, um den Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zur BRD endgültig abzuschließen.

Wir sind der Meinung, daß sich der allgemeine Prozeß der Normalisierung der Beziehungen der sozialistischen Länder zur BRD auch weiter entwickeln muß und gleichzeitig müssen wir eine Politik führen, daß alle Kräfte entlarvt werden, die die Normalisierung der Beziehungen hemmen oder stören, und die Kräfte unterstützt werden, die zur Normalisierung dieses Prozesses beitragen. Das erfordert natürlich, daß von uns eine konsequente Politik abgestimmter Handlungen verfolgt wird, und all das geschickt ausgenutzt wird, was wir bereits erreicht haben, und der notwendige Einfluß auf die BRD ausgeübt wird.

Dabei sei festgestellt, daß nach der Ratifizierung der Verträge zwischen Polen und der BRD auch der Vatikan in seiner Weise reagierte. Unter anderem bestätigte er schon die Verwaltung der polnischen Kirche entsprechend der derzeitigen Staatsgrenze, die der Vatikan früher nicht anerkennen wollte. Die Tatsache, daß der Vatikan jetzt diese Grenzen anerkennt, indem er auf diesem Gebiet die Verwaltung der polnischen Kirche bestätigt hat, werten wir positiv. Aber wir messen dem keine große Bedeutung bei. Wir schlagen darum keinen besonderen Lärm, sondern lassen uns in dieser Hinsicht mehr von unseren innenpolitischen Erwägungen leiten.

Was die europäische Konferenz betrifft, so sind wir der Meinung, daß die Verträge mit der BRD und der Nixon-Besuch eine günstige Situation für die Einberufung einer solchen Konferenz schaffen. Im übrigen können wir zur Einberufung der europäischen Konferenz dem, was Leonid Iljitsch dazu gesagt hat, nichts hinzufügen, und wir können davon auch nichts streichen. Wir sind mit dem, was er gesagt hat, voll und ganz einverstanden. Das gilt sowohl für die Grundprobleme der Konferenz als auch für die Tagesordnung.

Wir teilen voll und ganz den Standpunkt zur Politik unserer Länder gegenüber dem Gemeinsamen Markt, den Genosse Breschnew in seiner Rede dargelegt hat. Wir halten die Fragestellung für vollkommen richtig, daß der abgestimmten Politik der EWG-Länder unsere einheitliche, gemeinsam ausgearbeitete Linie entgegengesetzt werden muß.

Meines Erachtens müssen wir unser Hauptaugenmerk jetzt darauf konzentrieren, festzulegen, was wir auf dieser Konferenz erreichen wollen. Deshalb wäre es vielleicht zweckmäßig, daß sich im September die Außenminister der sozialistischen Länder zusammenfinden und grundlegende Positionen für multilaterale Gespräche erarbeiten.

Zu unseren bilateralen Beziehungen zu anderen Ländern ist zu sagen, daß Polen in diesem Jahr in zwei Richtungen am aktivsten war - mit Frankreich und mit den skandinavischen Ländern. Im Herbst, konkret am 2. Oktober, fahre ich, wie man so sagt, auf den Spuren Leonid Iljitschs nach Frankreich. Wir sind mit den Franzosen schon

Übereingekommen, daß während unseres Aufenthaltes in Frankreich eine Deklaration über Freundschaft und Zusammenarbeit sowie ein Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit für zehn Jahre unterzeichnet werden. In diesem Herbst findet der Besuch von Ministerpräsident Jarosslewicz in Schweden statt.

Wir möchten, das habe ich in Prag schon gesagt, unsere Tätigkeit gegenüber den Ländern aktivieren, in denen wir Verhandlungen gerade in dieser Richtung möglichst aktiv führen können. Das sind speziell Fragen der Milderung der internationalen Spannung und der Festigung der Zusammenarbeit in Europa.

Wichtige Ereignisse, die anschaulich für die Festigung der Einheit der sozialistischen Länder zeugen, sind die Besuche des Präsidenten Jugoslawiens Tito und Fidel Castros in Polen. Wir müssen sagen, daß die Verhandlungen, die wir mit diesen Genossen geführt haben, sehr interessant und wichtig waren. Ich glaube, daß unsere Partei in dieser Hinsicht einen bestimmten positiven Beitrag zur gemeinsamen Sache geleistet hat.

Das, Genossen, ist praktisch der Fragenkreis, auf den ich bei dem heutigen Treffen eingehen wollte. Fragen der Lage im Lande, unsere innenpolitischen Probleme habe ich hier nicht berührt. Ich möchte jedoch zumindest in großen Zügen ausführen, daß wir auf der Grundlage des vom VI. Parteitag der PVAf angenommenen Programms wesentliche Erfolge bei der Entwicklung der Wirtschaft erzielt haben. Sie kommen unter anderem in der dynamischen Entwicklung der Industrie und in der Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Werktätigen zum Ausdruck.

Im großen ganzen begünstigen die Innenpolitik unserer Partei und die innenpolitische Lage in Polen, daß wir außenpolitisch erfolgreich tätig sein und uns für die Erfüllung der gemeinsam gefaßten Beschlüsse einsetzen können.

Abschließend möchte ich unseren sowjetischen Genossen nochmals für die Organisierung dieses Treffens und für die Gastfreundschaft, die uns erwiesen worden ist, herzlich danken.

L. I. Breschnew. Gestatten Sie mir, auch Genossen Gierek für seine Ausführungen zu danken. Als nächster bittet Genosse Kadar ums Wort.

J. Kadar. Liebe Genossen! Ich begrüße alle Teilnehmer unseres Treffens und besonders die sowjetischen Genossen, denen ich für die Organisierung dieses Treffens danke, herzlich.

Von dem Erfahrungsschatz ausgehend, schätzt die Führung unserer Partei derartige Treffen hoch ein und hält sie für sehr nützlich. Wir kommen bald offiziell, bald in einer Atmosphäre wie heute zusammen, und das ist von Zeit zu Zeit notwendig. Uns scheint, daß jetzt dieses Treffen sehr zeitgerecht war. Diese Treffen helfen uns allen in unserer Arbeit und festigen unsere Einheit. Da es sich so gehört, daß über diese Treffen zumindest ein äktisches Kommuniqué herausgegeben wird, daß ein solches Treffen stattgefunden hat, möchte ich gleich vorschlagen, <sup>daß</sup> in dem Kommuniqué, das über das heutige Treffen veröffentlicht wird, ein paar Worte zu dem kameradschaftlichen Geist und der Einheit gesagt werden, die sich bei diesem Treffen offenbart haben.

*Chruschtschow*  
Ich danke den Genossen, die vor mir gesprochen haben, für ihre Information, die uns bei unserer Arbeit auch eine große Hilfe ist und die wir brauchen.

Ich möchte mich den Ausführungen des Genossen Breshnew anschließen, sie waren in ihrer Thematik umfassend.

Da ich mit den <sup>Einschätzungen</sup> Erwägungen, und Schlußfolgerungen des Genossen Breshnew voll und ganz einverstanden bin, möchte ich nur einige Fragen streifen, von denen hier die Rede war.

Ich möchte die Hauptschlußfolgerung unterstreichen, der ich voll und ganz zustimme, daß unsere abgestimmte Politik Früchte getragen, Ergebnisse und Erfolge gezeitigt hat. Ich möchte der Überzeugung Ausdruck geben, daß wir zweifellos große Erfolge erzielen werden, wenn wir diesen Kurs weiter steuern.

Jetzt gehe ich unmittelbar auf konkrete Fragen ein. Da der Besuch Nixons in Moskau unter sehr komplizierten politischen Bedingungen stattfand, möchte ich nicht wiederholen, was in den öffentlichen Erklärungen unserer Partei schon zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir halten es gleichfalls für richtig, daß der Besuch stattfand, er war zeitgemäß, und die Verhandlungsergebnisse haben für unsere gesamte politische Arbeit sehr große Bedeutung.

Jetzt zur gegenwärtigen Lage in Europa. Die Situation hat sich jetzt etwas verändert. Wir sagten schon im vorigen Jahr, wenn die Verträge mit der BRD ratifiziert werden, tritt ein neues Moment ein, und dann werden wir unsere Meinungen austauschen müssen. Es sei unterstrichen, daß die Ratifizierung dieser Verträge das Ergebnis einer sehr großen Arbeit und eines sehr großen Kampfes ist. Sie

*Wegener*

- 67 -

schafft historische Bedingungen für eine neue Situation in Europa. Hier ist gesagt worden, daß augenblicklich in der BRD Bundestagswahlen vorbereitet werden und daß natürlich bestimmte Schwierigkeiten und Erschwernisse auftreten werden, wenn die derzeitige Opposition an die Macht kommt. Ich möchte jedoch meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die Opposition, selbst wenn sie an die Macht kommt, nicht alle Ergebnisse liquidieren kann, die wir erzielt haben, denn die Lage in der Welt hat sich verändert, und auch die reaktionären Kräfte Westdeutschlands müssen das zur Kenntnis nehmen. Wir müssen also diese Errungenschaft besonders hoch veranschlagen, aber das ist es nicht, was ich jetzt sagen will.

Jetzt, nach der Ratifizierung der Verträge ergibt sich ein weiteres kleines Moment, über das wir nachdenken müssen. Das bezieht sich darauf, daß die Regierung Brandt, die wir in vieler Hinsicht unterstützen, auch nach der Ratifizierung der Verträge ihre Linie auf die Blockierung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR beibehalten hat. Wir wissen alle, daß die Regierung Brandt auf eine ganze Reihe von Regierungen, die vor der Anerkennung der DDR standen, Druck ausgeübt hat, damit diese Anerkennung nicht zustandekommt. Darin wird die Regierung Brandt von den USA und der NATO unterstützt. Noch anschaulicheren Ausdruck fand das bei der Stockholmer Umweltschutzkonferenz.

Die Westdeutschen und überhaupt die offiziellen westdeutschen Kreise versuchen irgendwie zu erklären oder zu rechtfertigen, von welchen taktischen Erwägungen sie sich leiten lassen, ich denke aber, daß wir sie nicht einfach so zur Kenntnis nehmen können.

In der gleichen Weise werden die Verhandlungen zwischen der BRD und der Tschechoslowakei sehr in die Länge gezogen. Demnach bin ich völlig damit einverstanden, daß wir in diesen beiden Richtungen unseren gemeinsamen Kampf weiterführen müssen. Ich weiß nicht, wann es der Tschechoslowakei gelingen wird, mit der BRD über das Münchner Abkommen Einigkeit zu erzielen, aber die Frage der DDR ist, wie mir scheint, selbst für uns mit bestimmten Terminen verbunden. Diese Fragen werden in die Länge gezogen, es kommt zu keiner Lösung. Aber ungeachtet dessen, geht es der Tschechoslowakei nicht schlecht. Die DDR existiert auch.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir uns mit folgenden Fragen befassen müssen. Was in Stockholm war, wissen wir alle.

Aber für eine Reihe von Bruderländern war die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz infolge der Politik, die gegenüber der DDR betrieben wird, unmöglich.

Wir sprechen jetzt hier über die Vorbereitung der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz. Offensichtlich sind wir uns alle darin einig, daß um den 20. November herum in Helsinki eine multinationale Konferenz zu dieser Frage beginnen sollte. Ich glaube, daß wir jetzt unsere Arbeit hinsichtlich der Verträge der Tschechoslowakei und der DDR mit der BRD aktivieren müssen, sonst befinden wir alle uns in Helsinki in einer schwierigen Lage, weil wir uns alle darüber im klaren sind - wenn hier auch nicht darüber gesprochen worden ist -, daß diese drei Länder als souveräne europäische Staaten an der Konferenz teilnehmen.

Wir glauben, daß die sowjetischen Genossen in diesem Sinne besonders Druck auf die Regierung Brandt ausüben müssen; wir übrigen Länder müssen die Frage der diplomatischen Beziehungen als ebensolches Druckmittel gegenüber der BRD verwenden. Wir haben jetzt vier sozialistische Länder, für die sich diese Frage konkret ergibt, die keine diplomatischen Beziehungen unterhalten. Das sind Polen, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Ungarn. Wir sind <sup>nicht</sup> den gleichen Bedingungen ausgesetzt, ich meine unsere Länder. Auch das muß genommen werden, wie es ist.

Die polnischen Genossen haben schon eine gewisse Etappe durchgemessen, die den tschechoslowakischen Genossen noch bevorsteht. Das ist schon ein Unterschied. Für Bulgarien und Ungarn ist es einfach eine Frage der Annahme einer politischen Entscheidung. Wir haben mit der BRD keine Fragen, die zuvor geregelt werden müßten. Davon ausgehend, daß wir hier eine abgestimmte Linie verfolgen müssen. Wir vier müssen zumindest in dem Zeitraum bis zum 20. November, bevor in Helsinki die vorbereitende Konferenz beginnt, etwas zu unternehmen versuchen.

Ich verstehe die polnischen Genossen, die sie haben eine bestimmte Verpflichtung übernommen, sie haben ihr Wort gegeben, und das Wort, das die Polen gegeben haben, ist unser aller Wort. Ich verstehe sie. Und dennoch meine ich, daß sie, ohne dieses Wort zurückzunehmen, da solche Dinge in der Politik vorkommen, die Lösung dieser Frage hinauszögern sollten, weil wir dann vier sind, und

das ist mehr, als wenn wir drei wären, denn die Regierung Brandt hat auch in Hinblick auf die DDR und in anderen Fragen ihr Wort gegeben. Sie haben es mit der Erfüllung dieses Wortes auch nicht sehr eilig. Ich schlage vor, diese Frage zu überdenken, zumindest für die nächste Zeit. Für die Tschechoslowakei steht die Frage einfacher, denn sie setzen die Verhandlungen und die Streitgespräche mit der BRD fort, und wir billigen euren festen Standpunkt sehr. Wir bitten Genossen Honecker wie Genossen Husak, ohne in irgendeiner Weise von der prinzipiellen, festen Position abzurücken, Formen zu suchen, die in dieser Frage voranhelfen.

Ich habe die Unterschiede zwischen unseren vier Ländern so ausführlich dargestellt, weil ich nicht weiß, wie es in Bulgarien ist, aber bei uns in Ungarn ist das einzige Argument, das wir für den Verzicht auf die Heretellung diplomatischer Beziehungen anführen können, der proletarische Internationalismus. Irgendwelche staatlichen Interessen sind damit nicht verbunden. Nur unsere Pflicht - der proletarische Internationalismus.

Wir können beruhigt so handeln, weil auch in Bonn sehr gut bekannt ist - selbst ihre offiziellen Vertreter sprechen öffentlich darüber -, daß unsere Länder keine diplomatischen Beziehungen zur BRD herstellen, weil wir an unsere Bündnisverpflichtungen gebunden sind und unserer Bündnispflicht die Treue halten.

Ich kann nicht sagen, daß ich gleich im Vorübergehen die Formel annehmen kann, die Genosse Honecker aufgestellt hat, daß die diplomatischen Beziehungen aufgeschoben werden müssen, bis die DDR und die BRD in die UNO aufgenommen sind. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß unsere sozialistischen Länder in den nächsten Monaten bis Helsinki eine gemeinsame Politik betreiben, einen gemeinsamen Kurs steuern. In Helsinki wird festgelegt werden, ob die DDR an dieser Konferenz teilnimmt, denn bis zur UNO ist noch ein weiter Weg. Wollen wir sehen, wie es steht. Das wird bedeuten, daß wir in eine weitere Phase eingetreten sind. Dann können wir zusammenkommen und die Frage erneut erörtern.



Ich sage nicht, daß wir uns grob oder aggressiv verhalten sollten. Wir müssen eine solche diplomatische Politik durchführen, um etwas zu erreichen. Die polnischen Genossen können von Zeit zu Zeit sagen, daß es ihr Ziel ist, zu gegebener Zeit diplomatische Beziehungen herzustellen. Aber damit hat es keine Eile. Ich sage nicht, daß wir nun hier und heute darüber konkrete Absprachen treffen wollen. Laßt uns einfach einander unterstützen, die Kontakte verstärken, um eine gemeinsame Linie zu verfolgen.

Ich glaube, daß wir uns natürlich nicht zu beeilen brauchen. Dieser Prozeß muß verzögert werden, weil wir jetzt tatsächlich die Erfahrung mit Stockholm gemacht haben, wo die DDR nicht als gleichberechtigtes Land teilnehmen konnte. Außerdem versuchte die Regierung Brandt nach der Ratifizierung Druck auszuüben und wandte sich an etwa 30 Regierungen, insbesondere an Indien (als Indira Gandhi zu uns kam, berichtete sie darüber), mit der Forderung, keine Beziehungen mit der DDR herzustellen.

Das ist alles, was ich zu dieser Frage sagen wollte. Insgesamt müssen wir diese Frage weiter untersuchen und gemeinsam handeln.

In bezug auf den "Gemeinsamen Markt" bin ich völlig einverstanden mit dem, was Genosse Breshnew sagte - diese Frage muß weiter verfolgt werden, und es ist gut, wenn wir die Minister für Außenhandel hinzuziehen, weil sie mit dieser Frage konkret vertraut sind und das nützlich sein kann.

Ich glaube, daß wir Zeit haben - etwa ein halbes Jahr, doch wir müssen uns dennoch mit dieser Frage des Gemeinsamen Marktes beschäftigen, weil ab 1. Januar dort gewisse neue Regelungen in Kraft treten und sich dann wiederum die Möglichkeiten des Handels der einzelnen Länder etwas verändern werden. Ab 1. Januar werden bestimmte neue, strengere Regelungen eingeführt. Sodaß die Zeit bis zum 1. Januar genutzt und versucht werden muß, in dieser Frage etwas zu tun.

Was die europäische Sicherheitskonferenz betrifft, so ist das, was die Genossen Breshnew und Gromyko hier sagten, alles völlig klar. Das ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Position, unserer gemeinsamen Linie. Ich glaube, daß das real ist. Nur eine Bemerkung wollte ich hinzufügen.

Genosse Breshnew sprach sehr überzeugend darüber, warum militärische Fragen auf der gesamteuropäischen Konferenz nicht behandelt werden sollen. Das sind in der Tat sehr komplizierte Fragen, und es ist nicht notwendig, sie mit den Fragen der Tagesordnung der gesamteuropäischen Konferenz in Verbindung zu bringen. Das ist alles verständlich.

Jetzt werden Versuche unternommen, neue Fragen auf die Tagesordnung der gesamteuropäischen Konferenz zu setzen. Das ist vor allem die Frage des Nahen Ostens und die des Mittelmeerraums. Da aber daran antimperialistische Länder interessiert sind, ist das eine delikate Frage. Ich glaube, daß wir versuchen müssen, alles zu unternehmen, damit die Tagesordnung der gesamteuropäischen Konferenz nicht durch diese Frage belastet wird. Diese Konferenz nennen wir europäische Konferenz zu Fragen der Sicherheit. Wenn wir solche Fragen mit einbeziehen, so wird daraus allmählich ein so großer Trog, in dem absolut alle Fragen der Weltpolitik kochen werden.

Es wäre vielleicht besser, in diesem Falle irgendwelche regionale Beratungen zu unterstützen, sollen sie sich besser damit beschäftigen, aber nur nicht die europäische Konferenz, wo diese Fragen nicht gelöst werden können und dann nichts dabei herauskommt.

Mit diesen Fragen muß man sich beschäftigen, weil jene sonst diese Fragen auf der Konferenz zur Sprache bringen und wir dann von dieser Konferenz keinen Nutzen haben werden.

In bezug auf die Lage im Nahen Osten gibt es wirklich ein neues Moment - den Beschluß Sadats über die Beendigung der Arbeit der sowjetischen Berater. Sie werden sicherlich wissen, warum

sie das getan haben. Die fortschrittliche Öffentlichkeit hat diesen Schritt mit widersprüchlichen Gefühlen aufgenommen. Wir haben in den Leitungsgremien unserer Partei diese Frage behandelt. Ich muß sagen, daß wir die Ruhe und Kaltblütigkeit außerordentlich hoch einschätzen, mit der sich die Sowjetunion dazu verhielt und nicht zuließ, daß daraus eine politische antisowjetische Weltsensation gemacht wurde. Hätte die Sowjetunion nicht so reagiert, wäre das ein großes Geschenk für unsere Feinde gewesen.

L.I. Breschnew. So große Ruhe wie in diesem Falle haben wir seit langem schon nicht an den Tag gelegt.

J. Kadar. Das war sehr gut, sehr wichtig.

Was gerade diese Frage angeht, so haben wir unsere Politik gegenüber dem Nahen Osten, und es gibt keinen Grund, sie zu ändern. Wir unterstützen die Araber. Wir unterstützen die Regelung dieser Frage auf der Grundlage des Beschlusses des Sicherheitsrates. Wir unterstreichen das immer wieder. Hier wissen die sowjetischen Genossen offensichtlich besser als wir, inwieweit das real ist. Aber es lohnt wohl auch die Jarring-Mission zu unterstützen, ebenso wie die Wiederaufnahme dieser Mission.

Hier muß noch etwas hinzugefügt werden. Im vergangenen Jahr wurde ebenfalls darüber gesprochen, daß wir, wenn wir die Araber in ihrem Streben, diese Frage zu regeln, unterstützen, keineswegs verpflichtet sind, ihre abenteuerlichen Schritte und ihre antikommunistischen Ansichten und Aktionen zu unterstützen. Wir unsererseits haben richtig gehandelt. Es hat Ergebnisse gezeitigt. Dieses Thema, Genossen, ist auch noch deshalb aktuell, weil dieser Ghaddafi ständig irgend etwas Neues verkündet. Außer Zweifel steht, daß sein Verhältnis zu uns, zu den Kommunisten, nicht als positiv bezeichnet werden kann.

L.I. Breschnew. Einzig aus religiösen Überzeugungen heraus lehnt er alles Soziale ab.

J. Kadar. Es wäre besser, wenn er all seine Energie auf den Kampf gegen die Imperialisten richtete.

L.I. Breshnew. Nebenbei gesagt, ist er der Meinung, daß gerade er den schärfsten Kampf gegen den Imperialismus führt, daß niemand ihn so führt, wie er. So stellt er sich das vor.

J. Kadar. Wir haben keine Gründe, daran zu zweifeln. Es ist möglich, daß er tatsächlich dieser Meinung ist, aber objektiv geurteilt, sieht das nicht so aus.

Kurz möchte ich zum Fernen Osten sprechen. Das, was Genosse Breshnew hier über die Position der chinesischen Führung gesagt hat, und die Schlußfolgerungen, die er gezogen hat, werde ich nicht wiederholen, da unsere Partei voll und ganz mit der Position der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu diesen Fragen übereinstimmt. Wir sind auch der Meinung, daß wir eine solche Politik, von der wir niemals abgegangen sind, durchführen und versuchen müssen, deren Linie irgendwie zu verändern und sie vielleicht irgendwie auf unsere Seite zu bringen. Das war immer unser Bestreben. Wenn es in irgendeiner Frage möglich ist, so muß versucht werden, mit ihnen Übereinstimmung zu erzielen. Es hing nicht von uns ab, wenn es zu Mißerfolgen kam. Wir können dieses Streben nicht aufgeben. Das Grundprinzip unserer Arbeit besteht darin, in keiner Weise, kein Jota aufzugeben, nicht von unseren prinzipiellen Positionen abzugehen. Wenn wir jedoch von den prinzipiellen Positionen abweichen, flügen wir der Sache des Sozialismus Schaden zu.

Die vietnamesischen Genossen betreffend nannte Genosse Gierek hier einige Probleme, die in den Beziehungen mit den vietnamesischen Genossen bestehen. Wir haben auch diese Probleme zwischen uns und ihnen. Die Frage wurde hier richtig aufgeworfen. Ich möchte hier aber auch sagen, daß sich die vietnamesischen Genossen durch verschiedene Umstände jetzt in einer schwierigen Lage befinden und komplizierte Bedingungen bestehen. In ihren Aktivitäten kann man eine gewisse politische Unsicherheit verspüren.

Neben der Weiterführung der kameradschaftlichen, freundschaftlichen Gespräche, die wir mit ihnen all die Jahre hindurch führen, müssen wir, soweit das möglich ist, die politische und ökonomische Hilfeleistung für sie verstärken. Deshalb ist es sehr gut, daß wir die Fortsetzung der Pariser Verhandlungen unterstützen. Ich glaube, daß die Verhandlungen in Paris ihren Nutzen bringen werden.

Ich denke, daß den vietnamesischen Genossen auch weiterhin diplomatische und andere Hilfe über alle Kanäle, über die wir sie ihnen erwiesen haben, erwiesen werden muß. Wenn ich von diplomatischer Hilfe spreche, so meine ich, daß diese Frage ernsthaft in der Generalversammlung gestellt werden muß, wenn es zu einem Vorfall kommt, denn die jüngsten Schritte der USA gegen Vietnam (die Verminung der Häfen und die Bombardierung Nordvietnams) widersprechen den internationalen Normen. Diese Frage muß unabhängig davon gestellt werden, daß jedes unserer Länder schon gegen die Aktionen der USA protestiert hat.

Was Korea anbelangt, so haben wir ebenfalls aus Zeitungen erfahren, daß zwischen Nord- und Südkorea eine Vereinbarung erzielt wurde. Auf den ersten Blick könnte man das positiv einschätzen, daß sich Bestrebungen zu einer Vereinigung <sup>der beiden</sup> Koreas auf friedlichem Wege zeigen, und das, was eine Unterstützung verdient, muß unterstützt werden. Es ist richtig, daß wir Ko-Autoren eines entsprechenden Vorschlages bei der UNO waren, wenn man auch nicht mit allen Punkten der Vereinbarung zwischen der Volksdemokratischen Republik Korea und Südkorea einverstanden sein konnte.

Auf der anderen Seite kann man nicht ihre prinzipielle Position akzeptieren, die auf die Weise zum Ausdruck kommt, daß in ein und demselben Land nicht nur Menschen mit verschiedenen Ansichten möglich sind, sondern auch verschiedene politische Systeme. Uns scheint, daß dieser Teil nicht marxistisch ist, weil es Menschen mit verschiedenen Ansichten auch in unserem Lande gibt, aber daß es in ein und demselben Land verschiedene soziale Systeme gibt, kann man sich schwer vorstellen.

L. I. Breschnew: Eine Vereinigung von Ländern mit verschiedenen Regimen - in der Praxis haben wir es bisher noch nicht mit einer solchen Frage zu tun gehabt.

J. Kadar: Und gleichzeitig behindert uns dieses Prinzip in unserem Kampf auch in Vietnam und in der DDR, weil, wenn man das in die deutsche Sprache übersetzen würde, möglicherweise Genosse Honecker dies nicht unterschreiben würde, aber Barzel oder Brandt sofort eine derartige Vereinbarung unterschrieben hätten.

Auf der anderen Seite müssen wir die Koreaner unterstützen, jedoch so, wie es unseren Prinzipien entspricht. Das ist das, was ich zu dieser Frage sagen möchte.

Ich möchte mit zwei Worten erwähnen, daß bei uns in Ungarn und in den anderen sozialistischen Ländern die Arbeit mit Erfolg und mit Schwierigkeiten vorangeht. Wir haben jetzt einen Beschluß über die Durchführung einer großen Arbeit gefaßt, die im Herbst unsere ganze Leitung binden wird. Bei uns ist jetzt die Hälfte der Zeit zwischen den zwei Parteitagungen vergangen, und wir bereiten jetzt einen sehr ernstesten Vorschlag für das Zentralkomitee vor.

Wir wollen die Frage darüber prüfen, wie werden die Beschlüsse des Parteitages erfüllt, was ist gut gemacht, welche Mängel gibt es. Wir betrachten das als eine sehr wichtige Arbeit, als einen wichtigen Moment. Gleichzeitig werden wir nicht abseits stehen von irgendwelchen gemeinsamen Aufgaben und werden das als eine Sache der Ehre betrachten. Zum Schluß möchte ich sagen, daß unsere Partei, unser Zentralkomitee stets für Zusammentreffen, gemeinsame Konsultation und gemeinsame Handlungen waren. Wir werden uns auch in Zukunft stets daran halten. Das betrifft unsere gemeinsame Politik und alle konkreten Fragen, über die hier die Rede war. Das ist das, was ich sagen möchte. Danke für die Aufmerksamkeit.

L. I. Breschnew: Gestatten Sie, Genossen Kadar zu danken. Wenn die Genossen keine Einwände haben, erteile ich Genossen Ceaus-escu das Wort und danach machen wir eine Pause.

N. Ceau-cescu: Ich möchte alle Genossen - die Teilnehmer des heutigen Treffens begrüßen und unseren Dank den Genossen Breschnew, Podgarny für die Initiative der Einberufung dieser Beratung zum Ausdruck bringen. Ich möchte ebenfalls den sowjetischen Genossen für die Gastfreundschaft danken, die uns erwiesen wurde.

In den Ausführungen des Genossen Breschnew wurde ein sehr breiter Kreis von internationalen Fragen berührt. Zumal es sich um einen freien Meinungsaustausch handelt, möchte ich ebenfalls einige Aspekte der internationalen Lage berühren. Natürlich, ich befinde mich in einer ungünstigen Situation, weil ich, wie alle feststellen können, keinen schriftlichen Text bei mir habe. Jedoch auf der Grundlage der Ausführungen des Genossen Breschnew habe ich versucht, einige Punkte zu notieren.

Ohne Zweifel sind im internationalen Leben sehr große Veränderungen vor sich gegangen. Natürlich geschah das nicht mit einem mal, sondern sie sind das Ergebnis eines ziemlich langen Prozesses.

Die Tatsache, daß diese Veränderung in der jetzigen Welt vor sich gegangen sind, ist, nach unserer Meinung, das Ergebnis des gewachsenen Einflusses der wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder sowie ihrer Politik in der internationalen Arena. Ohne Zweifel haben in dieser Richtung die Erfolge der Sowjetunion in <sup>der</sup> ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, das Wachsen ihrer Macht eine

wichtige Rolle gespielt. Zugleich haben die durch die anderen sozialistischen Länder erzielten Erfolge ebenfalls eine große Rolle gespielt und den Einfluß des Sozialismus in der Welt verstärkt. Gleichzeitig haben, nach meiner Meinung, die in der letzten Zeit von Volkschina durchgeführte Politik sowie sein wachsender Einfluß im internationalen Leben einen positiven Einfluß ausgeübt.

Auf der anderen Seite sind nach unserer Meinung bedeutende Veränderungen auch in der kapitalistischen Welt vor sich gegangen. Das bezieht sich in erster Linie auf die verstärkte Entwicklung des "gemeinsamen Marktes" als wirtschaftliche Einheit, der bereits mit den USA konkurriert, sowie auf die Entwicklung in der BRD. Gleichzeitig ist ein verstärktes Anwachsen der ökonomischen Macht Japans zu beobachten, das vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung auf den zweiten Platz in der kapitalistischen Welt vorrückt. In der kapitalistischen Welt überwiegen gerade diese Fakten sowie die Finanzkrisen, die ebenfalls Ausdruck der vor sich gegangenen Veränderungen sind. Wir sind der Ansicht, daß diese Veränderungen zu einer Verringerung der Monopolrolle der USA im internationalen Leben führen. Derartige Veränderungen sind nach unserer Meinung auch durch die Verstärkung des Kampfes für die nationale Befreiung und die Konsolidierung der neuen Staaten bedingt, die für ihre unabhängige wirtschaftliche und politische Entwicklung kämpfen. Nach unserer Einschätzung sind diese Fortschritte die Grundlage der positiven Ergebnisse, die auf dem Wege der internationalen Entspannung erzielt wurden, und sie eröffnen gute Perspektiven für die weitere Entwicklung einer neuen Politik der internationalen Zusammenarbeit, des Friedens in der ganzen Welt.

Natürlich ist es nicht zweckmäßig, sich irgendwelche Illusionen bei der Einschätzung der von uns erzielten Ergebnisse, der Perspektiven, die sich für unsere weitere Tätigkeit eröffnen, zu machen. Das, was bis jetzt erreicht wurde, ist das Ergebnis eines langandauernden Wirkens des Prozesses des Wachstums des Einflusses des Sozialismus und aller antimperialistischen Kräfte in der Welt. Gleichzeitig können wir nicht die Tatsache vergessen, daß diese Erfolge im Ergebnis eines angespannten Kampfes erzielt wurden, daß noch Kräfte vorhanden sind, die dem Kurs der Entspannung ent-



gegenwirken und uns Überraschungen bringen können. Ausgehend von der Notwendigkeit, den Kurs auf Entspannung und friedliebende Politik zu gewährleisten, wie das Genosse Breschnew in seinen Ausführungen sagte, müssen die Aktionen aller Kräfte verstärkt werden, die für einen solchen Weg sind. In erster Linie ist es erforderlich, daß die sozialistischen Länder, ich meine alle sozialistischen Länder, einen Weg für die Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit, der Einheit in diesem gemeinsamen Kampf, suchen und finden. Ich bin der Ansicht, daß keine Notwendigkeit besteht, die Fragen zu erläutern, deswegen gehe ich sehr schnell von der einen Frage zur anderen über. Gleichzeitig muß nach unserer Meinung, eine bessere Zusammenarbeit mit den Ländern erzielt werden, die den Weg einer unabhängigen Entwicklung <sup>beschritten haben</sup> mit den sogenannten Entwicklungsländern, die bereits dutzende von Staaten umfassen und eine gewaltige Kraft in diesem gemeinsamen Kampf darstellen.

Natürlich treten in diesen Ländern verschiedene Fragen auf. Es fehlt die Zeit, viel über diese zu sprechen, jedoch objektiv sind diese Länder ein gewaltiger Verbündeter im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, für die Politik des Friedens. Gleichzeitig ist es nach unserer Meinung erforderlich, breiter die Beziehungen mit einer Reihe von sozialistischen, demokratischen Parteien, anderen nationalen Befreiungsbewegungen und Massenorganisationen, die für eine Entspannung, für den Frieden in der ganzen Welt eintreten, zu entwickeln. Nach unserer Meinung ist es ebenfalls unter den gegenwärtigen Bedingungen erforderlich, mehr Aufmerksamkeit der breiten Massenbewegung der Völker und der Verstärkung der Massenaktionen zu widmen, um eine erfolgreiche Entwicklung der Politik, von der die Rede war, zu gewährleisten.

Warum bestehe ich auf diesen Fragen? Das ist nicht irgendetwas neues, aber, nach unserer Meinung ist eine gewisse Unklarheit und eine gewisse Abwertung der Massenvolksbewegungen zu beobachten. Zur Gewährleistung einer erfolgreichen Verwirklichung des Kurses, der auf eine Entspannung und Frieden gerichtet ist, ist es erforderlich, sich stärker auf die Bewegungen der Volkskräfte, der Volksmassen, die breiten antiimperialistischen Bewegungen zu stützen.

Was die Lage in Europa anbelangt, so kann ich lediglich die vom Genossen Breshnew dargelegte Einschätzung in dem Sinne entwickeln, daß wir eine Versgärkung des Kurses auf Entspannung beobachten, dank dem bereits eine Reihe bedeutender Erfolge erzielt wurde. Es bewahrheitet sich völlig die Richtigkeit der Politik der sozialistischen Länder, die auf eine Verwirklichung der europäischen Sicherheit, auf die Einberufung einer gesamt europäischen Konferenz, gerichtet ist.

Ich möchte nicht viel über die Arbeit sagen, die während dieser Zeit von den Rumänen durchgeführt wurde, sondern lediglich bemerken, daß unsere ganze Tätigkeit auch in Zukunft auf eine maximale Begünstigung des Voranschreitens dieser Dinge gerichtet sein wird.

Wir schätzen die Ratifizierung der Verträge der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit der BRD als einen wichtigen Faktor ein. Uns erfreuen ebenfalls die uns mitgeteilten Angaben über einige Vereinbarungen zwischen der DDR und der BRD, über die gegenwärtigen Besprechungen zwischen ihnen. Wir unterstützen völlig die Forderungen der Genossen aus der DDR über ihre Anerkennung auf der Grundlage des Völkerrechtes und über die Herstellung von Beziehungen mit der BRD, über die Anerkennung der DDR durch andere Staaten, über die Aufnahme der DDR in die UNO und andere internationale Organisationen.

Wir sind ebenfalls mit der Position der Genossen aus der Tschechoslowakei hinsichtlich der Beziehungen mit der BRD einverstanden. Da wir hier eine Diskussion führen, die keiner Veröffentlichung in der Presse unterliegt, möchte ich sehr kurz einige Ansichten hinsichtlich <sup>der Beziehungen</sup> der anderen sozialistischen Länder mit der BRD äußern. Ich hoffe, daß die Genossen das nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Länder betrachten werden, da jedoch eine solche Frage zur Diskussion gestellt wurde, möchte ich zu dieser meine Meinung sagen. Nach meiner Meinung wäre es wünschenswert, wenn Polen, Ungarn und Bulgarien für eine Normalisierung der Beziehungen mit der BRD wirken und nicht weiter warten würden. Warum, Genossen? Weil nicht das Warten, sondern die Normalisierung der Beziehungen eine Verstärkung unseres Einflusses auf die positiven realistischen Kräfte in der BRD begünstigen. Das erweist ihnen Hilfe,

Unterstützung. In dieser Richtung, wäre es wichtig, eine noch größere Unterstützung auch der DDR, auch der Tschechoslowakei, zu erweisen. So ist unsere Meinung zu dieser Frage, aber natürlich, darüber sprechen wir nur hier.

Was die europäische Sicherheit anbelangt, so bestehen hier reale Möglichkeiten, wie Genosse Breschnew sagte, für <sup>den</sup> Übergang der praktischen Vorbereitung der europäischen Beratung in diesem Herbst, damit diese im nächsten Jahr einberufen wird. Ich bin völlig damit einverstanden, unsere Vorbereitung noch mehr zu verstärken. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, zu denen wir, ohne zu beanspruchen, anderen europäischen Staaten irgendwelche Beschlüsse aufzuzwingen, immerhin mit einer gemeinsamen Richtung der Lösung der Frage auftreten können.

Wenn ich richtig verstanden habe, das ist mein Eindruck, daß sich in diesem Sinne Genosse Breschnew geäußert hat, aber seitdem sind jedoch einige Weiterentwicklungen und eine Reihe von Veränderungen vor sich gegangen. Außer der ökonomischen Zusammenarbeit, besonders nach dem Treffen der Kulturminister der europäischen Länder, zeigt sich die Notwendigkeit, auch Fragen der wissenschaftlichen, kulturellen und anderen Zusammenarbeit auf der europäischen Beratung zu erörtern. Auf alle Fälle werden Fragen der Umwelt in Anwendung auf Europa ebenfalls auf der Beratung stehen, und wir werden uns mit diesen Fragen beschäftigen müssen. So daß es, nach meiner Meinung, erforderlich ist, erneut unsere drei ursprünglichen Vorschläge genau anzusehen, sie in Zukunft zu vertiefen und zu entwickeln und den Wünschen entgegenzugehen, die von anderen Staaten geäußert werden sowie der objektiven Notwendigkeit, die sich unter den gegenwärtigen Bedingungen in Europa entwickelt.

Über die Frage eines ständigen Organs haben wir uns selbstverständlich bereits geeinigt. Dennoch bin ich der Ansicht, daß es vor der Beratung erforderlich ist, die Funktion und die Art der Tätigkeit dieses Organs besser zu konkretisieren.

Davon ausgehend unterstütze ich die Vorschläge, die hier unterbreitet wurden, daß in der Zeit, die bei uns bis zum Beginn der Konsultation geblieben ist, im Grunde genommen bleiben drei Monate, mit der Serie von Treffen unserer Länder zu beginnen, um Vorschläge auf diesen Gebieten von seiten unserer Länder auszuarbeiten. Ich

bin hier der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig ist, die Erörterung solcher Fragen nur auf die Minister für Außenhandel und die Minister für auswärtige Angelegenheiten zu beschränken, weil sich zu solchen Fragen auch Minister für Kultur sowie Vertreter der Organe treffen können, die sich mit Umwelt usw. beschäftigen.

Ich denke, daß wir uns gründlich mit einer ernstesten Vorbereitung zum ersten Treffen der europäischen Staaten beschäftigen müssen, um gute Ergebnisse dieser zu gewährleisten.

Was die Frage der Verringerung der bewaffneten Streitkräfte anbelangt, haben wir, soweit ich mich erinnere, in Prag ein Übereinkommen darüber erzielt, in dieser oder jenen Form einen annehmbaren Standpunkt zu dieser Frage zu finden.

Natürlich, ich bin einverstanden, daß es nicht zweckmäßig ist, diese Frage auf die Tagesordnung der gesamteuropäischen Beratung als Problem zu setzen, das einer Lösung dieser Beratung unterliegt. Zur gleichen Zeit ist das nicht möglich, diese Frage völlig auszu-schalten. Wir müssen über die Form nachdenken, die ein Herangehen an die Lösung dieser Frage in Zukunft gewährleistet. Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß den von Genossen Kadar geäußerten Überlegungen Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Natürlich ist es schwer, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf die Tagesordnung der gesamteuropäischen Beratung Fragen des Mittelmeeres oder des Nahen Ostens gesetzt werden, aber dennoch darf nicht außer acht gelassen werden, daß solche Fragen auf der Beratung gestellt werden und die gesamteuropäische Beratung sich der Erörterung dieser Fragen nicht entziehen kann. Deshalb müssen wir, ohne solche Fragen auf die Tagesordnung zu setzen, auch über die Position nachdenken, mit der wir zu diesen Problemen auf der Beratung auftreten werden.

Im Zusammenhang mit den europäischen Fragen möchte ich auf unserem heutigen Treffen noch eine Frage berühren, und zwar die Frage über die Zusammenarbeit auf dem Balkan.

Nach unserer Meinung müssen wir darüber übereinkommen, daß wir, die sozialistischen Länder der Balkanhalbinsel, so handeln mußten, daß ein größeres Einvernehmen und eine Verbesserung der Zusammenarbeit und der gutnachbarlichen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten zwischen den Ländern dieses Raumes erreicht werden.

Wir sind der Ansicht, daß sich jetzt günstige Bedingungen für die Verwirklichung guter, positiver Schritte in dieser Richtung entwickelt haben. Das würde sowohl den Interessen aller europäischen Länder sowie, ohne Zweifel, den Interessen aller sozialistischen Länder Europas entsprechen.

Die Frage des Gemeinsamen Marktes - erörtern wir jetzt natürlich nicht, jedoch können wir nach meiner Meinung dieses Gespräch nicht endlos zurückstellen. Unabhängig davon, wie wir diese Frage betrachten - ist das eine Realität, die nicht mehr ignoriert werden kann. Deshalb schlage ich vor, diese Frage in kürzester Zeit zu erörtern, natürlich, es versteht sich von selbst, daß jedes sozialistische Land weiter zur Entwicklung seiner wirtschaftlichen Beziehungen entsprechend seinen Interessen so handeln wird, wie dies auch bisher getan wurde. Um mich klarer auszudrücken, wenn ich von der kürzesten Zeit spreche, so meine ich die nächsten zwei bis drei Monate. Ich ziehe solche Termine deshalb in Betracht, weil zum Ende dieses Jahres im Gemeinsamen Markt Maßnahmen getroffen werden, die uns einfach zwingen, eine entsprechende Lösung dieser Fragen zu finden.

Unter Berücksichtigung dessen, daß wir noch anderthalb Monate bis zur Einberufung der UNO-Vollversammlung haben, wäre es nach unserer Meinung erforderlich, eine Erörterung zur Frage der allgemeinen Abrüstung durchzuführen, die ebenfalls auf der Tagesordnung der gegenwärtigen UNO-Tagung steht. Deshalb ist diese Frage nach unserer Meinung von besonderer Wichtigkeit.

Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß unsere Länder einen Meinungsaustausch über die Tätigkeit der UNO und über die bestehenden Möglichkeiten für eine Verbesserung der Arbeit dieser Organisation durchführen müßten. Ich möchte keine umfangreichen Erklärungen zu dieser Frage geben.

Ich habe mit großem Interesse alles verfolgt, was hier über die sowjetisch-amerikanischen Besprechungen gesagt wurde. Dazu erhielten wir seinerzeit eine Information über das Treffen des Genossen Breschnew und anderer sowjetischer Vertreter mit Nixon. Natürlich haben wir wie auch andere dieses Treffen positiv eingeschätzt.

Es gehört zur Gesamtlinie der Entwicklung der Beziehungen mit Ländern verschiedener Gesellschaftsordnungen, um neue Wege zur Entspannung und <sup>zum</sup> Frieden zu finden.

Da es sich um die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten handelt, besitzt ein solches Treffen besondere Bedeutung. Wir haben öffentlich erklärt und äußern jetzt die Hoffnung, daß dieses Treffen und seine Ergebnisse zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen beitragen werden und ebenfalls einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung des internationalen Lebens im ganzen, auf die Fortsetzung der Entspannung im internationalen Maßstab und die Festigung des Friedens ausüben.

Zu Vietnam. Ich möchte nicht mit einer neuen Erklärung zur Unterstützung Vietnams auftreten. Unsere Position ist bekannt, bekannt sind die Positionen der anderen sozialistischen Länder. Ohne Zweifel besteht jetzt die Möglichkeit, eine politische Lösung bei den Besprechungen in Paris zu erzielen. Ich bin der Ansicht, daß in Zukunft dem Kampf der vietnamesischen Genossen eine volle politische, diplomatische und, in erster Linie, materielle Unterstützung gewährt werden muß. Als ich über die internationale Lage allgemein sprach, erwähnte ich, daß eine bekannte Beruhigung in der Massenbewegung zu beobachten ist. Auch in der Frage Vietnams, der Unterstützung, die Vietnam gewährt werden muß, ist eine gewisse Beruhigung zu beobachten. Diese Erscheinung ist auch in den Vereinigten Staaten selbst zu beobachten. Nach meiner Meinung müßten wir unter den gegenwärtigen Bedingungen, die sich bei den Besprechungen in Paris ergeben, über neue Formen der diplomatischen und politischen Unterstützung Vietnams nachdenken. Kürzlich wurde eine Beratung der kommunistischen Parteien Europas durchgeführt, jedoch ist bis jetzt zumindest das Echo der Völker Europas auf diese Beratung ziemlich schwach.

Was die Frage des Nahen Ostens anbelangt, so sind wir ebenfalls der Ansicht, daß der Beschluß des Sicherheitsrates vom November 1967 die Grundlage für die Erzielung einer politischen Lösung dieser Frage darstellt. Wir meinen natürlich in erster Linie den Abzug der israelischen Truppen aus den okkupierten Gebieten. Wir sind

ebenfalls der Ansicht, daß man sich auch um die Gewährleistung der Lösung der Frage der palästinensischen Bevölkerung kümmern muß. So oder anders, aber diese Frage existiert und man müßte an sie in einer realeren Form herangehen. Natürlich, die Fragen im Nahen Osten sind kompliziert. Deshalb ist es auch erforderlich, Möglichkeiten einer konstruktiven Lösung der Frage zu finden, weil nach unserer Meinung in dieser Region solche Momente eintreten können, die nicht nur die Lage im Nahen Osten, sondern auch die gesamte Bewegung für Entspannung und Frieden in der ganzen Welt in Gefahr bringen können.

Es gab hier Äußerungen zur Vereinbarung, die zwischen Nord- und Südkorea erzielt wurde. Uns sind natürlich diese Fragen/ <sup>auch nicht</sup> sehr gut bekannt, doch trotzdem scheint es uns, daß diese Vereinbarung ein politischer Schritt von großer Wichtigkeit ist, der von den koreanischen Genossen unternommen wurde. Auf jeden Fall nehmen jetzt die koreanischen Genossen die Fragen der nationalen Einheit Koreas in ihre Hände. Das kann nur zur Stärkung ihrer Positionen beitragen und als Grundlage für eine weitere Entwicklung der demokratischen Bewegung in Südkorea dienen. Es handelt sich hier natürlich unserer Meinung nach um einen langwierigen Prozeß, um einen langwierigen politischen Kampf. Und eben in diesem Sinne betrachten wir dieses Abkommen und seine möglichen Folgen.

Ich möchte noch einmal den Wunsch sowie das Bestreben der Rumänischen Kommunistischen Partei hervorheben, einen Beitrag zur Verbesserung und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen allen sozialistischen Ländern zu leisten.

Mir scheint, daß unsere Treffen ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten und zur Festigung der Zusammenarbeit und Einheit unserer Länder werden können. Es ist klar, daß ich mich ganz und gar nicht einverstanden erklären kann, ein Dokument zu unterzeichnen oder zu vereinbaren, wie dem einen oder dem anderen sozialistischen Land Widerstand entgegengesetzt werden kann bzw. entgegen gewirkt werden kann. Wir müssen uns im Gegenteil darüber einigen, wie man abgestimmt handeln kann, um eine Festigung der Zusammenarbeit und der Einheit der sozialistischen Länder zu erreichen.

Wir sind der Meinung, daß in den letzten zwei Jahren einige Erfolge bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern erzielt wurden, und wir möchten in dieser Richtung weiterhin arbeiten und dazu beitragen.



Natürlich sind die internationalen Fragen sehr kompliziert. Es ist unumgänglich, daß jedes sozialistische Land unter Einsatz aller seiner Anstrengungen und Möglichkeiten handelt, um zum Fortschritt des Kurses auf Entspannung und Frieden beizutragen. Natürlich kann die Sowjetunion mit ihrem Ansehen und ihrer Macht auf ihre Art wirksam werden. Anders ist das bei einem solchen Land wie Rumänien. Natürlich kann jedes Land entsprechend seinen Möglichkeiten wirksam werden, mit der Absicht, auch weiterhin diesen Kurs zu verfolgen. An dieser Stelle möchte ich schließen und noch einmal die große Bedeutung hervorheben, die wir der Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern beimessen. Ich möchte, daß unser Treffen auch zur Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Erreichung der Ziele beiträgt, von denen hier die Rede war. Ich möchte mich hier nicht über Rumänien auslassen, weil es schwer ist, in zwei oder drei Worte einen großen Sinn zu legen. Bei uns fand eine nationale Konferenz statt, sie verlief gut. Wir möchten, daß die Entwicklung jedes sozialistischen Landes sowie die Zusammenarbeit zwischen uns zur Entwicklung einer besseren, günstigeren Politik in der ganzen Welt beiträgt. Danke.

L. I. Breschnew. Gestatten Sie mir, Genossen Ceausescu für seine Rede zu danken. Wie wir vereinbart haben, Genossen, machen wir jetzt eine Pause, wenn Sie nichts dagegen haben. Als nächster wird Genosse G. Husak reden. Gibt es Einwände? Die Genossen haben darum gebeten, Fotos zu machen und, wenn möglich, sogar eine Aufnahme in der Presse zu veröffentlichen. Wenn Sie keine Einwände haben, dann werden wir uns fotografieren lassen.  
(Die Pause wird verkündet)

G. Husak. Gestatten Sie mir, im Namen der Führung der KPČ dem Politbüro des ZK der KPdSU und Genossen L. I. Breschnew persönlich für die Organisierung des heutigen Treffens und für die Rede zu danken, die eine tiefgehende und allseitige Analyse der internationalen Lage enthält. Die Bruderparteien hatten das Bedürfnis, ein derartiges Treffen zum Meinungsaustausch zu den aktuellen Fragen der internationalen Lage und der Koordinierung

ihrer außenpolitischen Tätigkeit durchzuführen. Wie schon die Genossen bemerkt haben, die hier sprachen, können wir mit Freude konstatieren, daß die Erfolge, die von unseren Ländern in der internationalen Arena erzielt wurden, das Ergebnis unserer gemeinsamen Aktionen und Anstrengungen sind, die auf die Festigung des Friedens in der ganzen Welt gerichtet sind. Ich möchte hier nichts wiederholen und über die Bedeutung der Ratifizierung der Verträge der UdSSR und der VRP mit der BRD sprechen sowie über die Bedeutung der Gespräche der sowjetischen Führer mit dem USA-Präsidenten und anderer sehr wichtiger außenpolitischer Aktionen, die von unseren Ländern zur Entspannung und zur Schaffung von günstigen Bedingungen für eine erfolgreiche Realisierung der Friedenspolitik durchgeführt wurden.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und das gesamte tschechoslowakische Volk schätzen die Erfolge hoch ein, die von unseren Ländern bei der konsequenten Durchführung des Friedensprogramms, das vom XXIV. Parteitag der KPdSU beschlossen wurde, und zu einem Bestandteil der Außenpolitik der sozialistischen Bruderländer geworden ist, erzielt wurden. Dank der Aktionseinheit vor allem gelang es uns, große Erfolge in der konsequenten Durchsetzung der Friedenspolitik zu erzielen, in deren Ergebnis die Autorität des sozialistischen Lagers in der Welt und in den Augen der fortschrittlichen Menschheit gewachsen ist und sich gefestigt hat.

Die Rede von Genossen L. I. Breschnew auf dem heutigen Treffen ist überaus realistisch. In ihr spiegeln sich die positiven Momente wider, die von der KPdSU in der außenpolitischen Tätigkeit erzielt wurden, und gleichzeitig ist auch von dem Risiko die Rede gewesen, das die Sowjetunion bei der einen oder der anderen internationalen Aktion bewußt eingegangen ist. In diesem Fall handelt es sich nicht um irgendeine Einzelmaßnahme, sondern um einen ununterbrochenen Prozeß, um einen langwierigen Kampf.

Welche Schlußfolgerungen müssen wir aus dem Bericht von Genossen L. I. Breshnew ziehen? Es sind die Einheit, die Koordinierung, die gemeinsame Politik, die Solidarität, die gemeinsamen Ziele, die über den nationalen Interessen stehen müssen. Man muß betonen, daß die Aufgaben, die vor unseren Parteien, Völkern und Ländern stehen, langfristig und bleibend sind.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und ihre Führung widmen der Außenpolitik ständig Aufmerksamkeit, studieren und analysieren die internationale Lage und koordinieren mit den sozialistischen Ländern ihre außenpolitischen Schritte und tragen dazu bei, den abgestimmten politischen Kurs in der Praxis zu realisieren.

Über die europäischen Angelegenheiten: Die Regelung der Beziehungen der sozialistischen Länder mit der BRD betrifft unmittelbar die UdSSR, weil unser Land alte Rechnungen mit Deutschland hat. Wir sind erfreut, daß die Verträge, die zwischen der UdSSR und der BRD, zwischen der VRP und der BRD abgeschlossen wurden, ratifiziert wurden, und daß eine Reihe von Abkommen zwischen der DDR und der BRD unterzeichnet wurden. Die Frage der internationalen Anerkennung der DDR wurde vom toten Punkt heruntergebracht.

Die Tschechoslowakei hat eine Serie von Treffen und Gesprächen mit Bonn durchgeführt, an denen von westdeutscher Seite der Staatssekretär des Außenministeriums, Frank, teilgenommen hat. Doch bis jetzt gelang es den Teilnehmern der Gespräche nicht, eine Formulierung zu finden, die das Münchener Abkommen von Anfang an für ungültig erklärt, die für beide Seiten annehmbar ist.

Auf dem letzten Treffen in Prag hat die tschechoslowakische Seite der BRD eine neue Variante der Formulierung über die Ungültigkeit des Münchener Abkommens vorgeschlagen, aber die Westdeutschen haben sich geweigert, sie anzunehmen. Genosse J. Kadar und andere Genossen, die gesprochen haben, sagten, daß man in Bezug auf die BRD einen prinzipienfesten Kurs

durchführen muß, wobei zugleich Flexibilität an den Tag gelegt werden muß und nicht dogmatisch auf der Einhaltung der alten Formulierungen in der Form, wie sie in den entsprechenden Verträgen verankert sind, bestehen soll. Die Tschechoslowakei führt bei den Gesprächen mit Westdeutschland den Kampf nicht um die Formulierung, sondern um die Annullierung des Wesens des Hitleraktes selbst. Frank hat weder die alte noch eine neue Formulierung zu München angenommen und schlug vor, zwischen der CSSR und der BRD diplomatische Beziehungen herzustellen, wobei die Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens offen gelassen wurde. Er sprach sich auch für den Abschluß eines tschechoslowakisch-westdeutschen Vertrages aus, der die Grenzen der CSSR so garantiert, wie sie vom Versailler Vertrag festgelegt wurden. Mit diesem Vorschlag konnte sich die Tschechoslowakei nicht einverstanden erklären. Jetzt wurden die Gespräche zwischen der Tschechoslowakei und der BRD abgebrochen. Doch man muß betonen, daß die Atmosphäre des letzten tschechoslowakisch-westdeutschen Treffens günstiger war als im Frühjahr dieses Jahres. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es der CSSR mit der Hilfe und der Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gelingen wird, einen Ausweg aus der entstandenen Lage zu finden und die Beziehungen zu Bonn zu normalisieren. All das erfordert gewisse Anstrengungen von unserer Seite.

In diesem Zusammenhang möchte ich allen Bruderparteien und -ländern für das Verständnis und die Unterstützung danken, die der CSSR bei der Regelung der Beziehungen mit der BRD erwiesen wurde. Auf die herrschenden Kreise Bonns hat die Ratifizierung der Verträge der UdSSR und der VRP mit der BRD einen positiven Einfluß ausgeübt. Offensichtlich wird auch die Frage der tschechoslowakisch-westdeutschen Beziehungen bald gelöst werden.

Die westlichen kapitalistischen Länder können sich bis heute nicht damit abfinden, daß ihre Pläne, die mit dem "Prager Frühling" von 1968 verbunden waren, gescheitert sind. In Österreich, der BRD, Italien und anderen Ländern Westeuropas werden weiterhin feindselige Kampagnen in bezug auf die CSSR durchgeführt.

Das Auftreten der sozialistischen Länder zum Schutze der ČSSR könnte der Tschechoslowakei helfen, nicht nur die Münchener Frage endgültig zu lösen, sondern auch die Beziehungen zu einer Reihe anderer Länder zu normalisieren. Die CSSR hat eine umfangreiche Arbeit zur Regelung der Beziehungen mit Österreich geleistet. Die Seiten haben ein beiderseitig annehmbares Abkommen zu Eigentumsstreitigkeiten erarbeitet, doch es gelang nicht, dieses Abkommen zu unterzeichnen, da sich in letzter Zeit in Österreich eine gegen die Tschechoslowakei gerichtete Kampagne entfaltet hat. Eine gewisse Stagnation ist in den tschechoslowakisch-französischen Beziehungen zu beobachten.

Einige kommunistische und Arbeiterparteien nehmen in Bezug auf die KPČ weiterhin Standpunkte ein, die sie in Verbindung mit den bekannten Ereignissen in der Tschechoslowakei vertreten haben. Wir sind der Meinung, daß es richtig wäre, die Erzielung einer Vereinbarung zu München nicht auf lange Frist zu verschieben, um so mehr, als zwischen der ČSSR und Bonn keine anderen Streitfragen existieren.

Die Tschechoslowakei hat immer die legalen Forderungen der DDR als selbständiger, souveräner, sozialistischer Staat unterstützt und ist konsequent dafür eingetreten, daß die DDR in allen internationalen Organisationen vertreten sein muß. In diesem Sinne wird die ČSSR auch weiterhin wirksam werden, wobei sie ihre außenpolitischen Aktionen mit der DDR koordiniert.

Einige Worte zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD. Bevor wir diesen Schritt unternehmen, müßten wir alle Folgen überdenken, die er haben kann. Ich spreche darüber nicht nur, weil dieses Problem der ČSSR nicht gleichgültig ist. Unser Land könnte mit der BRD diplomatische Beziehungen sogar schon morgen aufnehmen. Wir müssen entscheiden, ob wir in dieser Frage allein wirksam werden und damit der BRD helfen, uns zu entzweien, oder ob wir als einheitliche Front auftreten.

Unsere Länder müssen weiterhin die außenpolitischen Schritte koordinieren, die in bezug auf Bonn getan werden. Jetzt ist es schwer, zu sagen, wie sich die internationale Lage entwickeln wird: Wird sie für die sozialistischen Länder günstig sein, oder wird sie im Gegenteil die Regelung der Beziehungen mit der BRD erschweren und die Durchführung unserer Außenpolitik komplizieren. Die Lage wird sich im Herbst dieses Jahres klären.

In der Frage der Einberufung und der Durchführung der europäischen Sicherheitskonferenz unterstützt die ČSSR voll und ganz die Vorschläge, die von Genossen L. I. Breschnew gemacht wurden und die zusätzlichen Erläuterungen von Genossen A. A. Gromyko. Das Präsidium des ZK der KPC und die Regierung der ČSSR tun alles in ihren Kräften Stehende für die erfolgreiche Durchführung dieser Konferenz.

Was unsere Haltung zum Gemeinsamen Markt betrifft, so muß man diese Frage gründlich durchdenken. Es ist besser, zweimal zu kontrollieren, als sich einmal zu irren. Jedes unserer Länder unterhält bilaterale Beziehungen mit Mitgliedsländern der EWG. Jetzt ist offenbar die Zeit gekommen, unsere Aktionen in bezug auf diese geschlossene Wirtschaftsgruppierung zu koordinieren und zu vereinen.

Genosse L. I. Breschnew gab in seiner Rede eine kurze Analyse der Lage der Dinge in China. Auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei studiert die Lage in der VR China. Leider beobachten wir keinerlei positive Veränderungen in der Politik der Pekinger Führer. Die Linie der Pekinger Führung in bezug auf die ČSSR hat keine ernststen Veränderungen erfahren. Die Maoisten bekunden Interesse an der Erweiterung der Beziehungen zur Tschechoslowakei im Bereich der Wirtschaft und des Sportes, aber sie haben nicht den Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen den Parteien zu entwickeln. Die Mao-Truppe verfolgt weiterhin einen antisowjetischen Kurs. Unsere sozialistischen Länder müssen

gemeinsam gegen die Spalterpolitik der Chinesen kämpfen, die die Hauptgefahr in der kommunistischen und Arbeiterbewegung ist.

Zum Vorschlag, die Beziehungen und die Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Ländern zu entwickeln. Es ist notwendig, daß auch die andere Seite ihren Wunsch und Willen bekundet, diese Beziehungen zu entwickeln. Albanien z. B. läßt es zu unfreund-schaftlichen, groben Ausfällen gegenüber der tschechoslowakischen Führung kommen. Ähnliche Aktionen führen auch die Pekinger Führer durch. In erster Linie ist in der Frage der Entwicklung der Beziehungen der gute Wille beider Seiten notwendig. Die Volksrepublik China zeigt kein Interesse an der Regelung der Beziehungen mit der UdSSR. Wir erklärten auf dem Parteitag unserer Partei, darüber wurde auch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU gesprochen, daß wir die Türen zur Verbesserung der Beziehungen mit der VR China offen lassen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei unterstützt den Standpunkt, der von Genossen L. I. Breshnew und anderen Genossen zu dieser Frage dargelegt wurde und wird sich an diese abge-stimmte Linie in ihrer praktischen Tätigkeit halten.

Kurz über die innenpolitische Lage in der ČSSR. Die Lage in der Partei und im Lande ist normal. Das tschechoslowakische Volk arbeitet erfolgreich an der Erfüllung der Beschlüsse des XIV. Parteitages der KPC. Es wächst der Lebensstandard der Arbeiter-klasse und der gesamten Bevölkerung der ČSSR. Doch die westliche Propaganda interessieren diese Erfolge des tschechoslowakischen Volkes nicht. Sie hat gegenüber der ČSSR eine Kampagne entfaltet, wobei die gegenwärtige Führung des Landes der Durchführung ungeset-zlicher politischer Prozesse bezichtigt wird.

In letzter Zeit fanden in der Tschechoslowakei einige Gerichts-prozesse gegen Teilnehmer von illegalen Gruppen statt, die eine subversive, staatsfeindliche Tätigkeit betrieben haben. Diese Gruppen wurden im Verlauf der letzten 2 bis drei Jahre geschaffen. Die Partei hat einige Male einzelne Vertreter dieser Gruppen

darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Tätigkeit den sozialistischen Gesetzen widerspricht und hat ihre Einstellung gefordert. Sie haben auf diese Warnungen nicht gehört und ihre subversive Arbeit fortgesetzt. Sie haben ebenfalls Kontakt zu westlichen Geheimdienstzentralen aufgenommen. Jeder Staat, jede Gesellschaftsordnung, ist verpflichtet, sich zu schützen und eine illegale Tätigkeit zu vereiteln. Es wurde der Beschluß gefaßt, die aktivsten Vertreter dieser illegalen Gruppen zu verhaften und ihnen einen Prozeß zu machen. Insgesamt wurden 30 bis 35 Personen verhaftet, während die illegalen Gruppen einige hundert Personen zählten. Man muß bemerken, daß den Verhafteten nicht wegen ihrer politischen Anschauung und Überzeugung der Prozeß gemacht wird, sondern weil sie die gegenwärtig geltenden Gesetze verletzt haben. Diese Gerichtsprozesse sollen die konterrevolutionären Kräfte und die staatsfeindlichen Elemente warnen, daß die Arbeiterklasse und der sozialistische Staat entschlossen eine ungesetzliche Tätigkeit, die auf die Unterminierung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei gerichtet ist, vereiteln werden.

L. I. Breshnew. Gestatten Sie mir, Genossen G. Husak für seine Rede zu danken und das Wort Genossen T. Shiwkow zu erteilen.

T. Shiwkow. Ohne Unterschätzung oder Überschätzung können wir mit vollem Recht sagen, daß Bedingungen für die Entwicklung der Beziehungen in Europa und in der ganzen Welt auf einer neuen Grundlage geschaffen werden. Und für uns alle ist das ein großer Erfolg, den wir vor allem der großen, kolossalen Arbeit verdanken, die von den sowjetischen Genossen geleistet wurde.

Aber ich möchte dennoch bei der Frage verweilen, welches die Faktoren sind, die zur Veränderung der internationalen Lage beigetragen haben. Hier wurde betont, daß dies das Ergebnis der Arbeit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung ist. All das ist richtig.



Wir können uns keinen internationalen Prozeß der Gegenwart ohne diese drei Kräfte, ohne diese drei Prozesse, vorstellen, die           Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse in der Welt ausüben.

Aber, Genossen, es wäre nicht ausreichend, nur darauf zu verweisen, um die Ursachen, die zur Schaffung einer solchen Lage in der Welt beigetragen haben, richtig zu charakterisieren.

Wenn wir eine Charakteristik geben, wenn wir über die Faktoren sprechen, die zur Schaffung einer solchen Lage in der Welt beigetragen haben, müssen wir vor allem die Lage berücksichtigen, die bei uns in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, in den Ländern des RGW, entstanden ist. Nehmen wir z. B. den ökonomischen Faktor. Es ist eine Tatsache, daß sich unsere sozialistischen Länder entwickeln und ein hohes und stabiles Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung haben. In großem Maßstab führen wir die Integration zwischen den Ländern durch. Allmählich und immer mehr und mehr verbessert und erhöht sich der Lebensstandard der Werktätigen unserer Länder. Und dies ist einer der starken Faktoren, der Einfluß auf die internationale Lage ausübt. Der zweite Faktor ist die wissenschaftlich-technische Entwicklung unserer Länder. Sowohl unseren Feinden als auch unseren Freunden ist schon klar, daß die Sowjetunion heute über ein mächtiges wissenschaftliches Potential verfügt und daß sie gemeinsam mit dem Potential der anderen sozialistischen Länder voll und ganz in der Lage ist, die Fragen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution zu lösen.

In politischer Hinsicht muß man vor allem die politische Stabilität hervorheben, die in unseren Ländern besteht und die sich ständig verstärkt.

Unsere immer mehr wachsende Einheit übt auch einen großen Einfluß auf die heutige Welt aus. Die Frage, die heute hier angeschnitten wurde, ist, daß wir nicht den Sieg der ungarischen Konterrevolution und der Konterrevolution in der Tschechoslowakei

zugelassen haben und daß wir Vietnam und Kuba eine ständige und wachsende Hilfe erweisen. Das hat auch gewaltige Bedeutung für die Verstärkung unseres Einflusses auf internationalem Gebiet und in militärischer Hinsicht, und das ist der entscheidende Faktor in der gegenwärtigen internationalen Lage.

Wir waren Zeuge, daß die Amerikaner selbst begonnen haben, über die militärische Überlegenheit der Sowjetunion zu sprechen. In dieser Richtung wurden Angaben veröffentlicht, wie genau diese Angaben sind, das ist eine andere Frage. Wichtig ist die Tatsache, daß sie selbst auftreten und über die militärische Überlegenheit der Sowjetunion sprechen. Aber die Amerikaner haben auch etwas anderes im Sinn, worüber sie geschwiegen haben.

L. I. Breshnew: Ich möchte allen Genossen sagen, daß sie offiziell Zahlen veröffentlicht haben, mit denen sie operiert haben. Betrug war nicht dabei. Sie haben es offen gesagt.

T. Shiwkow. Sie haben auch etwas anderes im Sinn, wovon sie nicht gesprochen haben: Und zwar, daß wir in den letzten Jahren unsere militärische Zusammenarbeit gefestigt haben, ich meine die Zusammenarbeit der Länder des Warschauer Vertrages, was insgesamt unsere Verteidigungsfähigkeit gestärkt hat, unsere Armeen gestärkt hat. Ich möchte mich nicht in Details verlieren, aber wenn das nicht vor sich gegangen wäre, hätten wir nicht solche Erfolge gehabt. Vom Standpunkt unserer künftigen Arbeit und unserer künftigen Anstrengungen in der internationalen Arena ist das sehr wichtig.

Die nächste Frage, die ich anschneiden möchte, betrifft den Balkan. Diese Frage wurde in gewisser Hinsicht hier auch von Genossen Ceausescu angeschnitten. Im voraus möchte ich betonen, daß auch wir möchten, daß auf dem Balkan politische Bedingungen geschaffen werden, die die Realisierung der Balkaninitiativen begünstigen. Wir selbst waren an vielen Balkanmaßnahmen beteiligt, und bei der Durchführung vieler dieser Maßnahmen waren wir die Initiatoren.

Wir sind der Meinung, daß eine solche Situation zur Zeit nicht besteht, daß auf dem Balkan keine Bedingungen für die Durchführung von Balkanmaßnahmen existieren. Ich verweile bei dieser Frage, die von Genossen Ceausescu aufgeworfen wurde, weil das nicht nur unsere Frage ist, die Frage der sozialistischen Länder der Balkanhalbinsel, das ist die Frage von uns allen. Warum wir der Meinung sind, daß jetzt keine Bedingungen für die Durchführung von Balkanmaßnahmen bestehen? Auch wenn man nur eine sehr oberflächliche klassenmäßige Analyse der Lage auf dem Balkan vornimmt, dann wird sie wahrscheinlich den Beweis dafür liefern, daß solche Bedingungen wirklich nicht existieren.

Nehmen wir z. B. Albanien. Albanien führt eine böswillige antisowjetische Kampagne durch; es führt eine Kampagne durch, die auch gegen Bulgarien gerichtet ist. Und nun versammeln wir uns, um die Balkanfrage zu prüfen. Uns ist klar, daß Bulgarien an einem Balkantreffen nicht teilnehmen kann, wo man gegen die Sowjetunion oder ein anderes sozialistisches Bruderland auftreten wird.

Die klassenmäßige Analyse würde es uns ermöglichen, noch eine Schlußfolgerung zu ziehen. Ich meine Griechenland und die Türkei. In Griechenland und in der Türkei sind jetzt Militärjuntas an die Macht gekommen. In der Türkei ist die Militärjunta zwar nicht offen, aber in getarnter Form ist es trotzdem eine militärische Macht. Das heißt also, daß sowohl in Griechenland als auch in der Türkei Militärjuntas an der Macht sind. Die Amerikaner verfolgen eine flexible und raffinierte Linie. Sie passen sich an die neuen Regierungsformen sowohl in der Türkei als auch in Griechenland an. Für sie ist das günstig. Warum? Weil die Möglichkeit gegeben wird, die sogenannten nationalen Besonderheiten auszunutzen. Und in dieser Zeit zerschlagen die reaktionären Militärregimes die demokratische Bewegung, die Arbeiterbewegung sowohl in der Türkei als auch in .....

Griechenland. Im Ergebnis festigt sich eine Linie im Interesse der NATO sowohl in Griechenland als auch in der Türkei. Griechenland und die Türkei verwandeln sich immer mehr in das politisch-militärische Aufmarschgebiet gegen unsere sozialistischen Länder. Wir müssen dies sehen. Der Imperialismus beachtet dies,

das ist in seinem Interesse, das kommt ihm gelegen.

Aber was müssen wir be<sup>achten</sup>, wie werden wir von den demokratischen Bewegungen, von den kommunistischen Parteien angesehen, wie können wir dies alles mit den Angelegenheiten auf dem Balkan insgesamt in Verbindung bringen? Was sagen wir der internationalen kommunistischen Bewegung? Wie können wir dies in Einklang mit unserer internationalen Linie bringen?

Oder zum Beispiel noch eine Frage, die es ebenfalls verdient, daß sie vom Klassenstandpunkt aus untersucht wird. In den letzten zwei Jahren, und insbesondere in diesem Jahr, wurden seitens der USA und anderer imperialistischer Länder Schritte zur massierten Einwirkung auf die Länder der Balkanhalbinsel unternommen.

Ich möchte hier die Klammer öffnen und aufzeigen, was für eine elastische, listige und kluge Politik die Amerikaner gegen uns geführt haben unter Berücksichtigung der Lage vor allen Dingen in den sozialistischen Ländern, aber auch der Lage in den kapitalistischen Ländern dieses Gebiets. Sie erweitern ständig den Rahmen ihres Einflusses auf unser Land in dieser Richtung. An was denke ich hier? Vor allen Dingen an die internationale Organisation "UNESCO". Diese Organisation und andere internationale Organisationen, die sich unter der Schirmherrschaft der UNESCO befinden, haben gegenwärtig ihre Tätigkeit aktiviert, wie sie es bisher noch niemals getan haben. Ich werde jetzt ein Beispiel anführen, um nachzuweisen, daß alles, was in dieser Beziehung getan wird, auf Anweisung der Amerikaner und der NATO geschieht. Als Beispiel nehme ich Bulgarien und den Balkan. Das ist auf der Linie der Beziehungen aller unserer sozialistischen Länder und der Entwicklungsländer. Was sind dies für Beispiele?

Die soziologische Organisation, die sich unter der Schirmherrschaft der UNESCO befindet, hat in diesem Jahr vorgeschlagen,

daß wissenschaftliche Untersuchungen über die Lage in dem bulgarischen und griechischen Dorf durchgeführt werden.

Und noch ein Vorschlag: Die Amerikaner schlugen <sup>die</sup> Organisation eines bulgarisch-amerikanischen Symposiums zu Fragen der wissenschaftlichen Politik vor.

Im April dieses Jahres beschäftigte sich ein amerikanischer Professor mit soziologischen Untersuchungen der Einwohner Bulgariens. Aus Unachtsamkeit und Unverständnis leisteten sogar die Leitungen des soziologischen Instituts Bulgariens dem amerikanischen Professor bei der Durchführung dieser Arbeit Hilfe. Der amerikanische Professor interviewte fast 250 bulgarische Bürger aus verschiedenen Städten und Dörfern. Derartige soziologische Untersuchungen wurden von ihm auch in Griechenland, in der Türkei und in Rumänien durchgeführt. Jetzt werden Vergleiche angestellt und natürlich <sup>S</sup>chlusfolgerungen gezogen. Worin bestehen diese soziologischen Untersuchungen?

Ich werde Ihnen nicht Zeit rauben durch die Anführung von Einzelheiten dieser Untersuchungen. Dieser Professor beschäftigte sich nicht mit der Sammlung von objektiven Angaben über die Bürger Bulgariens, sondern er beschäftigte sich mit der Frage, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung auf das Bewußtsein der Werktätigen Einfluß ausübt, und er nutzte hierfür eine ganze Reihe provokatorischer Fragen über die Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit, die Freizügigkeit für <sup>die</sup> Bürger in bezug auf Auslandsreisen insbesondere in die Länder des Westens, und er interessierte sich dafür, was sie vorziehen: eine Erhöhung des Lohns um 20 bis 30 % oder die Erlaubnis zur Ausreise in westliche Länder.

Es ist klar, Genossen, daß es hier nicht um soziologische Untersuchungen geht. Das ist einfach eine Spionageorganisation mit Spionagezielen, die eine Diversionsarbeit durchführt.

Unser Land erhielt die Einladung, an einer Konferenz über Bulgariologie teilzunehmen. Diese Konferenz wird in den USA

im Mai 1973 durchgeführt. Welche Probleme werden dort diskutiert? Auf der ökonomischen Ebene wird die Arbeit untersucht, die seit dem Jahre 1963 durchgeführt wurde. In politischer Hinsicht wird die Frage der Beziehungen Bulgariens zu Albanien, Jugoslawien und Griechenland untersucht.

Es ist auch die Einladung eingegangen, an einer Konferenz zu Problemen Europas und des Balkans teilzunehmen. Diese Konferenz findet buchstäblich vor der Tür/in <sup>dieser Tage</sup> Triest statt. Der Organisator ist das italienische Institut für Außenpolitik. Es ist interessant, daß die Redner auf dieser Konferenz Vertreter der NATO-Länder sind. Nur ein einziger Vortrag ist noch offen, und der geht an einen Vertreter aus Jugoslawien. Solche Konferenzen finden in diesem Jahr auch in Paris und London statt.

Es ist sehr wichtig, daß sie bei der Durchführung derartiger Maßnahmen von Problemen der Wissenschaft und Technik zu allgemeinen Problemen übergehen. Im Juni dieses Jahres fand in Paris die Tagung des Internationalen Rats für Gesellschaftswissenschaften statt. Dieser Internationale Rat arbeitet ebenfalls unter der Schirmherrschaft der UNESCO. Was haben sie auf dieser Tagung beschlossen? Die einzige Frage, die diskutiert und beschlossen wurde, war die Entsendung ihrer Vertreter in die Länder Afrikas und Lateinamerikas, um dort auch solche internationalen Räte zu schaffen.

Ich bin auf diese Probleme eingegangen, weil sie neu sind. Neu ist auch, daß die Imperialisten für ihre Ziele diese internationalen Organisationen ausnutzen. Neu ist auch, daß in den letzten zwei Jahren (und besonders in diesem Jahr) diese Arbeit äußerst intensiv durchgeführt wird. Und das Wichtigste besteht auch darin, daß wir für diese Arbeit Gelder zahlen, weil wir auch für die Arbeit dieser Organisationen einen Beitrag leisten.

Bei uns entsteht gegenwärtig der Eindruck, daß unsere Genossen in diesen Organisationen nicht immer aktiv arbeiten und manchmal auch nicht die Handlungen unserer Klassenfeinde sehen. Ich möchte hierauf anhand einiger Beispiele eingehen. Die Imperialisten beginnen, unsere Initiative in der internationalen Arena auszunutzen. Die Bauernparteien unserer sozialistischen Länder (bei uns ist dies der Bulgarische Bauernverband) unterhalten umfassende Kontakte zu Bauernvereinigungen und Bauernbewegungen in anderen Teilen der Welt. Die Amerikaner und die NATO sind immer gegen die Arbeit dieser landwirtschaftlichen Organisationen aufgetreten. In diesem Jahr haben sie grundlegend die Taktik in bezug auf diese Organisationen geändert. Einer der schlimmsten Feinde ist der stellvertretende Vorsitzende der Bauernpartei Hollands sowie einige andere, aber auch sie begannen gegenwärtig eine aktive Tätigkeit durchzuführen, die auf die Annäherung der Bauernparteien gerichtet ist. Gegenwärtig stellen sie sogar die Frage der Schaffung einer weltumfassenden Bauernbewegung (er sprach hierüber, als er vor kurzem in Bulgarien war).

Er stellte uns die Frage, daß wir ihm Hilfe leisten bei der Herstellung von Kontakten zu den sowjetischen Kolchosen. Und als <sup>unser</sup> Vertreter ihm die Frage stellte, wer in finanzieller Hinsicht für die Durchführung internationaler Tagungen dieser landwirtschaftlichen Parteien und Bewegungen sorgen wird, sagte er: Das ist kein Grund zur Beunruhigung, dies übernehme ich.

Genossen! Ich werde nicht weiter auf diese Frage eingehen. Es ist klar, daß diese Frage über die Militärdiktaturen in den Ländern der Balkanhalbinsel, über die Taktik und Strategie der Amerikaner in bezug auf sie von uns ein klassenbewußtes Herangehen erfordert. Wir müssen vereinbaren, wie wir handeln werden, bis zu welchen Grenzen wir gehen, ob wir den Kampf gegen das amerikanische Eindringen auf dem Balkan führen werden oder nicht führen werden. Nur so sehen wir diese Frage. Ich muß jedoch sagen, daß es auf dem Balkan jetzt alle Bedingungen für die

Entwicklung zweiseitiger Beziehungen gibt.

Und wir hoffen, daß auch in Zukunft Bedingungen für die Durchführung von den ganzen Balkan umfassenden Tagungen und Maßnahmen gibt.

Die folgende Frage, auf die ich eingehen möchte, betrifft die chinesische Führung. Wir haben unsere kollektive Linie in bezug auf die gegenwärtige chinesische Führung ausgearbeitet. Diese Linie erwies sich als richtig.

Ich bin vollständig mit dem einverstanden, was zu dieser Frage die Genossen Breschnew und Honecker sagten. Genossen, wir stehen gegenwärtig vor folgender Situation in bezug auf China. China führt eine gehässige antisowjetische Kampagne durch. China unternimmt alles gegen den RGW. Es spricht von dem RGW wie von einer Organisation, die sich mit Ausbeutung beschäftigt. Die Chinesen greifen <sup>uns</sup>ständig an und kritisieren unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern, bezeichnen diese Beziehungen als kapitalistisch, kolonialistisch und dergleichen.

Unterstützung für  
Es muß gesagt werden, daß dies nicht nur keine/unsere Linie ist, die auf die Festigung der internationalen antiimperialistischen Bewegung und den Kampf für den Frieden gerichtet ist, sondern im Gegenteil gewaltige Schwierigkeiten hervorruft. Es besteht kein Zweifel, daß, wenn es nicht dieser Widerstand der chinesischen Führung gäbe, unsere Erfolge bedeutend größer sein würden.

Ich möchte noch auf <sup>einen</sup> Aspekt der chinesischen Linie eingehen. Es geht hier um den Aspekt unseres ideologischen Kampfes mit dem Imperialismus. Auch hier gibt es neue Erscheinungen, und diese Erscheinungen müssen wir sehen. Was habe ich hier im Sinn? Der Standpunkt der Gegner des wissenschaftlichen Kommunismus, der bürgerlichen Ideologen erlitt eine Niederlage. Eine Niederlage erlitt auch die Theorie über die Industriegesellschaft, ihre verschiedenen philosophischen Theorien, die sie unseren wissenschaftlichen Schlußfolgerungen gegenüberstellen.



Was ist gegenwärtig vor allen Dingen im Arsenal der Imperialisten übriggeblieben? Der Marxismus. Aber was für ein Marxismus? Ein verfälschter Marxismus, ein deformierter Marxismus. Wir sehen, daß gegenwärtig in allen kapitalistischen Ländern im großen Umfang die Werke von Mao Tse-tung herausgegeben und verbreitet werden. Es werden Versuche unternommen, diese Werke auch in den Entwicklungsländern herauszugeben. Mit großer Auflage werden auch die Werke der Trotzlisten und Anarchisten herausgegeben, es werden Versuche unternommen, den Marxismus mit anderen Lehren zu vereinen, darunter auch mit dem Christentum. Und dies alles ist ein besonderer Brei. Aber was für ein Brei? Das ist kein russischer Brei. Ich liebe den Hirsebrei, und immer, wenn ich in die Sowjetunion fahre, nehme ich wegen der Liebe zu dem russischen Brei an Gewicht zu. Das ist jedoch ein anderer ideologischer Brei, der gegenwärtig im Kampf gegen uns zubereitet wird.

Wogegen treten sie auf? Sie bemühen sich, unsere Lehre <sup>mal</sup> unsere Sache zu diskreditieren, die Jugend vom richtigen Wege abzubringen, die Jugend und die Intelligenz zu verwirren usw. Und wir müssen diese neuen Erscheinungen sehen. Welche Schlußfolgerung will ich ziehen? Schweigen, nicht kämpfen? Es ist klar, daß wir kämpfen müssen, und wir müssen gegenwärtig gegen den Maoismus kämpfen nicht wie gegen eine Bewegung, die dem Marxismus feindlich ist, indem wir ihm als ein Abweichen von unserer Theorie und Praxis qualifizieren, sondern wir müssen mit ihm als einer Waffe des Imperialismus kämpfen, weil die Imperialisten diese Waffe im Kampf gegen uns anwenden.

Bei der Behandlung dieser Fragen habe ich mich etwas grob ausgedrückt. Ich berücksichtige unsere gemeinsame Linie hinsichtlich der allseitigen Entwicklung von Beziehungen zu China auf staatlicher Ebene, und daran hält unser Land fest. Wir müssen alles Nötige tun, auch das große chinesische Volk berücksichtigen, sowie das, was es dort gibt. Es ist unmöglich, daß es dort nicht Kräfte gibt, die nicht letzten Endes Veränderungen durchsetzen und den Sieg erzielen. Aber dies alles kann ohne einen Kampf

von unserer Seite nicht stattfinden. Hier entsteht eine Gefahr nicht für unsere Länder. Hier handelt es sich um eine Gefahr, die den kapitalistischen und Entwicklungsländern im Ergebnis der Handlungen der chinesischen Führung droht.

Da ich vor allen Dingen ideologische Fragen behandle, möchte ich noch etwas zu einem Umstand sagen. Vor einiger Zeit hat die Bourgeoisie die Werktätigen gegen uns aufgebracht und davon gesprochen, daß das Ideal des Volkes nicht der Kommunismus, sondern die Industriegesellschaft ist. Heute spricht man im Westen schon nicht mehr von der Industriegesellschaft, sondern vom sogenannten amerikanischen Modell. Ungeachtet der großen Widersprüche, die sich zwischen den mächtigen kapitalistischen Ländern entwickeln, wie z. B. England und den USA, Frankreich und den USA, Frankreich und Westdeutschland usw., ungeachtet dieser Widersprüche wird in allen kapitalistischen Ländern als nachahmenswertes Modell Amerika sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft als auch auf dem Gebiet der Technik, Wissenschaft, sozialen Entwicklung, dem Gebiet der Ideologie usw., genannt. Und wenn man sich gründlicher mit dieser Frage beschäftigt, dann kann man zu der Schlußfolgerung kommen, daß man wie damals nach Mekka heute nach den USA pilgert, da sich alle gegenwärtig bemühen, die USA als Muster zu nehmen. Nirgends wird heute so viel über Revolution gesprochen wie in den westlichen Ländern. Es geht hier um Fragen der Frauen, um Fragen der sexuellen Beziehungen usw. Im allgemeinen ist jetzt eine Inflation des Inhaltes der Revolution eingetreten. Das, was die Bourgeoisie fürchtet, benutzt sie für ihre Thesen. Das, was sie gegenwärtig unternimmt, ist nicht unsere Revolution. Es ist selbstverständlich, daß dies alles eine deutliche antisowjetische, antikommunistische Richtung hat.

Genossen, es ist offensichtlich, daß wir gegenwärtig nicht politische internationale Fragen untersuchen können, ohne sie mit den ideologischen Fragen zu verbinden, über welche schon gesprochen wurde. Das sind ideologische Probleme, die nicht

gestern entstanden, das sind ideologische Probleme, die heute entstehen. Diese Probleme verdienen nicht nur unsere Aufmerksamkeit, sie fordern unsere gemeinsamen Bemühungen, die gegen sie gerichtet werden. Inödem wir rechtzeitig die neuen Aspekte an der Front des ideologischen Kampfes berücksichtigen und diese neue Lage klassenmäßig zu analysieren. können wir richtig unsere Linie und unseren Kurs verwirklichen. Natürlich bedeutet dies alles in keiner Weise, daß wir in der Lage der sich verteidigenden Seite sind. Im Gegenteil, in der gegenwärtigen Situation sind Maßnahmen festzulegen, die es uns gestatten, in den Angriff überzugehen, eine / <sup>solche Offensive, in der sie</sup> den Kampf und das Feuer auf ihre Seite <sup>uns</sup> tragen. Und unsere gegenwärtigen Erfolge in der internationalen Arena, alles das, worüber wir heute auf unserem Treffen sprachen, geben uns große Möglichkeiten, dieses zu erreichen. Es scheint, daß dies gegenwärtig sehr wichtig ist. Die abgestimmte Linie unserer Tätigkeit sowohl auf politischer als auch ideologischer Ebene und auf anderen Gebieten hilft uns hierbei.

Ich schließemich vollständig der Meinung an, daß wir niemals die Hauptsphäre unseres Kampfes außer acht lassen dürfen. Diese Hauptsphäre besteht in der erfolgreichen Entwicklung unserer Wirtschaften, sagte Lenin.

Wir erzielten große Erfolge auf dem Gebiet unserer Integration. Vielleicht ist noch ein Schritt, ein sehr entscheidender Schritt, zu unternehmen. Was habe ich im Sinn? Ich denke an die Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Entdeckungen und ihre rechtzeitige praktische Anwendung. Genossen, das ist eine sehr wichtige Frage. Ich war vor kurzem in Kiew in einigen Instituten der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Ich habe mich noch einmal davon überzeugt, welche gewaltigen Erfolge die Sowjetunion in der Entwicklung der Wissenschaft erzielt hat. Die Sowjetunion hat uns immer die Untersuchungen ihrer Wissenschaftler zur Verfügung gestellt. Wir zweifeln nicht, daß sie auch in Zukunft so handeln wird. Jedes unserer Länder, auch das kleinste, verfügt über irgendwelche eigenen Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft. Es muß irgendetwas Wesentliches unternommen werden, um eine solche Situation zu erreichen, daß alle diese

Entdeckungen auf dem Gebiet der Wissenschaft sofort in die Produktion eingeführt werden.

Vielleicht muß auch erreicht werden, daß diese Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft von unserer Bank finanziert werden.

Die Ausarbeitung einer gesamtökonomischen Politik ist ebenfalls eine wichtige Frage, und wir überlassen im wesentlichen die Entscheidung dieser Frage der RGW-Kommission. Diese Kommission spielt jedoch nicht die notwendige Rolle. Ihre Arbeit muß beträchtlich verbessert werden.

Ich teile den von Genossen Ceaucescu geäußerten Standpunkt über die Entwicklung von Massenbewegungen. Ich denke, daß er vor allen Dingen die Bewegung für den Frieden gemeint hat. In den letzten Jahren sind wirklich einige neue Momente in dieser Bewegung aufgetreten. Zu dieser Bewegung sind beträchtliche Schichten aus den kapitalistischen und Entwicklungsländern, sogar aus den USA, hinzugekommen.

Ich möchte meine Rede damit enden, daß, wie schon alle anderen Genossen unterstrichen haben, auch in Zukunft der Erfolg von uns erreicht wird dank unserer Einheit, unserer Geschlossenheit, der Koordinierung unserer Tätigkeit in der internationalen Arena. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

L. I. Breschnew: Ich möchte dem Genossen Shiwkow danken. Der Genosse Zedenbal bittet ums Wort.

J. Zedenbal: Werte Genossen, im Namen des Zentralkomitees unserer Partei begrüße ich herzlich alle Teilnehmer des gegenwärtigen Treffens, danke herzlich dem ZK der KPdSU, dem Genossen Breshnew, dem Genossen Podgorny und den anderen Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU für die Initiative und die Einberufung der gegenwärtigen Beratung. Ich stimme den Einschätzungen, Schlußfolgerungen und konkreten Vorschlägen, die in der Rede des Genossen Breshnew unterbreitet wurden, voll zu. In dieser Rede wird ein großer Kreis von Fragen der Weltentwicklung und Probleme behandelt, welche die Verteidigung und Festigung des Friedens, der Sicherheit der Völker und der Stärkung der Einheit der sozialistischen Länder betreffen.

Wir stellen alle die positiven Entwicklungen fest, die im internationalen Leben stattfinden. Dies ist vor allen Dingen das Ergebnis der fruchtbaren Außenpolitik der sozialistischen Länder, der schöpferischen Politik der Sowjetunion und ihrer Kommunistischen Partei, einer Politik, die durch tiefe Realität, konstruktive <sup>Verf.</sup> und wissenschaftliche Begründung charakterisiert wird. Die Durchführung dieser Politik führte zu der bekannten internationalen Entspannung, zum Abschluß und zur Ratifizierung solcher wichtigen Dokumente wie der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD, der DDR und der BRD, der Volksrepublik Polen und der BRD.

Der Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten Nixon in Moskau und die <sup>Verhandlungen</sup> in der Sowjetunion sind ebenfalls das Ergebnis der richtigen wissenschaftlichen Politik der KPdSU. Es ist eine Tatsache, daß die USA, die bisher eine Politik von der Position der Stärke durchgeführt haben, gezwungen waren, die Realität zu berücksichtigen. Und es ist eine Realität, daß ein Gleichgewicht in den modernen Mitteln der Kampfführung erreicht wurde. Das mußten auch die regierenden Kreise der imperialistischen Staaten, vor allen Dingen die USA, und das imperialistische Lager erkennen. Die Grundlage der positiven Veränderungen, die in der internationalen Situation stattfinden, bilden die Erfolge des kommunistischen und sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder.

Die heldenhaften Anstrengungen des Sowjetvolkes beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft und der Völker der anderen sozialistischen Länder beim Aufbau ihrer Wirtschaft und Kultur führten zu gewaltigen Errungenschaften bei der Entwicklung der neuen Gesellschaft.

In Anbetracht dessen wird offensichtlich, daß, wenn in der sozialistischen Gemeinschaft Einigkeit existieren würde, unsere Erfolge noch größer wären.

Genosse Breschnew hob in seiner Rede hervor, daß die abgestimmte Entscheidung der sozialistischen Länder zur Ratifizierung der Verträge mit der BRD geführt hat. Wenn die Volksrepublik China eine Politik der Freundschaft und Einheit mit den sozialistischen Ländern durchführen würde, dann würden unsere Erfolge, wie ich schon gesagt habe, noch größer sein.

Hieraus geht hervor, welchen gewaltigen Schaden antisozialistische, die/antisowjetische Politik der chinesischen Führung unserer kommunistischen Bewegung, der sozialistischen Gemeinschaft zufügt. Kann man das Streben der chinesischen Führung, die weitere Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Asien und in Europa zu gewährleisten, als einen Faktor bezeichnen, welcher der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker dient? Während die sozialistischen Länder und alle fortschrittlichen Kräfte der Welt für die unverzügliche Einstellung der amerikanischen Aggression in Südostasien, für den bedingungslosen Abzug der Streitkräfte aus Vietnam und anderen Gebieten Südasiens kämpfen, erstreben die chinesischen Führer die weitere Präsenz amerikanischer Streitkräfte in diesem Gebiet, d. h. sie wollen praktisch keine Einstellung der amerikanischen Aggression in Südostasien.

Andererseits ist die antisozialistische Politik der chinesischen Führung auch eine gegen das Volk gerichtete Politik, welche den Interessen des chinesischen Volkes selbst widerspricht und den Werktätigen der Volksrepublik China gewaltigen Schaden zufügt.

Das maoistische Regime wird von den chinesischen Kommunisten gehaßt. Die maoistische Gruppe selbst wird von inneren Widersprüchen zerrissen. Davon zeugt der Untergang von Lin Piao. Davon zeugt das Verschwinden von Tschen Bo-da sowie viele andere Fakten.

Darum ist unsere Hauptaufgabe der Kampf mit der antimarxistischen, antisozialistischen Politik der Führer Chinas, die in Wirklichkeit eine Politik der Verschwörung mit den imperialistischen Staaten durchführen.

Wir stimmen den von L. Breshnew in seiner Rede unterbreiteten Vorschlägen zu, daß wir den Kampf gegen die Handlung der maoistischen Gruppe verstärken, die Handlungen dieser Politik in den verschiedenen Teilen der Welt und verschiedenen Ebenen der nationalen Befreiungsbewegung und der kommunistischen Bewegung neutralisieren und schwächen.

Die Mongolische Volksrepublik unterstützt voll und ganz die Bemühungen der Sowjetunion und der anderen europäischen sozialistischen Länder, die auf die Einberufung einer europäischen Konferenz gerichtet sind.

Die KPdSU und die anderen brüderlichen kommunistischen Parteien unternehmen große Anstrengungen für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz, die von wichtiger Bedeutung ist. Ich habe darüber bereits in Verbindung mit anderen Erwägungen gesprochen und möchte mich nicht wiederholen.

Ich möchte nochmals danken.

L. I. Breschnew: Genossen! Offensichtlich beenden wir unsere Arbeit. Gestatten Sie mir, in Verbindung hiermit einige Gedanken zu äußern. Vor allen Dingen möchten wir aufs herzlichste den Genossen für diese Einschätzung danken, die sie der Tätigkeit unserer Partei, des Politbüros des ZK und unserer Regierung gaben.

Ohne uns zu loben, möchte ich sagen, daß wir wirklich ein Maximum von Anstrengungen unternahmen und unternahmen, um, geführt von den angenommenen Beschlüssen der letzten Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Beschlüsse des XXIV. Parteitages, die von Ihnen unterstützt und gebilligt wurden, die Verwirklichung des Friedensprogramms zu erreichen.



Wir schätzen die Tatsache hoch ein, daß auf unserer heutigen Zusammenkunft diese Dinge, diese praktische Tätigkeit unseres ZK, aller Zentralkomitees, die unter ihrer Führung stehen, eine gemeinsame positive Einschätzung erhalten haben.

Es ist unserer Ansicht nach sehr wichtig, daß wir einer Meinung sind, daß zum jetzigen Zeitpunkt in Europa und in der Weltpolitik insgesamt eine neue Situation entsteht. Wenn auch noch nicht alles getan wurde, so schätzen wir doch zu recht die Tatsache hoch ein, daß wir im Ergebnis der abgestimmten Tätigkeit unserer Parteien, im Ergebnis unseres Zusammenwirkens, welches ein ständig wirkender Faktor in unseren Beziehungen geworden ist, Veränderungen zum Besseren in Europa und Erfolge in der Weltpolitik insgesamt erreichen konnten.

Haben wir Schwierigkeiten? Ja, wir haben welche, Und wir haben in unseren Reden darüber gesprochen.

In den Reden der Genossen wurden viele Fragen berührt, eine Reihe neuer Erscheinungen, Fakten, Ereignisse wurden aufgezeigt.

Wir stellen uns heute nicht zum Ziel, im Detail, sozusagen in Fächer verteilt, alle Geschehnisse des internationalen Lebens einzuordnen. Unsere Aufmerksamkeit wurde auf die Hauptfragen gelenkt, die vor uns allen stehen und deren Lösung, wie uns scheint, es sich lohnt zu Ende zu führen. In bezug auf Europa besteht das Wesen darin, daß die BRD alle Verpflichtungen, die aus den Verträgen und aus den "Absichtserklärungen" hervorgehen, erfüllt. Ich rufe in Erinnerung, die BRD muß mit der Diskriminierung der DDR gegenüber Schluß machen. Sie muß die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an anerkennen. Sie darf die Aufnahme der DDR nicht verhindern. Es gibt noch eine Reihe von Punkten, deren Erfüllung erreicht werden muß. Daher müssen wir unsere Bemühungen darauf richten, daß die Angelegenheit auf diesem Gebiet zu Ende geführt wird. Es wird viel von der gemeinsamen

Taktik, von der Abstimmung unserer Handlungen abhängen.

Mir scheint, daß wir auf gleiche Weise herangehen. Natürlich, die Taktik ist variabel, und auf den verschiedenen Stappen werden wir offensichtlich unterschiedliche Taktik anwenden, ihr Ziel und Sinn jedoch muß einer strategischen Aufgabe untergeordnet sein.

Wie werden wir das anstellen?

Ich denke, daß die beste Methode, all das zu verwirklichen, worüber wir gesprochen haben, darin besteht, unser Zusammenwirken zu festigen. Das wird dazu beitragen, die gestellten Ziele zu verwirklichen, und zwar in bestimmter und relativ kurzer Frist. Das Gesagte bezieht sich sowohl auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens und Ungarns zur BRD, d. h. aller der Länder, die hier vertreten sind und noch keine diplomatische Beziehung<sup>en</sup> zu Westdeutschland haben.

Wie die Reden gezeigt haben, haben wir einen gemeinsamen Standpunkt in bezug auf die europäischen Angelegenheiten. Es muß nur festgelegt werden, wann und was getan werden muß.

Wahrscheinlich wird Brandt vorzeitig Wahlen durchführen. Und wir müssen unsere Schritte zeitlich so berechnen, daß sie uns maximalen Nutzen bringen und für Brandt nützlich sind. Die Genossen haben hier darüber gesprochen, daß man überlegen soll, wie man Brandt helfen kann, damit wir doch mit ihm zu tun haben und nicht mit der CDU/CSU, nicht mit Strauß und Barzel. Ich meine, daß wir praktisch wahrscheinlich Wege finden werden, wie das zu verwirklichen ist. Jetzt ist es wohl kaum notwendig, den Versuch zu unternehmen, alles einzuteilen: An dem Tag das und das und an jenem Tag das und das. So hat meiner Meinung nach die Frage auch niemand gestellt. Jedoch Wege zur praktischen Arbeit in dieser Richtung werden wir offensichtlich finden.

Wahrscheinlich steht uns in der nächsten Zeit ein ernsthafter Dialog mit Brandt<sup>de</sup> vor. Er braucht das möglicherweise, und man muß die Art des Herangehens bestimmen, mit der wir Brandt im Kampf mit seinen Gegnern aus der CDU/CSU helfen könnten. Davon wird

offensichtlich viel abhängen. Sollte eine derartige Zusammenkunft mit Brandt stattfinden, werden wir Sie unverzüglich informieren.

Das schließt nicht aus, daß bei passender Gelegenheit, bei Notwendigkeit oder nach Möglichkeit jedes der Länder - der Teilnehmer unseres Treffens - ein Dialog zu dieser Frage führen wird und uns darüber informiert. Das Zusammenwirken kann hier und wird bestimmt nützlich sein.

Was den anderen Fragenkomplex der internationalen Politik betrifft, über den die Genossen und wir gesprochen haben, d. h. all das, was der Gegenstand der Aufmerksamkeit unseres heutigen Treffens war, so werden wir in der nächsten Zeit diese Fragen im Politbüro des ZK unserer Partei behandeln. Aus dieser Beratung werden dann entsprechende Schlußfolgerungen gezogen und offensichtlich zusätzliche praktische Schritte geplant, über die wir Sie informieren, und wir hoffen, daß Sie sie mit Zustimmung entgegennehmen.

Wenn die Genossen es wünschen, kann das Stenogramm unseres Treffens in der Form, wie es existiert, zugeschildt werden, damit wir damit arbeiten können. Es kann jedem Teilnehmer dieses Treffens zugänglich gemacht werden. Wir werden es nicht redigieren, wir lassen es in der gleichen Form, so wie gesprochen wurde. Ich meine, es wird kein Dokument zur Vervielfältigung, sondern zu unserer Nutzung in der praktischen Arbeit werden, wenn die Genossen nichts dagegen haben.

Genossen, ich möchte noch einmal bei der Frage des Besuchs Nixons in der UdSSR verweilen. Ich habe, wie auch alle Mitglieder des Politbüros, sowohl nach dem Treffen als auch jetzt vor dem Treffen mit ihnen nochmal unseren Dialog, den wir mit den Amerikanern führen und führen werden, durchdacht und analysiert. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir alles, was wir getan haben, von der Klassenposition aus getan haben, ohne zu ver-

gessen, daß wir es mit der führenden Persönlichkeit der größten imperialistischen Macht zu tun haben. Ich muß offen sagen, daß im Stenogramm unserer Verhandlungen direkt festgehalten wurde - "sie lieben ihre Ordnung, und wir lieben unsere Ordnung. Und in dieser Frage wird es keine Übereinstimmung geben. Wir werden offensichtlich einen ideologischen Kampf führen mit ihnen." Das haben wir auch in den veröffentlichten Dokumenten wiedergegeben. Im Kampf für den Frieden jedoch, im Kampf dafür, daß sich in Europa die Positionen des Sozialismus festigen, daß Europa nach den Gesetzen des Friedens lebt, meine ich, handeln wir richtig, wenn wir Nixon zwingen, den Westberlin-Regelungen zuzustimmen, die Ratifizierung der Verträge zu begrüßen, zum Eintritt der beiden deutschen Staaten in die UNO beizutragen, an der Europäischen Sicherheitskonferenz teilzunehmen und mit uns in Europa zusammenzuarbeiten. Das ruft meiner Meinung nach keine Zweifel hervor.

Auch zukünftig steht uns ein ernsthafter Dialog mit den Amerikanern über eine Reihe größerer Fragen bevor. Sie können sicher sein, daß das ZK unserer Partei die Interessen des Weltsozialismus nicht außer acht läßt, sondern eine Klassenpolitik, eine internationalistische Politik führen wird, die Sache des Sozialismus, die Interessen unserer Verbündeten verteidigen wird und auf keinen Fall nicht einen Zoll aufgibt, dort, wo es um die Prinzipien, um das Hauptsächlichste geht. Es ist klar, daß es ein bestimmtes Entgegenkommen, bestimmte Kompromisse geben muß, aber nicht auf Kosten Vietnams, nicht auf Kosten des Nahen Ostens und nicht dadurch, daß man dem amerikanischen Imperialismus in dem einen oder anderen Gebiet freie Hand läßt.

Ich unterstreiche das, weil es im Zusammenhang mit den Verhandlungen nicht wenig überflüssige Gespräche gab, daß wir angeblich die Interessen Vietnams verletzt hätten. Aber es war dem nicht so. Auch die Reise des Genossen Podgorny, ich bin gezwungen, das wieder zu sagen, wurde nur mit dem Ziel durchgeführt, die wahre Sachlage darzulegen und somit den vietnamesischen Freunden die Entscheidungen sowohl auf militärischem als auch auf diplomatischem Gebiet zu erleichtern. Wir zwingen den Vietnamesen nichts auf.

Ich glaube, daß das vietnamesische Volk letztendlich der Sowjetunion und der KPdSU dankbar sein wird, daß wir eine derart schwierige Mission durchgeführt haben, in dem wir uns gerade von ihren Interessen leiten ließen.

Die Genossen sprachen über Hilfe für Vietnam. Wir haben ihnen geschrieben, welche Hilfe wir leisten. In diesen Jahren haben die Lieferungen zivilen Charakters, von Lebensmitteln, Metallen, Baumaterialien, Ausrüstungen usw. eine Summe von über 1 1/2 Mrd. Rubel erreicht. Was die Militärhilfe betrifft, so weist sie eine Summe von über 2 Milliarden 400 Millionen Rubel aus, also fast 2 1/2 Milliarden Rubel. Dabei ist die letzte Bitte, deren Realisierung nochmals Ausgaben von einigen hundert Millionen Rubel verlangt, nicht berücksichtigt. So daß wir unsere Hilfe auch nicht für eine Minute zu vermindern beabsichtigen. Nebenbei gesagt, wissen das die Amerikaner, deren Nachrichtendienst gut arbeitet, sehr wohl. Wir haben auch während des Treffens mit Nixon aus der Tatsache unserer Hilfe kein Hehl gemacht. Im Gegenteil.

Genossen! Unsere Partei hat mit tiefer Befriedigung die große Arbeit zur Kenntnis genommen, die jede der Bruderparteien auf der internationalen Arena leistet. Das Zentralkomitee der KPdSU, das Politbüro des ZK unserer Partei haben ihre Bedeutung immer sehr hoch geschätzt.

Es ist natürlich, daß die Sowjetunion infolge ihrer Lage diese Arbeit in einem etwas größeren Maßstab leistet. Uns steht es offensichtlich auch an, mehr zu tun. Ich möchte nur als Beispiel anführen, daß viele von uns in der letzten Zeit, so zum Beispiel ich, sich nicht voll und ganz auf die inneren Angelegenheiten konzentrieren konnten. Obwohl das Ihnen alles bekannt ist, möchte ich daran erinnern, daß uns buchstäblich in der letzten Zeit fast die Hälfte des Politbüros der Indischen Kommunistischen Partei, eine chilenische Delegation mit Vertretern sowohl der kommunistischen als auch der sozialistischen Parteien, Rahman, Nixon, Bhutto, Sadat, Asadh, Sidki, Fidel Castro, eine Delegation der Syrischen Kommunistischen Partei, Tito, Gus Hall (zweimal), eine Delegation Iraks besucht haben. Ich habe noch

nicht alles aufgezählt. Es kamen viele Delegationen aus den Bruderländern in Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit. Ich rede schon nicht von den Reisen unserer Genossen nach Syrien, Irak. Genosse Gromyko besuchte kürzlich drei oder vier Länder Europas, zur Sondierung der Fragen, die mit der Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz zusammenhängen. Ich kann sie versichern, daß wir auch in Zukunft unsere Tätigkeit nicht vermindern werden, damit unsere gemeinsamen Wünsche zu Ende geführt werden.

Ich möchte etwas präzisieren: Die Westmächte fordern nicht die Aufnahme der DDR und BRD in die UNO als Bedingung für ihre Teilnahme an der Europäischen Sicherheitskonferenz

Ich meine, daß wir diese Frage nicht aufwerfen sollten. Vorläufig

geht das alles seinen natürlichen Gang. Die Europäische Sicherheitskonferenz ist unter Teilnahme der DDR als vollwertiger europäischer Staat vorgesehen. Wir werden natürlich entsprechend auf die Regierung der BRD einwirken. In den kürzlich stattgefundenen Kontakten mit Brandt haben wir ihm gesagt, daß der Vorschlag der DDR über die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO in nächster Zeit von der westdeutschen Regierung nicht richtig eingeschätzt worden ist. Wir haben ihn darauf aufmerksam gemacht und unsere Auslegung dargelegt, um damit Brandt zu veranlassen, die DDR-Vorschläge entgegenkommend aufzunehmen.

Wir haben auch Nixon in der gleichen Richtung beeinflusst und setzen diese Linie fort. Es ist wünschenswert, diese Präzisierung zu berücksichtigen.

Ich glaube, daß im Laufe der heutigen Beratung erneut und vollkommen berechtigt an eine der ersten Stellen unserer Arbeit, unseres Kampfes die ideologische Frage gestellt wurde. Wir haben ~~xxof~~ werden nie <sup>auf</sup> den ideologischen Kampf <sup>gegen</sup> unsere Feinde verzichtet, und werden das auch nicht tun. Das bringt einen auf den Gedanken, daß unsere Mitarbeiter auf ideologischem Gebiet, Mitarbeiter der Presse, ich nenne niemand konkret: entweder die Sekretäre des ZK oder leitende Mitarbeiter

auf dem Gebiet der Masseninformationsmittel, vielleicht sowohl die einen als auch die anderen unter Teilnahme der Mitarbeiter der Abteilungen, die sich mit den Fragen der Außenpolitik beschäftigen in der nächsten Zeit zusammen kommen könnten und die Momente berücksichtigen, die wir diskutiert haben, die neuen Erscheinungen in der Weltpolitik und darunter auch der europäischen Politik, um unserer ganzen Propaganda einen bestimmten Ton zu geben, ihr die entsprechende Schärfe zu geben. Gleichzeitig muß es eine bestimmte Dosierung von Kritik und Unterstützung der positiven Erscheinungen, die im realen Leben vorkommen, geben. Unausgeglichenheit in dieser Beziehung kann zu Verschiebungen führen und das Wesen unserer Politik verzerren. Deswegen darf man keine Bemühungen scheuen, um die konkreten Bedingungen unseres ideologischen Kampfes zu berücksichtigen. Sollen doch unsere Mitarbeiter zusammenkommen, diskutieren und den Willen unserer ZK ausführen. Ich glaube, daß ein derartiger Schritt unternommen werden sollte, als eine praktische Schlußfolgerung, die durch das heutige Treffen diktiert wird.

Über den Gemeinsamen Markt. Genossen, ich habe ganz offen hier nicht nur meine persönlichen Überlegungen, sondern die Überlegungen des Politbüros dargelegt. Es gibt viele Unklarheiten dort. Wir haben uns öffentlich geäußert und der ganzen Welt gesagt, daß wir den Gemeinsamen Markt als Realität anerkennen. Es wäre falsch, wenn wir die Augen schließen würden und sagen würden, daß der Gemeinsame Markt nicht existiert. Leider existiert er. Es ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch politische Organisation. Im gewissen Maße ist er auch auf den Kampf gegen uns ausgerichtet. Daher müssen wir sehr sorgfältig erwägen, was wir zu tun haben, wie wir herangehen. Die Bourgeois geben uns nichts umsonst. Das gleiche betrifft auch die Handelsbeziehungen mit den USA.

Wir wollen die Frage der Beziehungen zur EWG so  
fassend e möglich studieren. Es muß zugegeben werden, daß wir sie vorläufig noch  
nicht genug studiert haben. Wir haben mit noch niemand gesprochen,  
wir wissen nicht, was die EWG-Länder selbst vorschlagen. Sie hören uns nur zu,  
und schweigen.

Wir sind damit einverstanden, daß dieses Studium durch einen härteren Termin beschränkt werden sollte, daß es nicht auf Jahre hinaus gezogen wird. Und danach sollten, wenn nicht wir, dann vielleicht die Vorsitzenden der Ministerräte zusammen kommen, nochmal die Meinung austauschen und entsprechende abgestimmte Schritte unternehmen. Heute können wir nichts Bestimmtes vorschlagen.

Das sind unsere allgemeinen Schlußfolgerungen, die aus dem heutigen Treffen, aus den Reden der Genossen gezogen werden konnten.

Ich habe sehr kurz über China nur deswegen gesprochen, weil auf dem XXIV. Parteitag alles klar über unsere Beziehungen zur Volksrepublik China gesagt worden ist. Es wurde klar erklärt, daß wir für die Entwicklung der staatlichen Beziehungen sind und von ganzem Herzen gut-nachbarliche Beziehungen, die alten guten Beziehungen zu China herstellen möchten und unsere Türen offenlassen. Die Genossen haben hier richtig über die Handlungen der chinesischen Führer gesprochen, und wir verstehen die Besorgnis der Genossen Honecker, Zedenbal und anderer Genossen, die diese Frage brührten.

Als Beispiel <sup>das</sup> die Art des Verhaltens der chinesischen führenden Persönlichkeiten illustriert, möchte ich Auszüge aus dem kürzlich in China erschienen sogenannten "Weltatlas" anführen. Es sieht so aus, als wäre es eine gewöhnliche Sache. Die Weltatlanten werden auch bei uns herausgegeben und betreffen die Geographie. Hier sieht es jedoch anders aus. Der chinesische Atlas enthält ziemlich viel Text, ganze "literarische Passagen". Ich gestatte mir, einige davon vorzulesen, alles anzuführen ist unmöglich: "Der sowjetische Revisionismus - Sozialimperialismus dringt ebenfalls aktiv in Afrika ein, er versucht mit dem alten und neuen Kolonialismus um die Aufteilung der Einflußsphären zu kämpfen ... In den letzten Jahren verstärkt sich die Ausplünderung Afrikas durch den sowjetischen Revisionismus ..." So eine Ausplünderung, daß wir nicht genügend Geld haben, um den Afrikanern



zu helfen!

"Nach 1956 hat die unter Leitung von Chruschtschow und Breschnew stehende führende Gruppierung der Sowjetunion dem Kapitalismus in dem durch das Werk von Lenin und Stalin geschaffene sozialistische Land restauriert, es in Sozialimperialismus verwandelt, und in den 60-er Jahren des 20. Jahrhunderts führt es mit dem amerikanischen Imperialismus einen Kampf um die Hegemonie in Europa, in dem es sich mit ihm zankt und verständigt... Der Kampf gegen die Einmischung und Kontrolle seitens der zwei Supermächte, zu dem die Völker Europas aufgebrochen sind, bezeichnet den Fall der USA und der UdSSR vom Sockel der Hegemonen Europas ...".

Weiter: "Am 3. Oktober 1949 hat die UdSSR diplomatische Beziehungen zu unserem Land hergestellt, am 14. Februar 1950 mit unserem Land den chinesisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand auf 30 Jahre unterschrieben. Nach dem Tod von Stalin 1953 hat die sowjetische Führungsgruppe, vertreten durch Chruschtschow und Breschnew, den Marxismus-Leninismus verraten, führt innerhalb des Landes den Sozialimperialismus durch, kämpft mit dem amerikanischen Imperialismus um die Hegemonie in der Welt, was einen immer gewaltigeren Protest des Sowjetvolkes und der Völker der ganzen Welt hervorruft". Es stellt sich heraus, daß ihr alle gegen uns protestiert, und wir wissen das gar nicht.

Dieser sogenannte Weltatlas ist zur Nutzung in den Lehranstalten, Hochschulen herausgegeben. Und da frage ich, wie kann man den ruhig und gleichgültig bleiben, wie kann man die Einschätzungen und Warnungen der internationalen kommunistischen Beratung außer acht lassen, die gesehen und betont hat, welche riesige Gefahr der Kurs der Pekinger Führer für die internationale kommunistische Bewegung darstellt. Recht haben die Genossen Honecker, Gierek, Zednibal, Shiwkow, Husak, Kadar darin, daß die chinesischen Führer, natürlich nicht das Volk, wirklich Spalter, eine wahrhaftige

Gruppe von Spaltern der internationalen kommunistischen Bewegung, Verräter an den Interessen der internationalen Arbeiterklasse sind.

Wir sind alle damit einverstanden, daß die USA in Vietnam wie Barbaren handeln und daß wir uns dem entgegenstellen und dagegen kämpfen müssen. Und wie verhalten sich die Chinesen? Sie handeln gar nicht in der Richtung, wie sie vor einem Jahr vor dem Besuch Nixons gesagt haben. Sie versuchen jetzt zum Beispiel, die Vietnamesen nur zu einer Friedenslösung zu veranlassen. Sie wollen sich nicht mit den Amerikanern streiten, und wir haben keine Angst vor dem Streiten. Wenn es notwendig sein wird, werden wir uns streiten, werden wir die Interessen Vietnams und die Interessen der internationalen kommunistischen Bewegung verteidigen.

Genossen, ich behandle hier die Frage nicht zufällig. Ich möchte heiß die kurzen Ausführungen unterstützen und auch sozusagen die Uruhe, die in den Reden der Genossen anklang. Ich möchte <sup>ihnen</sup> versichern, daß das ZK der KPdSU den Beschluß, den wir auf dem Parteitag angenommen haben, in voller Kraft unterstreicht: Unsere Türen sind für die Verbesserung der Beziehungen zu China offen. Wir wollen und werden alles unternehmen, daß das chinesische Volk die wahre Politik der Sowjetunion versteht, wir werden aber den feindlichen Kurs der <sup>gegenwärtigen</sup> chinesischen Führung entlarven und gegen ihn kämpfen.

Genossen, einige Worte zur Lage innerhalb unseres Landes. Das ganze Volk arbeitet, um die Beschlüsse des Parteitages zu erfüllen. Sowie bei euch, so entstehen auch bei uns sehr viel Probleme, die mit der Erfüllung unserer Pläne zusammenhängen. Sie wissen wahrscheinlich, daß vor kurzem die Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung veröffentlicht wurden, <sup>die</sup> die Erfüllung unserer Planaufgaben in allen Ministerien aufzeigen. Daher werde ich mich hier nicht weiter aufhalten. Im großen ganzen wird der Plan übererfüllt, obwohl es in einigen Fällen auch ein Zurückbleiben gibt und einzelne Zweige vorwärts gebracht werden müssen. Diese ganzen Probleme sind bekannt. Insgesamt kann ich sagen, daß es Schwierigkeiten gibt, daß das

jedoch Wachstumsschwierigkeiten sind. Im großen ganzen vollzieht sich eine riesige schöpferische Arbeit.

Worin bestehen unsere Schwierigkeiten, Genossen? Ich möchte offen sein. Schwierigkeiten haben wir in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist im Land ziemlich kompliziert. Seit vom März-Plenum des ZK (1965) führen wir eine kolossale vollkommen neue Arbeit auf dem Dorf durch. Wir stecken riesige Gelder in die Landwirtschaft und in die Landwirtschaftsindustrie, insbesondere in den Landmaschinenbau. Wir sind tief davon überzeugt, daß ohne dem kein gewaltiger Aufschwung der Landwirtschaft, der den Anforderungen unseres Volkes und unseren Planaufgaben entsprechen würde, möglich ist. Das betrifft sowohl die Getreideproduktion als auch die Viehwirtschaft. Das verstehen sie alles selbst gut.

Es wird eine gewaltige Arbeit durchgeführt. In vielen hängen wir jedoch von der Natur ab. Leider hat es sich so ergeben, daß bei uns im Winter 12 Millionen Hektar Wintergetreide vollkommen verdorben ist. Abgesehen davon, daß eine riesige Arbeitsumsonst war, ist auch das ausgesäte Getreide verdorben. Außerdem ergeben die Winterkulturen in der Regel bei uns höhere Ernten als die Sommerkulturen. Daher haben wir auch hier Verluste erlitten.

Wir haben die nötigen Maßnahmen ergriffen. Die Partei hat die Arbeit gut organisiert. Der Plan für die zweite Saat wurde nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. Wir hatten mehr Aussaat, als im Plan für das Winter- und Sommergetreide zusammengenommen vorgesehen war. Die Saatzpflege war gut organisiert. Das hat uns jedoch nicht vollkommen gerettet, weil die Wolga-Gebiete, Rostow, die Südgebiete der Ukraine, Odessa, Bicolajew, Donezk, Woronesch, Dnepropetrowsk, Saporosche, teilweise Charkow von der Dürre befallen waren. Sie berührte <sup>auch</sup> die Zentralzone, und wir hatten natürlich eine niedrigere Ernte als vorgesehen war.

Es genügt, wenn man sagt, daß so <sup>in</sup> einer Ecke wie Kuban, wo wir reiche Schwarzerde haben und das Jahresmittel der Niederschläge reichlich und stabil ist, 11 - 12 Zentner weniger Getreide gedroschen wurde als im vergangenen Jahr, obwohl die Ernte selbst nicht schlecht war - 24 Zentner. Sie haben jedoch 35 - 36 Zentner geerntet. Das alles macht sich in der ganzen Bilanz bemerkbar.

Wir sind jetzt im ganzen Land gezwungen, die Getreideernte so auszubalanzieren, daß die einzelnen Gebiete nicht zu kurz kommen, die Viehwirtschaft keine Verluste hat. Das ist ein großes Problem, deshalb wird sich das ZK damit unmittelbar beschäftigen. Das ZK schätzt jetzt die Lage in jedem einzelnen Gebiet ein, um die Wirtschaftssituation auszugleichen. Die Mißernte hat alle Gebiete, das gesamte Territorium ungleichmäßig getroffen. Wir sind gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, daß die Gebiete, die von der Mißernte betroffen wurden, Futter aus anderen Gebieten erhalten, um so mehr, da an manchen Stellen sogar das Raufutter fehlt. Wenn keine Konzentratfütterung geliefert wird, würde das bedeuten, daß die ganzen Schweine geschlachtet werden müssen. Das muß verhindert werden.

und  
In Kasachstan in Sibirien ist die Lage bis jetzt normal, es wird eine normale Ernte erwartet. Doch wir konzentrieren die Aufmerksamkeit auf die Hilfe für diejenigen Gebiete, wo es Schwierigkeiten gibt. Dort verschiebt sich der Helfeprozess um zwei Wochen, und die Termine für die Ernte verkürzen sich dementsprechend. Und bei einer Verspätung um zwei Wochen kann die Ernte verschneit werden oder einem Frost von 15 bis 20 Grad ausgesetzt werden. Deshalb setzen wir gegenwärtig Zehntausende Kombines aus der Ukraine und dem Wolgabiet um und schicken sie zusammen mit den Kombineführern dorthin. Ich nenne Ihnen eine Zahl. Wir nahmen 50.000 Lastkraftwagen von unseren Genossen in den Streitkräften, schickten sie in die Getreideernte. Unter Berücksichtigung der komplizierten Situation nahmen wir vor kurzem noch einmal 25.000 Lastkraftwagen für Kasachstan, das Altaigebiet, Nowosibirsk und Omsk. In diesen vier Rayonen beträgt die Ernte 1 Mrd. 200 Mill. bis 1 Mrd. 300 Mill. Pud. Durch diese umfassenden Maßnahmen wollen wir die Angelegenheit etwas verbessern.

Wenn ich Ihnen dies mitteile, möchte ich Ihnen auch sagen, daß wir hieraus keinerlei Tragödie machen. Wir werden das Land in einem normalen Zustand halten, ohne den Rhythmus der Versorgung der Bevölkerung zu verletzen. Das ist eine Sache des ZK und der Regierung. Das Volk soll normal leben.

In Verbindung hiermit zwingt uns die Situation, Sie zu bitten, uns in diesem Jahr kameradschaftlich zu helfen. Ich denke hierbei an die Lieferung von Getreide aus der Sowjetunion. Es ist möglich, daß wir irgendwelche zusätzlichen Aufkäufe durchführen müssen, insbesondere in Polen. Wenn in Polen eine gute Kartoffelernte ist, dann können wir dort Kartoffeln kaufen. Das trifft auch für alle übrigen zu, welche die Möglichkeit haben zu verkaufen. Ich weiß nicht, ob die Maisernte in Rumänien gut ist. Wir sind nicht abgeneigt, bei Euch Mais zu kaufen. Er ist erforderlich für die Futtergebiete, die unter einer Mißernte gelitten haben.

Genossen, ich wiederhole noch einmal, daß diese Informationen nicht tragisch sind. Es ist natürlich schade, daß bei uns eine derartige komplizierte Lage mit der Landwirtschaft entstanden ist. Betrübtlich ist auch, daß es in einer großen Zone bereits zwei bis drei Monate nicht geregnet hat. Daher bestehen auch keine günstigen Bedingungen für die Aussaat von Wintergetreide. Doch jetzt ist es noch zu frühzeitig, um darüber zu sprechen. Unsere Werktätigen in der Landwirtschaft arbeiten beharrlich und bereiten den Boden gut vor. Ausreichend würden ein oder zwei kräftige Regenfälle sein, und wir könnten eine sehr gute Entwicklung der Saat des Wintergetreides erhalten. Diese Mitteilung gebe ich Ihnen als eine kameradschaftliche Information. Gestatten Sie, daß wir hiermit unsere Arbeit beenden. Ich möchte noch einmal Ihnen, Genossen, dafür danken, daß Sie unsere Einladung zum Treffen angenommen haben, und für die Aktivität, die Sie gezeigt haben. Dies wird für uns alle sehr nützlich sein.

alle, Genossen, und ihre Delegationen  
Ich möchte Sie/im Namen des ZK der KPdSU, im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrats der UdSSR zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Bildung der UdSSR einladen. Wir messen diesem Feiertag eine große Bedeutung bei und werden ihn würdig begehen, ebenso wie wir den 50. Jahrestag der Sowjetmacht gefeiert haben.

Wir hoffen, daß Sie unsere Einladung annehmen und mit uns gemeinsam feiern werden. Wir danken Ihnen im voraus dafür.

Wenn es keine weiteren Bemerkungen gibt, Genossen, wenn ihr mit den allgemeinen Schlußfolgerungen einverstanden seid, die wir kurz gezogen haben, dann dient dies als Programm für unsere weitere Arbeit. Wir sind überzeugt, daß unsere Einheit, unsere Freundschaft, unsere Geschlossenheit und unsere Übereinstimmung sich in Zukunft noch weiter festigen und entwickeln wird. Ist das so Genossen

(Alle bekunden ihre Zustimmung zu dem <sup>Schlußwort</sup> und billigen es.)

Gut! Ich danke für die aktive Beteiligung am Treffen. Ich lade Sie zum Essen ein, welches das ZK unserer Partei Ihnen zu Ehren geben will.